

## § 42d

### Haftung des Arbeitgebers und Haftung bei Arbeitnehmerüberlassung

idF des EStG v. 19.10.2002 (BGBl. I 2002, 4210; BStBl. I 2002, 1209),  
zuletzt geändert durch JStG 2007 v. 18.12.2006  
(BGBl. I 2006, 2878; BStBl. I 2007, 28)

#### (1) Der Arbeitgeber haftet

1. für die Lohnsteuer, die er einzubehalten und abzuführen hat,
2. für die Lohnsteuer, die er beim Lohnsteuer-Jahresausgleich zu Unrecht erstattet hat,
3. für die Einkommensteuer (Lohnsteuer), die auf Grund fehlerhafter Angaben im Lohnkonto oder in der Lohnsteuerbescheinigung verkürzt wird,
4. für die Lohnsteuer, die in den Fällen des § 38 Abs. 3a der Dritte zu übernehmen hat.

(2) Der Arbeitgeber haftet nicht, soweit Lohnsteuer nach § 39 Abs. 4 oder § 39a Abs. 5 nachzufordern ist und in den vom Arbeitgeber angezeigten Fällen des § 38 Abs. 4 Satz 2 und 3 und des § 41c Abs. 4.

(3) <sup>1</sup>Soweit die Haftung des Arbeitgebers reicht, sind der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Gesamtschuldner. <sup>2</sup>Das Betriebsstättenfinanzamt kann die Steuerschuld oder Haftungsschuld nach pflichtgemäßem Ermessen gegenüber jedem Gesamtschuldner geltend machen. <sup>3</sup>Der Arbeitgeber kann auch dann in Anspruch genommen werden, wenn der Arbeitnehmer zur Einkommensteuer veranlagt wird. <sup>4</sup>Der Arbeitnehmer kann im Rahmen der Gesamtschuldnerschaft nur in Anspruch genommen werden,

1. wenn der Arbeitgeber die Lohnsteuer nicht vorschriftsmäßig vom Arbeitslohn einbehalten hat,
2. wenn der Arbeitnehmer weiß, dass der Arbeitgeber die einbehaltene Lohnsteuer nicht vorschriftsmäßig angemeldet hat. <sup>2</sup>Dies gilt nicht, wenn der Arbeitnehmer den Sachverhalt dem Finanzamt unverzüglich mitgeteilt hat.

(4) <sup>1</sup>Für die Inanspruchnahme des Arbeitgebers bedarf es keines Haftungsbescheids und keines Leistungsgebots, soweit der Arbeitgeber

1. die einzubehaltende Lohnsteuer angemeldet hat oder
2. nach Abschluss einer Lohnsteuer-Außenprüfung seine Zahlungsverpflichtung schriftlich anerkennt.

<sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend für die Nachforderung zu übernehmender pauschaler Lohnsteuer.

(5) Von der Geltendmachung der Steuernachforderung oder Haftungsforderung ist abzusehen, wenn diese insgesamt 10 Euro nicht übersteigt.

(6) <sup>1</sup>Soweit einem Dritten (Entleiher) Arbeitnehmer gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen werden, haftet er mit Ausnahme der Fälle, in denen eine Arbeitnehmerüberlassung nach § 1 Abs. 3 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vorliegt, neben dem Arbeitgeber. <sup>2</sup>Der Entleiher

haftet nicht, wenn der Überlassung eine Erlaubnis nach § 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), das zuletzt durch Artikel 11 Nr. 21 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zugrunde liegt und soweit er nachweist, dass er den nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe d vorgesehenen Mitwirkungspflichten nachgekommen ist.<sup>3</sup> Der Entleiher haftet ferner nicht, wenn er über das Vorliegen einer Arbeitnehmerüberlassung ohne Verschulden irrt.<sup>4</sup> Die Haftung beschränkt sich auf die Lohnsteuer für die Zeit, für die ihm der Arbeitnehmer überlassen worden ist.<sup>5</sup> Soweit die Haftung des Entleihers reicht, sind der Arbeitgeber, der Entleiher und der Arbeitnehmer Gesamtschuldner.<sup>6</sup> Der Entleiher darf auf Zahlung nur in Anspruch genommen werden, soweit die Vollstreckung in das inländische bewegliche Vermögen des Arbeitgebers fehlgeschlagen ist oder keinen Erfolg verspricht; § 219 Satz 2 der Abgabenordnung ist entsprechend anzuwenden.<sup>7</sup> Ist durch die Umstände der Arbeitnehmerüberlassung die Lohnsteuer schwer zu ermitteln, so ist die Haftungsschuld mit 15 Prozent des zwischen Verleiher und Entleiher vereinbarten Entgelts ohne Umsatzsteuer anzunehmen, solange der Entleiher nicht glaubhaft macht, dass die Lohnsteuer, für die er haftet, niedriger ist.<sup>8</sup> Die Absätze 1 bis 5 sind entsprechend anzuwenden.<sup>9</sup> Die Zuständigkeit des Finanzamts richtet sich nach dem Ort der Betriebsstätte des Verleihers.

(7) Soweit der Entleiher Arbeitgeber ist, haftet der Verleiher wie ein Entleiher nach Absatz 6.

(8)<sup>1</sup> Das Finanzamt kann hinsichtlich der Lohnsteuer der Leiharbeitnehmer anordnen, dass der Entleiher einen bestimmten Teil des mit dem Verleiher vereinbarten Entgelts einzubehalten und abzuführen hat, wenn dies zur Sicherung des Steueranspruchs notwendig ist; Absatz 6 Satz 4 ist anzuwenden.<sup>2</sup> Der Verwaltungsakt kann auch mündlich erlassen werden.<sup>3</sup> Die Höhe des einzubehaltenden und abzuführenden Teils des Entgelts bedarf keiner Begründung, wenn der in Absatz 6 Satz 7 genannte Prozentsatz nicht überschritten wird.

(9)<sup>1</sup> Der Arbeitgeber haftet auch dann, wenn ein Dritter nach § 38 Abs. 3a dessen Pflichten trägt.<sup>2</sup> In diesen Fällen haftet der Dritte neben dem Arbeitgeber.<sup>3</sup> Soweit die Haftung des Dritten reicht, sind der Arbeitgeber, der Dritte und der Arbeitnehmer Gesamtschuldner.<sup>4</sup> Absatz 3 Satz 2 bis 4 sind anzuwenden; Absatz 4 gilt auch für die Inanspruchnahme des Dritten.<sup>5</sup> Im Fall des § 38 Abs. 3a Satz 2 beschränkt sich die Haftung des Dritten auf die Lohnsteuer, die für die Zeit zu erheben ist, für die er sich gegenüber dem Arbeitgeber zur Vornahme des Lohnsteuerabzugs verpflichtet hat; der maßgebende Zeitraum endet nicht, bevor der Dritte seinem Betriebsstättenfinanzamt die Beendigung seiner Verpflichtung gegenüber dem Arbeitgeber angezeigt hat.<sup>6</sup> In den Fällen des § 38 Abs. 3a Satz 7 ist als Haftungsschuld der Betrag zu ermitteln, um den die Lohnsteuer, die für den gesamten Arbeitslohn des Lohnzahlungszeitraums zu berechnen und einzubehalten ist, die insgesamt tatsächlich einbehaltene Lohnsteuer übersteigt.<sup>7</sup> Betrifft die Haftungsschuld mehrere Arbeitgeber, so ist sie bei fehlerhafter Lohnsteuerberechnung nach dem Verhältnis der Arbeitslöhne und für nachträglich zu erfassende Arbeitslohnbeträge nach dem Verhältnis dieser Beträge auf die Arbeitgeber aufzuteilen.<sup>8</sup> In den

Fällen des § 38 Abs. 3a ist das Betriebsstättenfinanzamt des Dritten für die Geltendmachung der Steuer- und Haftungsschuld zuständig.

Autorin: Dr. Eva-Maria Gersch, Rechtsanwältin, Bad Homburg v. d. Höhe  
Mitherausgeber: Dr. Winfried Bergkemper, Richter am BFH, München

### Inhaltsübersicht

#### Allgemeine Erläuterungen zu § 42d

	Anm.		Anm.
<b>I. Grundinformation zu § 42d</b> .....	1	3. Verfassungsmäßigkeit . . .	8
<b>II. Rechtsentwicklung des § 42d</b> .....	4	4. Wirtschaftliche Bedeutung .....	9
<b>III. Bedeutung des § 42d</b>		<b>IV. Geltungsbereich des § 42d</b>	
1. Rechtssystematische Bedeutung .....	5	1. Allgemeines zum Geltungsbereich	
2. Gesetzgeberischer Zweck		a) Sachlicher Geltungsbereich .....	10
a) Zweck der Haftung des Arbeitgebers (Abs. 2–5) .....	6	b) Persönlicher Geltungsbereich .....	11
b) Zweck der Haftung des Entleiher (Abs. 6–8) .....	7	2. Anwendung bei Auslandsbeziehungen .....	12
		<b>V. Verhältnis zu anderen Vorschriften</b> .....	13

#### Erläuterungen zu Abs. 1: Die Haftung des Arbeitgebers für Lohnsteuer

	Anm.		Anm.
<b>A. Grundzüge der Haftung des Arbeitgebers für Lohnsteuer</b>		2. Durchschnittssteuersätze im Haftungsverfahren	
<b>I. Begriff und Wesen der Haftung für Lohnsteuer</b>		a) Durchschnittssteuersätze als Anwendungsfälle von Schätzungen .....	28
1. Begriff der Haftung .....	20	b) Durchschnittssteuersätze aufgrund Einverständnisses des Arbeitgebers .....	29
2. Haftung für Lohnsteuer ..	22	c) Durchschnittssteuersatz .....	30
3. Bedeutung des Verschuldens .....	23	3. Haftungsbeschränkung bei Zahlungsunfähigkeit .	31
<b>II. Entstehung und Erlöschen der Haftungsschuld</b>		<b>B. Der Arbeitgeber als Subjekt der Haftung</b>	
1. Entstehung der Haftungsschuld .....	24	I. Arbeitgeber als Haftungsschuldner .....	32
2. Erlöschen der Haftungsschuld .....	25	II. Mit Arbeitgeberpflichten betraute Nicht-Arbeitgeber .	34
<b>III. Höhe der Haftungsschuld</b>			
1. Individuelle Berechnung der Haftungsforderung			
a) Normalfall .....	26		
b) Höhe der Haftungsschuld bei Verzicht auf Rückgriff beim Arbeitnehmer .....	27		

	Anm.
<b>C. Die haftungsbegründenden Tatbestände (Abs. 1 Nr. 1–4)</b>	
<b>I. Haftung für die einzubehaltende und abzuführende Lohnsteuer (Abs. 1 Nr. 1)</b>	
1. Haftung für die einzubehaltende Lohnsteuer	
a) Vorschriftsmäßige Berechnung (§ 39b); Maßgeblichkeit der Lohnsteuerkarte (§ 39) . . . . .	40
b) Haftung bei fehlerhafter Einbehaltung . . . . .	41
c) Keine Haftung bei vorschriftsmäßig un-	

	Anm.
terlassener Einbehaltung . . . . .	42
2. Haftung für die abzuführende Lohnsteuer . . . . .	43
<b>II. Haftung für die beim Lohnsteuerjahresausgleich zu Unrecht erstattete Lohnsteuer (Abs. 1 Nr. 2)</b> . . . . .	44
<b>III. Haftung für die durch fehlerhafte Angaben verkürzte Einkommensteuer/Lohnsteuer (Abs. 1 Nr. 3)</b> . . . . .	45
<b>IV. Haftung für Lohnsteuer, die der Dritte nach § 38 Abs. 3a zu übernehmen hat (Abs. 1 Nr. 4)</b> . . . . .	46

**Erläuterungen zu Abs. 2:  
Ausschluss der Arbeitgeberhaftung**

	Anm.
<b>A. Allgemeine Erläuterungen zu Abs. 2</b> . . . . .	50
<b>B. In Abs. 2 geregelte Haftungsausschlussgründe</b>	
<b>I. Änderung der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen persönlichen Verhältnisse (§ 39 Abs. 4)</b> . . . . .	51
<b>II. Verringerung der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Freibeträge (§ 39a Abs. 5)</b> . . . . .	52
<b>III. Anzeige des Arbeitgebers bei nicht ausreichendem Barlohn (§ 38 Abs. 4 Satz 2)</b> . . . . .	53
<b>IV. Anzeige des Arbeitgebers bei Arbeitslohn von dritter Seite (§ 38 Abs. 4 Satz 3)</b> . . . . .	54
<b>V. Anzeige des Arbeitgebers bei nicht korrektem Lohnsteuerabzug (§ 41c Abs. 4)</b>	
1. Allgemeines zu den Voraussetzungen des Haftungsausschlusses im Fall des § 41c Abs. 4 . . . . .	55
2. Erkennen der nicht vorschriftsmäßigen Lohnsteuer-Einbehaltung durch den Arbeitgeber (§ 41c Abs. 1 Nr. 2) . . . . .	56

	Anm.
3. Haftungsausschließende Anzeige und Lohnsteuer-Außenprüfung . . . . .	57
<b>C. Weitere, in Abs. 2 nicht geregelte Haftungsausschlussgründe</b>	
<b>I. Haftungsausschluss wegen Bindung an eine Anrufungsauskunft nach § 42e</b> . . . . .	59
<b>II. Haftungsausschluss nach Treu und Glauben</b>	
1. Haftungsausschluss wegen entschuldbaren Rechtsirrtums	
a) Allgemeines . . . . .	60
b) Fallgruppen zum entschuldbaren Rechtsirrtum . . . . .	61
2. Haftungsausschluss wegen entschuldbaren Tatsachenirrtums . . . . .	64
3. Haftungsausschluss bei Lohnsteuerbefreiungen durch die Finanzverwaltung auch ohne Rechtsirrtum . . . . .	65
<b>III. Haftungsausschluss wegen Bindung an eine verbindliche Zusage oder Auskunft</b> . . . . .	66

**Erläuterungen zu Abs. 3:  
Gesamtschuldnerschaft und Geltendmachung des  
Haftungsanspruchs**

	Anm.		Anm.
<b>A. Gesamtschuldnerschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Abs. 3 Satz 1)</b>		I. Ermessensentscheidung . . . . .	77
<b>I. Grundzüge der Gesamtschuldnerschaft</b>		II. Entschließungsermessen . . . . .	78
1. Rechtsgrundlagen und Inhalt der Gesamtschuldnerschaft . . . . .	70	III. Auswahlermessen . . . . .	79
2. Umfang der Gesamtschuldnerschaft („soweit die Haftung des Arbeitgebers reicht“) . . . . .	71	IV. Beispiele: Keine vorrangige Inanspruchnahme des Arbeitgebers . . . . .	80
<b>II. Einwendungen des Arbeitgebers gegen die Haftungsschuld</b>		V. Beispiele: Vorrangige Inanspruchnahme des Arbeitgebers nicht ermessensfehlerhaft . . . . .	81
1. Überblick . . . . .	72	<b>C. Im Gesetz vorgegebene Maßstäbe für den Ermessensgebrauch (Abs. 3 Sätze 3 und 4)</b>	
2. Einwendungen aus dem Haftungsverhältnis . . . . .	73	<b>I. Arbeitgeberhaftung trotz Einkommensteuerveranlagung des Arbeitnehmers (Abs. 3 Satz 3) . . . . .</b>	82
3. Materiell-rechtliche Einwendungen aus dem originären Steuerschuldverhältnis		<b>II. Zulässigkeit der Inanspruchnahme des Arbeitnehmers nur in zwei Fällen (Abs. 3 Satz 4)</b>	
a) Allgemeines . . . . .	74	1. Eingeschränkte Möglichkeit zur Inanspruchnahme des Arbeitnehmers nach Abs. 3 Satz 4 . . . . .	83
b) Beweislast für Einwendungen gegen die Haftungsschuld . . . . .	75	2. Nicht vorschriftsmäßig vom Arbeitslohn einbehaltene Lohnsteuer (Satz 4 Nr. 1) . . . . .	84
4. Verfahrensrechtliche Einwendungen aus dem originären Steuerschuldverhältnis des Arbeitnehmers . . . . .	76	3. Keine vorschriftsmäßige Anmeldung einbehaltener Lohnsteuer (Satz 4 Nr. 2)	85
<b>B. Die Inanspruchnahme des Arbeitgebers als Ermessensentscheidung (Abs. 3 Satz 2)</b>			

**Erläuterungen zu Abs. 4:  
Inanspruchnahme des Arbeitgebers ohne  
Haftungsbescheid**

	Anm.		Anm.
<b>I. Formlose Inanspruchnahme des Arbeitgebers für die Lohnsteuer (Abs. 4 Satz 1)</b>		des Arbeitgebers (Abs. 4 Satz 1 Halbs. 1) . . . . .	90
1. Grundsätze zur formlosen Inanspruchnahme		2. Anmeldung der Lohnsteuer (Abs. 4 Satz 1 Nr. 1) . . . . .	92
		3. Schriftliches Anerkenntnis der Zahlungsver-	

Anm.	Anm.
pflichtung nach einer Lohnsteueraußenprüfung (Abs. 4 Satz 1 Nr. 2) . . . . 93	<b>II. Entsprechende Geltung                  von Satz 1 für Nachforde-                  rung pauschaler Lohn-                  steuer (Abs. 4 Satz 2) . . . . 94</b>

**Anhang zu Abs. 4:  
 Lohnsteuerhaftungsbescheid gegen Arbeitgeber**

Anm.	Anm.
<b>A. Formelle Voraussetzungen des                  Haftungsbescheids (Zustän-                  digkeit, Form) . . . . . 95</b>	2. Einzelerfordernisse der Begründung . . . . . 103
<b>B. Notwendiger Inhalt und Be-                  gründung des Haftungs-                  bescheids</b>	<b>C. Anfechtung, Aufhebung und                  Änderung des Haftungs-                  bescheids</b>
<b>I. Zur inhaltlichen Be-                  stimmtheit des Haftungs-                  bescheids</b>	<b>I. Anfechtung des Haftungs-                  bescheids</b>
1. Grundsatz . . . . . 97 2. Kennzeichnung als Haf- tungsbescheid . . . . . 98 3. Bezifferung der Haf- tungsforderung . . . . . 99 4. Aufgliederung der Haf- tungsforderung . . . . . 100 5. Erkennbarkeit der Er- messensausübung . . . . . 101	1. Anfechtung durch den Arbeitgeber . . . . . 106 2. Anfechtung durch den Arbeitnehmer . . . . . 107
<b>II. Begründung des Haf-                  tungsbescheids</b>	<b>II. Aufhebung und Änderung                  des Haftungsbescheids</b>
1. Notwendigkeit der Be- gründung . . . . . 102	1. Anwendung der §§ 129, 130, 131 AO . . . . . 108 2. Änderungssperre nach Lohnsteuer-Außenprü- fung . . . . . 109 3. Neuer Bescheid nach Aufhebung eines Haf- tungsbescheids . . . . . 110

**Erläuterungen zu Abs. 5:  
 Kleinbetragsregelung . . . . . 111**

**Erläuterungen zu Abs. 6:  
 Die Haftung des Entleihers für Lohnsteuer**

Anm.	Anm.
<b>I. Voraussetzungen und Um-                  fang der Entleiherhaftung                  (Abs. 6 Satz 1) . . . . . 115</b>	2. Haftungsausschluss bei schuldlosem Irrtum über das Vorliegen einer Ar- beitnehmerüberlassung (Abs. 6 Satz 3) . . . . . 118
<b>II. Haftungsausschlüsse nach                  Abs. 6 Sätze 2 und 3</b>	<b>III. Inhalt und Umfang der                  Entleiherhaftung (Abs. 6                  Sätze 4–6)</b>
1. Haftungsausschluss bei legaler Arbeitnehmer- überlassung (Abs. 6 Satz 2) . . . . . 117	1. Umfang der Haftung des Entleihers (Abs. 6 Satz 4) 119

Anm.	Anm.
2. Gesamtschuldnerschaft (Abs. 6 Satz 5) . . . . . 120 3. Subsidiäre Haftung des Entleihers (Abs. 6 Satz 6) a) Voraussetzungen der Inanspruchnahme des Entleihers auf Zah- lung . . . . . 121 b) Entsprechende An- wendung des § 219 Satz 2 AO . . . . . 122 <b>IV. Pauschale Festsetzung der Haftungsforderung (Abs. 6 Satz 7)</b>	1. Voraussetzung der Pau- schalierung . . . . . 123 2. Höhe der Pauschalierung 124 <b>V. Entsprechende Anwen- dung der Abs. 1–5 (Abs. 6 Satz 8) . . . . . 125</b> <b>VI. Zuständigkeit des Finanz- amts für die Entleiherhaf- tung (Abs. 6 Satz 9) und Form der Inanspruchnah- me bei Arbeitnehmerüber- lassung . . . . . 126</b>

**Erläuterungen zu Abs. 7:  
Haftung des Verleihers entsprechend Abs. 6 . . 128**

**Erläuterungen zu Abs. 8:  
Anordnung zur Sicherung der Lohnsteuer  
der Leiharbeitnehmer**

Anm.	Anm.
I. Voraussetzungen und Inhalt des Sicherungsanspruchs . . . 130	II. Verfahrensrechtliche Beson- derheiten . . . . . 131

**Erläuterungen zu Abs. 9:  
Haftung eines Dritten für Lohnsteuer**

Anm.	Anm.
I. Bedeutung des Abs. 9 . . . . . 135 II. Haftung des Arbeitgebers neben dem Dritten (Abs. 9 Satz 1) . . . . . 136 III. Voraussetzungen für die Haf- tung des Dritten (Abs. 9 Satz 2) . . . . . 137 IV. Gesamtschuld bei Haftung eines Dritten (Abs. 9 Sätze 3 und 4) . . . . . 138 V. Umfang der Haftung des Dritten, der den Lohnsteuer-	abzug übernommen hat (Abs. 9 Satz 5) . . . . . 139 VI. Umfang der Haftung im Fall des § 38 Abs. 3a Satz 7 (Abs. 9 Satz 6) . . . . . 140 VII. Aufteilung der Haftungs- schuld bei mehreren Arbeit- gebern (Abs. 9 Satz 7) . . . . 141 VIII. Zuständigkeit für die Durch- setzung des Haftungs- anspruchs gegen Dritte (Abs. 9 Satz 8) . . . . . 142

## Allgemeine Erläuterungen zu § 42d

1

### I. Grundinformation zu § 42d

§ 42d legt die materiell-rechtl. Voraussetzungen der Haftung für LSt. fest und enthält darüber hinaus auch einige Vorschriften für die formelle Durchführung des Haftungsverfahrens.

**Abs. 1** zählt abschließend die Tatbestände auf, deren Verwirklichung die *Haftung* des ArbG *begründet*.

**Abs. 2** nennt Fälle, in denen die *Haftung* des ArbG *tatbestandsmäßig ausgeschlossen* ist. In Ergänzung dazu hat die Rspr den Ausschluss der LStHaftung nach *Treu* und *Glauben* entwickelt (s. Anm. 60 f.).

**Abs. 3** legt fest, dass ArbG und ArbN *Gesamtschuldner* sind, soweit der ArbG haftet, und regelt die Inanspruchnahme von ArbG oder ArbN.

**Abs. 4** betrifft Besonderheiten bei der *Durchführung* des Haftungsverfahrens.

**Abs. 5** enthält eine Kleinbetragsregelung (10 €).

**Abs. 6** regelt für den Fall einer ArbNÜberlassung die *Haftung des Entleiher*s für LSt., die zusätzlich zur Haftung des ArbG für LSt. entsteht.

**Abs. 7** betrifft die Haftung für LSt. für den Sonderfall, dass der Entleiher von Arbeitskräften gleichzeitig deren ArbG ist. Hier haftet der Verleiher wie ein Entleiher nach Abs. 6.

**Abs. 8** ist keine Haftungsvorschrift, sondern enthält Regelungen über die Sicherung des Anspruchs auf LSt. im Fall einer ArbNÜberlassung.

**Abs. 9** betrifft die Haftung in Fällen, in denen ein Dritter nach § 38 Abs. 3a den LStAbzug vorzunehmen hat.

2–3 Einstweilen frei.

4

### II. Rechtsentwicklung des § 42d

**EStG v. 29.3.1920** (RGBl. 1920, 359): In der knapp gefassten Haftungsvorschrift des § 50 EStG 1920 wurde der ArbG hinsichtlich des einzubehaltenden und abzuführenden LStBetrags zum Gesamtschuldner neben dem ArbN erklärt.

Die LStHaftung des ArbG ist damit Bestandteil des EStRechts, seit die Steuer bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit während des laufenden KJ. durch Einbehaltung eines Teils des Arbeitslohns erhoben wird.

**EStG v. 10.8.1925** (RGBl. I 1925, 189): § 78 EStG 1925 enthielt eine bereits etwas umfangreichere Haftungsnorm.

Die Regelung wurde über verschiedene Gesetzesänderungen im Prinzip beibehalten und mit der Zeit perfektioniert. Seit EStG v. 27.2.1939 wurde die Haftung für LSt. in § 38 Abs. 3 EStG 1939 (seit 1971: § 38 Abs. 4 EStG 1971) geregelt; erstmals wurde hier zwischen Haftung und StSchuld des ArbN unterschieden. Bemerkenswerterweise wurde die Leistungspflicht des ArbN genauso wie die des ArbG als „Haftung“ bezeichnet.

**EStRG 1975 v. 5.8.1974** (BGBl. I 1974, 1769; BStBl. I 1974, 530): § 42d wurde mit Wirkung ab 1.1.1975 in das EStG eingefügt und löste die bis dahin geltenden Regelungen in § 38 Abs. 4 und § 46 LStDV 1971 ab: Neu waren die Regelungen in § 42d Abs. 1 Nr. 2 und 3, Abs. 2.

**StBereinigungsG 1986 v. 19.12.1985** (BGBl. I 1985, 2436; BStBl. I 1985, 735): Die Abs. 6–8 wurden angefügt.

**StReformG 1990 v. 25.7.1988** (BStBl. I 1988, 1039; BStBl. I 1988, 224): Der neue § 42d Abs. 2 Nr. 3 übernahm § 10 Abs. 3 LStDV (Haftungsausschluss bei Anzeige im Fall des § 19a Abs. 2 Satz 2). Abs. 4 wurde auf das Verfahren bei Nachforderung pauschaler LSt. ausgedehnt. Im Übrigen Änderungen redaktioneller Art.

**Ges. v. 20.12.1988** zur Einordnung der Vorschriften über die Meldepflichten des ArbG im Sozialversicherungsrecht (BGBl. I 1988, 2330; BStBl. I 1989, 37): Änderung einer Verweisung in Abs. 6: statt auf § 317a RVO jetzt auf §§ 28a–28c SGB IV.

**StÄndG 1992 v. 25.2.1992** (BGBl. I 1992, 297; BStBl. I 1992, 146): Das Zitat in § 42d Abs. 2 Nr. 1 wurde durch den Verweis auf § 38 Abs. 4 Satz 2 erweitert.

**1. SGB III-ÄndG v. 16.12.1997** (BGBl. I 1997, 2970; BStBl. I 1998, 127): Streichung in Abs. 6 Satz 2.

**StEugIG v. 19.12.2000** (BGBl. I 2000, 1790; BStBl. I 2001, 3) ändert die Kleinbetragsgrenze in Abs. 5 auf den Betrag von 10 €.

**StÄndG 2001 v. 20.12.2001** (BGBl. I 2001, 3794; BStBl. I 2002, 4): Streichung von Abs. 2 Nr. 3 (Anpassung an die Streichung der Sperrfrist in § 19a).

**StÄndG 2003 v. 15.12.2003** (BGBl. I 2003, 2645; BStBl. I 2002, 4) fügt Abs. 1 Nr. 4 an, streicht Abs. 2 Nr. 2 und ändert Abs. 2 bei dieser Gelegenheit sprachlich. Außerdem wird Abs. 9 angefügt.

**EURLUmsG v. 9.12.2004** (BGBl. I 2004, 3310; BStBl. I 2004, 1158) fasst Abs. 6 Satz 2 neu.

**JStG 2007 v. 18.12.2006** (BGBl. I 2006, 2878; BStBl. I 2007, 28): Von Abs. 6 Satz 1 wird der letzte Halbsatz gestrichen. Abs. 9 Satz 6 verweist nun auf § 38 Abs. 3a Satz 7 (redaktionelle Berichtigung).

### III. Bedeutung des § 42d

#### 1. Rechtssystematische Bedeutung

5

§ 42d ist eine *Ermächtigungsgrundlage*, die es erlaubt, einen StAnspruch in Form eines Haftungsanspruchs (vgl. § 37 AO) gegenüber dem ArbG, einem Dritten, der den LStAbzug für den ArbG vornimmt, oder dem Entleiher von Arbeitskräften geltend zu machen. § 42d enthält sowohl materiell-rechtl. als auch verfahrensrechtl. Regelungen. Ergänzt werden sie durch §§ 44, 191 AO (vgl. BFH v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756).

**Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen der Haftung für Lohnsteuer** sind *zweigliedrig* aufgebaut; sie bestehen

- aus objektiven Tatbestandsmerkmalen, soweit es um die Haftung dem Grunde nach geht (Abs. 1, Abs. 6 Satz 1 und Abs. 9), ergänzt durch die Haftungsausschlussgründe, und
- aus einem Ermessenstatbestand auf der Rechtsfolgenseite (Abs. 3, Abs. 6 Satz 8, Abs. 9 Satz 4).

**Verfahrensvorschriften** für die Geltendmachung des Haftungsanspruchs gegenüber dem ArbG im Sonderfall der formlosen Inanspruchnahme enthält Abs. 4.

**Die Haftung bei Arbeitnehmerüberlassung** ist als *eigenständiges Rechtsinstitut* anzusehen. Sie lehnt sich in verschiedener Hinsicht an die Haftung des ArbG für LSt. an, folgt aber im Einzelnen ihren eigenen Regeln. Abs. 8 enthält eine Regelung über die Sicherung des LStAnspruchs.

**Haftung eines Dritten**, der den LStAbzug nach § 38 Abs. 3a vornimmt, behandelt Abs. 9.

## 2. Gesetzgeberischer Zweck

### 6 a) Zweck der Haftung des Arbeitgebers (Abs. 2–5)

Die Haftung des ArbG für LSt. erfüllt nach hergebrachter Auffassung einen doppelten Zweck. Präventiv wirkt sie auf den ArbG ein, den LStAbzug korrekt vorzunehmen (so HAHN, Inst. FuSt., Brief Nr. 241, 1986, 53; HAHN, BB 1986, 1069; SCHICK, BB 1983, 1041 [1044]; STOLTERFOHT, DStJG 5 [1982], 299; BFH v. 12.1.2001 – VI R 102/98, DStR 2001, 980). Darüber hinaus sichert sie das Steueraufkommen, indem der ArbG – ähnlich wie ein Bürge – für die Steuerschuld des ArbN neben diesem einzustehen hat (so BÄUERLEN, Die LStHaftung des ArbG, 1978, 23; HEINRICH/SCHILLING, BB 1985, 2188; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 2).

**Stellungnahme:** Der Charakter der LSt. hat sich im Laufe der Zeit geändert, die Haftung wurde im Prinzip ohne Änderung beibehalten. Ganz zu Anfang, als die LSt. als Steuerform noch verselbständigt war und nicht unbedingt als Vorauszahlung auf die ESt. angesehen werden konnte, musste der Zweck, das LStAbzugsverfahren zu sichern, im Vordergrund stehen (vgl. BFH v. 21.2.1986 – VI R 9/80, BStBl. II 1986, 768). Diesem Zweck entspricht es, dass keine Haftung nach § 42d entsteht, wenn der ArbG den LStAbzug gem. LStKarte durchgeführt hat, oder dass keine Haftung entsteht, wenn der ArbG die Bemessungsgrundlage für die LSt. nicht kennt (BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94, FR 1998, 107; s. Anm. 60). Daneben zeigt sich aber auch der Sicherungsgedanke durch § 42d Abs. 3. Nur so ist erklärlich, dass der ArbG selbst dann, wenn er eindeutig seine Pflichten beim LStAbzug verletzt hat, nicht automatisch, sondern erst nach einer Ermessensprüfung in Anspruch genommen wird (glA BFH v. 22.7.1993 – VI R 116/90, BStBl. II 1993, 775; FG Hamb. v. 13.12.1984, EFG 1985, 397; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 2: Schadensersatzcharakter). Der in R 145 Abs. 4 Satz 3 LStR beschriebene Zweck – schneller Eingang der LSt. in einem vereinfachten Verfahren – steht nicht in Einklang mit § 42d Abs. 3.

### 7 b) Zweck der Haftung des Entleihers (Abs. 6–8)

Die Haftung des Entleihers soll die „Hemmschwelle für illegale ArbNÜberlassung“ anheben und verhindern, dass Steuerhinterziehung in diesem Bereich „risikoarm“ ist (BRDrucks. 391/85, 7). Leitbild für die Regelung ist die „steuerunehrliche ArbNÜberlassung“ (vgl. BTDrucks. 10/4119, 6). Im Vordergrund steht die *Sicherung des LStAnspruchs*, daneben die Ergänzung des gewerberechtl. Instrumentariums (vgl. die Stellungnahme des BR, BTDrucks. 10/4119, 10).

## 8 3. Verfassungsmäßigkeit

**Verfassungsmäßigkeit der Arbeitgeberhaftung:** Die Haftung des ArbG für LSt. als Folge der Pflichtverletzung beim LStAbzug verstößt nach der Rspr. des BVerfG nicht gegen Grundrechte (BFH v. 5.7.1963 – VI 270/62 U, BStBl. III 1963, 468; BVerfG v. 17.2.1977 – 1 BvR 33/76, BVerfGE 44, 103). Bei diesen Entscheidungen ist auch berücksichtigt worden, dass der ArbG keinen Kosten-

ersatz für die Durchführung des LStAbzugs erhält (leise zweifelnd wegen zusätzlicher Belastung durch Verpflichtung zur Auszahlung des Kindergelds BFH v. 26.5.1998 – VI R 58/97, BFH/NV 1998, 1178; KANZLER, FR 1996, 473).

*Stellungnahme:* Eine uneingeschränkte Haftung für einen kostenlosen LStAbzug ist mit dem Übermaßverbot kaum noch in Einklang zu bringen. Während sich der Fiskus den Einzug der Kirchensteuer bezahlen lässt, muss der ArbG den hohen Aufwand für den LStAbzug als Teil der Lohnnebenkosten selbst tragen (zum Aufwand HENDEL, Inst. FuSt. Schrift Nr. 359, 1985, 67) und wird obendrein mit einer verschuldensunabhängigen Haftung bedacht. Der ArbG trägt damit nicht nur die organisatorische Last des LStAbzugs, sondern darüber hinaus das volle Risiko für dessen Richtigkeit. Das gilt selbst dort, wo er den LStAbzug nicht selbst vornimmt (§ 38 Abs. 3a). § 42d muss daher unter dem *Gesichtspunkt des Übermaßverbots* verfassungskonform ausgelegt werden (nach SCHICK, Besteuerungsverfahren, 1988, 36, verstößt bereits die Verpflichtung des ArbG zum LStAbzug in ihrer Gesamtheit aus den hier genannten Gründen gegen Art. 12 GG, s. auch DRÜEN, FR 2004, 1134 [1138]; TRZASKALIK, DSjG 12 [1989], 157; WINTER, in: Der Fachanwalt f. StRecht im Rechtswesen, 1999, 311; ebenso für die kostenlose Erhebung der Kapitalertragsteuer HEY, FR 1998, 497). Die Rspr. trägt dem zB dadurch Rechnung, dass sie einen Haftungsausschluss nach Treu und Glauben dort annimmt, wo der ArbG aufgrund eines entschuldbaren Rechtsirrtums den LStAbzug nicht zutreffend durchgeführt hat (s. Anm. 60 f.).

#### 4. Wirtschaftliche Bedeutung

9

Die LSt. stellt mit einem Anteil von etwa einem Drittel des gesamten Steueraufkommens (2004: 158 282 Mrd. € von 479 495 Mrd. € Steuereinnahmen) die größte Steuerquelle Deutschlands dar. Etwa 72 % aller Stpfl. hatten im Jahr 2004 überwiegend Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Die Effektivität der Steuererhebung, die aufgrund der Ausgestaltung der LSt. als Quellensteuer besteht, wird durch die Haftung des ArbG für den ordnungsgemäßen LStAbzug noch erhöht und gesichert. Auf der anderen Seite kann der ArbG die Haftungsforderung oft nicht überwälzen, weil ein Regress unmöglich oder betriebsschädlich ist. In diesen Fällen erhöht die Haftung für LSt. die Lohnnebenkosten in nicht kalkulierbarer Weise und verzerrt die Steuertragungslast, zT einhergehend mit einer Steuerübererhebung. Unter diesem Gesichtspunkt schadet die Haftung für LSt. der Wirtschaft (ähnlich WINTER, in: Der Fachanwalt f. StRecht im Rechtswesen, 1999, 311; für die Abschaffung der LSt. als QuellenSt. TIPKE, in: Festschr. Kruse, 2001, 215 ff., 224 f.). Wie hoch die Belastung nur durch § 42d ist, lässt sich nicht sagen. Die reinen Überwälzungskosten betragen nach einer neueren Untersuchung etwa 18 % aller Kosten der Lohn- und Gehaltsabrechnung in einem Betrieb (vgl. DRÜEN, FR 2004, 1134 [1137 ff.]).

### IV. Geltungsbereich des § 42d

#### 1. Allgemeines zum Geltungsbereich

##### a) Sachlicher Geltungsbereich

10

**Lohnsteuer als Haftungsgegenstand:** Die Haftung nach § 42d bezieht sich nur auf diejenige ESt., die gem. § 38 in Form der LSt. einzubehalten und abzuführen ist. Nicht betroffen ist dagegen Arbeitslohn von dritter Seite, soweit keine Pflicht zum LStAbzug besteht, oder Arbeitslohn, für den LSt. in pauschalier-

ter Form erhoben wird. Die Haftung betrifft daher nicht LSt., die auf Arbeitslohn von einem ausländ. ArbG entfällt, es sei denn, dass der ArbG ein ausländ. Verleiher iSd. § 38 Abs. 1 Nr. 2 ist.

**Andere Haftungsgegenstände:** Die Haftung des ArbG für Kirchenlohnsteuer, Zulagen (zB ArbNSparzulage, Bergmannsprämie) ergibt sich erst durch Verweisungen auf § 42d in anderen Regelungen.

## 11 b) Persönlicher Geltungsbereich

**Haftungsschuldner** sind gem. Abs. 1 inländ. ArbG iSv. § 38 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 sowie ausländ. Verleiher von Arbeitskräften iSv. § 38 Abs. 1 Nr. 2. Nach Abs. 9 haften außerdem Dritte, die anstelle des ArbG gem. § 38 Abs. 3a den LStAbzug vornehmen.

**Andere Personen** als die oben genannten haften nicht nach § 42d für LSt., möglicherweise aber aufgrund einer anderen Haftungsvorschrift (zB gem. §§ 69, 75 AO sowie gem. § 25 HGB, vgl. BFH v. 6.10.1977 – V R 50/74, BStBl. II 1978, 241).

Der Geschäftsführer einer GmbH haftet nur für die Steuerschulden der GmbH (§§ 33 Abs. 1, 69 Abs. 1 AO); die Haftung gem. § 42d betrifft allein die GmbH, da die Gesellschaft ArbG ist (vgl. BFH v. 22.1.1985 – VII R 112/81, BStBl. II 1985, 562; FG Köln v. 2.4.1984, EFG 1984, 633, rkr.). Diese Unterscheidung ist vor allem bei der Ermessensausübung im Rahmen des § 191 AO zu beachten; § 42d Abs. 3 ist auf §§ 33, 69 AO nicht anzuwenden (FG Köln v. 2.4.1984 aaO).

Zur Haftung anderer Personen s. Übersicht bei H 145 LStH und MIHATSCH, FR 1978, 528. Haftung des GmbH-Geschäftsführer für LSt. bei Insolvenz: FG Köln v. 12.9.2005, DStRE 2006, 496 (500), nrkr., Rev. Az. BFH VI R 69/05; VII R 60/05; FG Düss. v. 10.1.2006, EFG 2006, 618, nrkr., Rev. Az. BFH VI R 11/06; BFH v. 9.12.2005 – VII B 124–125/05, BFH/NV 2006, 897; HAUNHORST, DStZ 2006, 369; Begrenzung der StHaftung für Vorstand: FG Hamb. v. 17.8.2005, DStRE 2006, 502, rkr.; URBAN, DStR 2006, 1262, zur Beschränkung der Haftung eines Geschäftsführers drei Monate vor Insolvenz.

**Arbeitnehmer nicht Adressat:** Die originäre StSchuld des ArbN, die sog. Erstschild, entsteht unabhängig von der Haftungsschuld. Der ArbN kann sich auch nicht darauf berufen, das FA müsse nach pflichtgemäßem Ermessen (Abs. 3 Satz 2) vorrangig den ArbG in Anspruch nehmen (BFH v. 24.1.1975 – VI R 121/72, BStBl. II 1975, 420 zu § 38 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 EStG 1969).

## 12 2. Anwendung bei Auslandsbeziehungen

**Ein ausländischer Arbeitgeber** haftet nur als ausländ. Verleiher iSv. § 38 Abs. 1 Nr. 2 nach § 42d (FG Nürnberg v. 6.6.2000, DStRE 2000, 910, bestätigt BFH v. 19.2.2004 – VI R 122/00, BStBl. II 2004, 620). Dieser Tatbestand kann bei ArbNEntsendung zwischen international verbundenen Gesellschaften erfüllt sein (BFH v. 19.2.2004 – VI R 122/00, aaO; R 105 Abs. 5 LStR).

Auslandsfirmen sind nach der Legaldefinition des § 38 Abs. 1 Nr. 1 *inländische ArbG*, sofern sie die dort genannten Voraussetzungen erfüllen, und haften dann wie jeder andere ArbG gem. § 42d. Zu den inländ. ArbG zählen auch im Ausland ansässige ArbG mit inländ. Betriebsstätten (s. schon BFH v. 16.5.1975 – VI R 165/72, BStBl. II 1975, 642; v. 5.10.1977 – I R 90/75, BStBl. II 1978, 205). § 38 Abs. 1 Satz 2 erweitert außerdem die Definition des inländ. ArbG auf ArbG im wirtschaftlichen Sinn (dazu BFH v. 4.9.2002 – I R 21/01, BStBl. II 2003, 306, gegen BMF v. 5.1.1994, BStBl. I 1994, 11; FG Düss. v. 14.3.2001, EFG 2001, 754, nrkr., NZB Az. BFH VI B 121/01). Zur Bestimmung des

ArbG bei DBA BFH v. 18.12.2002 – I R 96/01, BFH/NV 2003, 1152; FG München v. 8.10.2001, IStR 2002, 28, rkr., mit Anm. DE WEERTH, IStR 2002, 30; BMF v. 5.1.1994 aaO.

**Steuerfreie ausländische Einkünfte:** s. § 50d Abs. 8.

## V. Verhältnis zu anderen Vorschriften

13

**Verhältnis zur Lohnsteuerpauschalierung (§§ 40–40b):** Nachforderung pauschalierter LSt. und die Haftung für LSt. schließen sich gegenseitig aus. Wegen § 40 Abs. 3 besteht keine Haftung des ArbG, wenn er ausnahmsweise aufgrund der Pauschalierung der LSt. nach §§ 40–40b einziger Schuldner der LSt. ist (BFH v. 15.3.1985 – VI R 30/81, BStBl. II 1985, 581; v. 16.5.1986 – VI R 67/81, BFH/NV 1987, 401); s. Anm. 25.

**Verhältnis zu § 48:** § 48 Abs. 3 Nr. 2 begrenzt die Haftung bei ArbNÜberlassung.

**Verhältnis zu anderen Haftungstatbeständen,** die neben § 42d verwirklicht sein können: Soweit ein inländ. ArbG oder ein ausländ. Verleiher Haftungssubjekt ist, geht § 42d diesen Vorschriften als *Spezialnorm* vor. Das gilt auch zB hinsichtlich der Haftung des Steuerhinterziehers nach § 71 AO. Andere Personen können gleichzeitig neben dem ArbG nach anderen Haftungsvorschriften, etwa §§ 69, 75 AO, für LSt. haften (BFH v. 12.7.1983 – VII B 19/83, BStBl. II 1983, 655; s. auch Anm. 78).

**Verhältnis zu § 167 AO:** § 42d ist nach der Rspr. keine Spezialnorm zu § 167 AO, so dass, wenn der ArbG keine LStAnmeldung vornimmt, ein Schätzungsbescheid auf der Grundlage des § 167 AO ergehen kann und nicht ein Haftungsbescheid erlassen werden muss (BFH v. 7.7.2004 – VI R 171/00, BStBl. II 2004, 1087 mwN; v. 7.7.2004 – VI R 168/01, BFH/NV 2005, 357; NACKE, DStR 2005, 1297). Da eine Haftung nur aufgrund einer Ermessensentscheidung zulässig ist, weist ein Teil des Schrifttums darauf hin, dass der LStNachforderungsbescheid gem. § 167 Abs. 1 AO seiner Natur nach ein Haftungsbescheid gem. § 42d ist, sobald dessen Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt sind (HEUERMANN, DStR 1998, 959). Zuzugeben ist, dass nach dem Wortlaut die Regelung des § 167 Abs. 1 AO einen LStNachforderungsbescheid in Fällen zulässt, die auch von § 42d Abs. 1 Nr. 1 erfasst werden. § 167 Abs. 1 AO ist auf die Situation zugeschnitten, dass QuellenSt. im laufenden Kj. vom Arbeitslohn erhoben wird. Nach sinngemäßer Auslegung, die sich am Zweck der Vorschriften orientiert, ist uE dann, wenn der ArbG selbst keine LStAnmeldung für den speziellen Sachverhalt mehr abgeben kann, § 42d die speziellere Norm. Dann darf das Vorgehen des FA den ArbG nicht um die Rechte bringen, die ihm das Gesetz ausdrücklich auch dann zubilligt, wenn er sich nicht zum LStAbzug verpflichtet fühlt. Sobald alternativ auch eine Inanspruchnahme des ArbN möglich wäre, müssen auch bei Erlass eines LStNachforderungsbescheids die Voraussetzungen des § 42d berücksichtigt werden (FG Köln v. 10.12.2004, EFG 2005, 756, nrkr., Rev. Az. BFH VI R 10/05; so im Ergebnis für KapErtrStHaftung BFH v. 13.9.2000 – I R 61/99, BStBl. II 2001, 67). Andernfalls könnte sogar ein Nachforderungsbescheid ergehen, wenn eine Haftung nach § 42d nach Treu und Glauben ausgeschlossen wäre. Dafür gibt es keine Rechtfertigung (verfassungsrechtl. Bedenken gegen ein Wahlrecht bei DRÜEN, DB 2005, 299). Bestätigt wird diese Auffassung durch § 42d Abs. 4 Nr. 1. Hier ersetzt eine vom ArbG abgegebene LStAnmeldung den förmlichen Haftungsbescheid; dabei ist unbestritten, dass

auch diese Form der Haftungsanspruchnahme alle Voraussetzungen des § 42d erfüllen muss (s. Anm. 90). Im Rahmen des § 167 AO ist im Übrigen auch § 173 Abs. 2 AO anzuwenden (KLEIN/RÜSKEN, AO, 9. Aufl. 2006, § 167 Rn. 6).

14–19 Einstweilen frei.

## Erläuterungen zu Abs. 1: Die Haftung des Arbeitgebers für Lohnsteuer

**Schrifttum:** BÄUERLEN, Die Lohnsteuerhaftung des Arbeitgebers, Diss. jur. Gießen 1978; MIHATSCH, Grundlagen des Lohnsteuerhaftungs- und Nachforderungsverfahrens, FR 1978, 526; SCHICK, Steuerschuld und Steuerhaftung im Lohnsteuerverfahren, BB 1983, 1041; OFFERHAUS, Pauschalierungs- oder Haftungsbescheid nach einer Lohnsteuer-Außenprüfung, StbJb. 1983/84, 291; FRIEDRICH, Muß der Bürger als Steuereinheber strenger haften als der Finanzbeamte?, DB 1984, 1114; HAHN, Für eine sachgemäße Begrenzung der Haftung des Arbeitgebers für einzubehaltende Lohnsteuer – Anmerkungen zum Urteil des BFH vom 7.12.1984 – IV R 164/79 –, Inst. FuSt., Brief Nr. 257, Bonn 1986; HAHN, Verfassungsrechtliche Aspekte der Haftung des Arbeitgebers für einzubehaltende Lohnsteuer, NJW 1988, 20; KLOUBERT, Rechtliche Stellung des Arbeitgebers beim Lohnsteuerabzug, Köln 1988; HEUERMANN, Der Lohnsteueranspruch gegenüber dem Arbeitgeber, DB 1994, 2411; MÖSBAUER, Die Haftung des Arbeitgebers für die Lohnsteuer, BB 1995, 2194; THOMAS, Die Ermittlung der Haftungsschuld bei unterbliebenem Lohnsteuerabzug, DStR 1995, 273; HENDEL, Die Belastung der Arbeitgeber durch die Lohnsteuer, Inst. FuSt. Schrift Nr. 359, Bonn 1997; NACKE, Die Haftung für Steuerschulden, Köln 1999; WINTER, Risiken des Arbeitgebers beim Lohnsteuerabzug, in: Der Fachanwalt für Steuerrecht im Rechtswesen, Herne/Berlin 1999, 311; GOSCH, Geltendmachung von Abzugssteuern durch Nachforderungs- oder Haftungsbescheid, StBp. 2001, 113; PUST, Zur Haftung des Arbeitgebers wegen unterbliebenen Lohnsteuerabzugs, Anm. HFR 2001, 771; EISGRÜBER, Lohnsteuerhaftung des Arbeitgebers auf Grund einer unterlassenen Anzeige nach § 38 Abs. 4 Satz 2 EStG?, DStR 2003, 141; BERGKEMPER, Anmerkung zu BFH v. 9.10.2002 – VI R 112/99, FR 2003, 95; DRÜEN, Grenzen der Steuerentrichtungspflichten, FR 2004, 1134; GERSCH, Haftungsbescheid und Nachforderungsbescheid, AO-StB 2004, 176; DRÜEN, Zum Wahlrecht der Finanzbehörde zwischen Steuerschätzung und Haftungsbescheid bei unterbliebener Steueranmeldung, DB 2005, 299; NACKE, Zweifelsfragen und Prüfungsschwerpunkte bei der Lohnsteuerhaftung, DStR 2005, 1297; MÜLLER, Die Akzesessorietät der Haftung, AO-StB 2006, 153; URBAN, Befreit die insolvenzrechtliche Anfechtbarkeit den GmbH-Geschäftsführer von seiner (lohn-)steuerlichen Haftung?, DStR 2006, 1262.

**Verwaltungsanordnungen:** R 105, 106 Abs. 5, 145, 146, 146a LStR.

### A. Grundzüge der Haftung des Arbeitgebers für Lohnsteuer

#### I. Begriff und Wesen der Haftung für Lohnsteuer

##### 20 1. Begriff der Haftung

Haftung für LSt. bedeutet für den ArbG, dass er für eine *fremde* Schuld, die persönliche Steuerschuld des ArbN, einzustehen hat (BFH v. 15.4.1987 – VII R 160/83, BStBl. II 1987, 167; v. 12.10.1999 – VII R 98/98, BStBl. II 2000, 486; v. 11.7.2001 – VII R 29/99, BFH/NV 2002, 305; v. 7.3.2006 – X R 8/05, DStR 2006, 1037). Als Haftender hat der ArbG eine eigene Steuerschuld zu erfüllen (§§ 33 Abs. 1, 37 Abs. 1 AO); sie besteht neben der originären Steuerschuld des

ArbN (sog. *Erstschuld*). Die Haftung führt zu einem Gesamtschuldverhältnis zwischen ArbG und ArbN (Abs. 3). Die Wesensmerkmale der Haftung sind:

**Akzessorität:** Da der ArbG für die *Erstschuld* einzustehen hat, ist eine Haftung ohne diese Schuld nicht denkbar, dh. Haftungs- und Steuerschuld sind akzessorisch (BFH v. 7.12.1984 – VI R 164/79, BStBl. II 1985, 164; SCHMIDT/DRENSECK XXV. § 42d Rn. 2). Die Haftungsschuld besteht nur dann und in dem Umfang, in dem auch die Erstschuld materiell-rechtl. begründet ist und eine Pflicht zum LStAbzug bestanden hat (BFH v. 17.10.1980 – VI R 136/77, BStBl. II 1981, 138). Dies gilt ohne Einschränkung für das Entstehen des Haftungsanspruchs (BÄUERLEN, Die LStHaftung des ArbG, 1978, 21). Hinsichtlich des Erlöschens des Haftungsanspruchs ist § 44 Abs. 2 AO zu beachten.

Aufgrund der Akzessorität von Haftung und Erstschuld gehört der Umfang der Erstschuld zum objektiven Haftungstatbestand. Bekräftigt wird das von § 44 Abs. 1 AO; denn danach ist Kennzeichen einer Gesamtschuld, dass Haftung und Erstschuld auf dieselbe Leistung gerichtet sind. Das kann im Rahmen des § 42d nicht anders sein als bei anderen Haftungsschulden auch.

**Keine Subsidiarität:** Im Unterschied zu anderen strechtl. Haftungstatbeständen ist die Haftung des ArbG im Verhältnis zur Steuerschuld nicht subsidiär. Das FA entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen gem. Abs. 3, ob der ArbG in Anspruch zu nehmen ist (s. Anm. 78 ff.). Die Haftung des ArbG ist keine Ausfallhaftung, § 219 Abs. 2 AO (zur Andersartigkeit der Entleiherhaftung gem. Abs. 6 Satz 6 s. Anm. 121 ff.).

Einstweilen frei.

21

## 2. Haftung für Lohnsteuer

22

§ 42d Abs. 1 ordnet ausdrücklich eine Haftung „für LSt.“ an. Im laufenden Kj. ist die LSt. nach LStKarte unter Beachtung des § 38a zu ermitteln. Nach Ablauf eines laufenden Kj. gibt es keine festzusetzende LSt. mehr, sondern nur noch eine ESt. des ArbN, die auch die Einkünfte aus § 19 umfasst (s. § 36 Abs. 1). Selbst nicht veranlagte ArbN schulden nur noch ESt., denn bei ihnen gilt die auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit entfallende ESt. durch den LStAbzug als abgegolten (§ 46 Abs. 4). Die vom zufließenden Lohn erhobene LSt. ist eine Vorauszahlungsschuld auf die ESt. und damit eine durch die Festsetzung der jährlichen ESt. auflösend bedingte StSchuld (§ 36 Abs. 1; TIPKE/KRUSE, AO, § 47 Rn. 8). Der Rechtsgrund für eine LStZahlung ist nur so lange in der LStAnmeldung des ArbG zu sehen, bis ein EStBescheid erlassen worden ist (BFH v. 12.10.1995 – I R 39/95, BStBl. II 1996, 87; v. 20.12.1995 – I R 72/95, BFH/NV 1996, 605). Wenn § 42d Abs. 1 für abgelaufene Kj. nicht leer laufen soll, muss logischerweise angenommen werden, dass der ArbG, sobald der laufende LStAbzug abgeschlossen ist, für diejenige ESt. haftet, die anteilig auf den von ihm bezogenen Arbeitslohn entfällt, allerdings begrenzt auf die Höhe des Betrags, den er zum Zeitpunkt des Lohnzuflusses als LSt. hätte einbehalten müssen.

GLA zB SCHMIDT/DRENSECK XXV. § 42d Rn. 2; FICHELTMANN, DStR 1974, 76; LANG, StuW 1975, 130 ff.; GAST-DE HAAN, DStJG 9 (1986), 158; aA KIRCHHOF/EISGRUBER VI. § 42d Rn. 10; THOMAS, DStR 1995, 273; für die USt. BFH v. 12.10.1999 – VII R 98/98, BStBl. II 2000, 486: UStVorauszahlungsansprüche stehen kraft Gesetzes unter der auflösenden Bedingung, dass die UStVorauszahlungen aus den UStVor Anmeldungen oder Vorauszahlungsfestsetzungen durch die Festsetzung der Jahressteuerschuld bestätigt werden.

Diese Auslegung deckt sich mit dem Zweck des § 42d Abs. 3 Satz 4, nach dem der ArbG auch dann in Anspruch genommen werden kann, wenn der ArbN zur ESt. veranlagt wird. Bei einer anderen Auslegung wird der Zweck des § 42d, das StAufkommen zu sichern, übererfüllt.

Bei dieser Sicht ist eindeutig, dass das BetriebsstättenFA in Abstimmung mit dem WohnsitzFA die Höhe der Haftungsforderung nachzuweisen hat, falls zB aufgrund der Höhe des Jahresarbeitslohns eines ArbN wahrscheinlich ist, dass er zur ESt. veranlagt wird (s. auch Anm. 82).

In der Praxis wird regelmäßig nicht geprüft, ob, sofern das betreffende Kj. abgelaufen ist, der Haftungsanspruch, gemessen an der individuellen EStSchuld, in der zunächst angenommenen Höhe noch besteht. Der LStAnspruch wird wie verselbständigt angesehen. Die Rspr. hatte vor Einfügung des Abs. 3 Satz 4 eine Haftung des ArbG abgelehnt, wenn ein ArbN zur ESt. veranlagt wurde. Mit Ausnahme von sog. Massenverfahren trägt die Rspr. dem Problem nun dadurch Rechnung, dass eine vorrangige Inanspruchnahme des ArbG als unbillig angesehen wird, wenn aller Wahrscheinlichkeit nach die Erstschuld nicht in Höhe der Haftungsforderung besteht (s. Anm. 74, 79). Damit wird das Problem aber unsystematisch behandelt und erst auf der Ebene von Recht und Billigkeit bei der Inanspruchnahme des ArbG gem. Abs. 3 angesiedelt. SCHMIDT/DRENECK (XXV. § 42d Rn. 59) schlagen vor, dass der ArbG bis zum Erlass der Einspruchsentscheidung substantiiert vortragen muss, inwieweit die originäre Steuerschuld nicht mehr besteht.

Die hier vertretene Auffassung mag in der Praxis „unpraktisch“ und verwaltungsaufwändig sein. Es fragt sich aber, ob rechtsstaatliche Prinzipien wirklich einem Zweckmäßigkeitsdenken geopfert werden sollten. Die zurzeit gängige Verwaltungspraxis ist daher zu überdenken.

### 23 3. Bedeutung des Verschuldens

**Haftung nach herrschender Meinung unabhängig vom Verschulden:** Der Wortlaut des § 42d behandelt das Verschulden des ArbG bei der Erfüllung von Haftungstatbeständen nicht. Daraus leitet die hM ab, dass die Haftungsforderung dem Grunde nach entsteht, wenn der ArbG die in Abs. 1 genannten Tatbestände *objektiv* erfüllt.

So schon BFH v. 13.5.1954 – IV 197/53 U, BStBl. III 1954, 225; v. 21.2.1986 – VI R 9/80, BStBl. II 1986, 768; offen gelassen in BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197; R 145 Abs. 3 Satz 1 LStR; glA LADEMANN/ALTEHOEFER, § 42d Rn. 12; v. BORNHAUPT, StVj. 1993, 322 (326 ff.); BLÜMICH/HEUERMANN § 42d Rn. 58, 60; HARTZ/MEESEN/WOLF, ABC-Führer LSt. „Haftung für LSt.“ Rn. 13; MIHATSCH, FR 1978, 527; MÖSBAUER, FR 1995, 173; STOLTERFOHT, DSJG 5 (1982), 299; STOLTERFOHT, DSJG 9 (1986), 198 f.; R 145 Abs. 4 Satz 1 LStR; s. auch Anm. 8.

In diesem Punkt unterscheidet sich § 42d auffällig von anderen Haftungsnormen, zB §§ 69, 72 AO, die ausdrücklich die Haftung von einem schuldhaften Verhalten abhängig machen. Übereinstimmung besteht dagegen mit der Haftung gem. § 50a Abs. 5 Satz 5. Die hM berücksichtigt den Grad des Verschuldens allerdings beim Auswahlermessen nach § 42d Abs. 3 (s. Anm. 79).

**Im Schrifttum** wird zunehmend die Auffassung vertreten, eine verschuldensunabhängige Haftung des ArbG für LSt. passe nicht in das System dieser Haftung und sei verfassungswidrig. Im Wege der verfassungskonformen Auslegung hafte der ArbG gem. Abs. 1 nur bei schuldhafter Pflichtverletzung.

FRIEDRICH, DB 1984, 1114; SCHICK, BB 1983, 1045; BÄUERLEN, Die LStHaftung des ArbG, 1978, 83; GAST-DE HAAN, DSJG 9 (1986), 141 (150 ff.); VON GROLL, DSJG 9

(1986), 431 (446); RÖSSLER, FR 1982, 155; LBP/BAREIN, § 42d Rn. 8 ff.; KSM/TRZASKALIK, § 42d Rn. B 12 ff.; SCHMIDT/DRENECK XXV, § 42d Rn. 7.

Nach einer weiteren Auffassung kommt eine Haftung nach § 42d nur bei vorsätzlichem Handeln in Betracht, da der ArbG beim LStAbzug als Beliehener tätig wird und dabei vom Haftungsprivileg des § 32 AO profitiert (WINTER, in: Der Fachanwalt f. StRecht im Rechtswesen, 1999, 311 ff.).

**Stellungnahme:** Die Inanspruchnahme eines ArbG, der ohne Verschulden einen Haftungstatbestand erfüllt, ist unbillig.

Angesichts der Tatsache, dass das LStRecht ständig komplizierter wird, der ArbG wegen Verletzung der ihm unentgeltlich aufgebürdeten Hilfsdienste haftet und der ArbN der eigentliche StSchuldner ist, ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, fehlendes oder leichtes Verschulden des ArbG im Rahmen des gesetzlich Möglichen zu seinen Gunsten zu berücksichtigen (glA TIPKE/KRUSE, § 191 AO Rn. 58, die es unter dem Gesichtspunkt der Billigkeit für geboten halten, den ArbG nur haften zu lassen, wenn und soweit er vorsätzlich oder grob fahrlässig einen Haftungstatbestand verwirklicht hat). Wenn schon ein Vertreter eines Stpfl. nach § 69 AO iVm. §§ 34, 35 AO nur haftet, wenn er seine Pflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat, sollte der ArbG, der weniger als ein Vertreter des ArbN ist, nicht ohne Verschulden haften. Im Übrigen haften Amtsträger gem. § 32 AO nur unter verschärften Bedingungen (dazu RÖSSLER, FR 1982, 155; WINTER aaO). Der ArbG übernimmt aber beim LStAbzug als „verlängerter Arm“ des FA dessen Pflichten bezüglich Festsetzung und Durchsetzung des LStAnspruchs. Diese unterschiedlichen Maßstäbe sind einfach bedenklich. Eine Gefährdungshaftung ist im gesamten deutschen Recht auf wenige Ausnahmefälle beschränkt. Das Gesetz selbst führt in § 42d eine Erfolgshaftung des ArbG nicht radikal durch; denn nach Abs. 3 ist der ArbG nur nach billigem Ermessen in Anspruch zu nehmen. Es ist konsequent, daraus den Grundsatz abzuleiten, dass eine Haftung des ArbG ohne Verschulden nicht in Betracht kommt. Die Gerichte haben in ständig fortentwickelter Rspr. klargestellt, dass eine strikt zu Lasten des ArbG gehende Auslegung und Anwendung des § 42d die durch Treu und Glauben gesetzten Grenzen bei weitem sprengt (s. zB Anm. 79).

## II. Entstehung und Erlöschen der Haftungsschuld

### 1. Entstehung der Haftungsschuld

24

Die Haftung des ArbG für LSt. setzt eine StSchuld des ArbN voraus und beginnt, sobald außerdem einer der in Abs. 1 genannten Haftungstatbestände verwirklicht ist (BFH v. 27.3.1990 – VII R 26/89, BStBl. II 1990, 939). Es bedarf dazu nicht des Erlasses eines Haftungsbescheids (Rückschluss aus Abs. 4; ebenso BFH v. 15.10.1996 – VII R 46/96, BStBl. II 1997, 171; KLEIN/RÜSKEN, AO, 9. Aufl. 2006, § 191 AO Rn. 11). Der Haftungstatbestand des Abs. 1 muss objektiv vorliegen und ist in vollem Umfang gerichtlich nachprüfbar – anders als die Entscheidung über die Inanspruchnahme des ArbG gem. Abs. 3 (BFH v. 5.3.1981 – II R 80/77, BStBl. II 1981, 471; RÖSSLER, FR 1982, 155). Ist der LStAbzug vorschriftsmäßig durchgeführt worden oder war seine vorschriftsgemäße Durchführung dem ArbG unmöglich, kommt es schon aus diesem Grund nicht zu einer Haftung nach § 42d (s. Anm. 40 ff.). Die Aufzählung der Haftungstatbestände in Abs. 1 ist abschließend. Zum Umfang der Haftungsschuld s. Anm. 26 ff., 74.

**Die Geltendmachung des Haftungsanspruchs** ist vom Entstehen der Haftungsschuld zu unterscheiden (BFH v. 2.5.1984 – VIII R 239/82, BStBl. II 1984, 695; Nds. FG v. 27.7.1982, EFG 1983, 155, rkr.). Beide Ereignisse fallen stets zeitlich auseinander, weil das FA erst nach Entstehen der Haftungsforderung sein Ermessen gem. Abs. 3 ausüben kann. Der Haftungsanspruch ist erst mit Ablauf der im Leistungsgebot gesetzten Zahlungsfrist fällig (FG Düss./Köln v. 26.1.1977, EFG 1977, 290); das Leistungsgebot kann im Haftungsbescheid, aber auch getrennt ergehen. Zur formlosen Inanspruchnahme des ArbG nach Abs. 4 Satz 1 s. Anm. 90 ff.

## 25 2. Erlöschen der Haftungsschuld

Der Haftungsanspruch entfällt grundsätzlich, wenn die *Steuerschuld* des ArbN erlischt oder wenn der Haftungsanspruch *selbst* erlischt, zB durch Zahlung oder Verjährung (zur Zahlung durch einen Gesamtschuldner s. BFH v. 10.6.1987 – I R 152/83, BFH/NV 1988, 5). Es gelten die §§ 44, 47 AO. Prüft das FA nicht, ob die Steuerschuld vom ArbN entrichtet wurde, obwohl nach dem Akteninhalt Veranlassung dazu besteht, so ist die Inanspruchnahme des ArbG ermessenswidrig (BFH v. 21.12.1990 – VI R 59/85, BFHE 164, 226).

**Pauschalierung der Lohnsteuer** schließt eine Haftung des ArbG gem. § 42d aus, sofern der ArbG seinen Antrag auf Pauschalierung wirksam gestellt hat (unverzichtbare Voraussetzung nach § 40 Abs. 1; FG Brandenb. v. 26.6.1996, EFG 1997, 78, rkr.) und ihn nicht mehr widerrufen oder anfechten kann. Nur wenn der Antrag auf Pauschalierung fehlt oder unwirksam war, wenn er mit Erfolg angefochten oder wirksam widerrufen wird, ist eine Inanspruchnahme des ArbG nach § 42d noch bzw. wieder möglich; im Übrigen steht es im Ermessen des FA, ob es den Pauschalierungsbescheid aufrecht erhält (BFH v. 5.3.1993 – VI R 79/91, BStBl. II 1993, 692). Der ArbG sollte sich daher sorgfältig überlegen, ob er einen Antrag auf Pauschalierung stellen will; denn gegen einen Haftungsanspruch hat er oft bessere Einwendungsmöglichkeiten. Im Rahmen des § 40 kann er meist nur gegen den Arbeitslohncharakter der strittigen Zuwendung und gegen die Höhe der StSätze Einwendungen erheben.

**Verjährungsfristen** sind für Haftungs- und Steueranspruch getrennt zu berechnen (Hess. FG v. 10.11.1980, EFG 1981, 214, rkr.; vgl. auch MACHER, DStZ 1984, 216). Es ist möglich, dass Festsetzungsverjährung des Haftungsanspruchs vor der Festsetzungsverjährung des StAnspruchs eintritt (BFH v. 8.12.1981 – VII R 105/78, BStBl. II 1982, 226). IdR verhindert aber § 191 Abs. 3 AO, dass die Haftungsschuld vor der Steuerschuld verjährt. Im Übrigen ist § 191 Abs. 5 AO zu beachten (vgl. dazu BFH v. 22.10.1986 – I R 107/82, BStBl. II 1987, 293 zu § 44 Abs. 5 EStG; BUCIEK, BB 1987, 801).

### III. Höhe der Haftungsschuld

**Schrifttum:** ALTHEOEFER, Zur Ermittlung eines durchschnittlichen Steuersatzes bei Nacherhebung von Lohnsteuer, FR 1985, 497; v. BORNHAUPT, Anm. zu den BFH-Urteilen VI R 164/79 u. VI R 72/82 v. 7.12.1984, BB 1985, 572; OFFERHAUS, Anm. zu BFH v. 7.12.1984 – VI R 164/79 und VI R 72/82, DB 1985, 631; OFFERHAUS, Anm. zu BFH v. 7.12.1984 – VI R 164/79 und VI R 72/82, StBp. 1985, 92; GLOY, Verzicht des Arbeitgebers auf Forderungen gegen den Arbeitnehmer, DStZ 1986, 222; OFFERHAUS, Anm. zu BFH v. 12.6.1986 – VI R 167/83, StBp. 1986, 264; v. BORNHAUPT, Auch bei Verzicht auf Regreß beim Arbeitnehmer haftet der Arbeitgeber für Lohnsteuer mit niedrigerem Bruttosteuersatz, BB 1994, 345; MITT, Trotz der Unmöglichkeit des Rückgriffs aus tatsächlichen Gründen

kein Nettosteuersatz im Haftungsbescheid, DStR 1994, 172; MÖSBAUER, Anm. zu BFH v. 17.3.1994 – VI R 120/92, StRK-Anm. EStG 1975 § 42d R 53.

## 1. Individuelle Berechnung der Haftungsforderung

### a) Normalfall

26

Haftungs- und Steuerschuld haben grundsätzlich dieselbe Höhe, da sie akzessorisch sind (s. Anm. 22). Im *laufenden Kj.* ist der Betrag nach § 38a zu berechnen. Für *abgelaufene Kj.* kann der ArbG geltend machen, die Steuer und damit auch die Haftungsschuld habe im Einzelfall eine geringere Höhe (str., s. Anm. 22, 74). Die FA berechnen regelmäßig auch für abgelaufene Kj. die StSchuld, die der Haftungsschuld zugrunde liegt, nach § 38a.

**Haftungsbetrag bei mehreren Arbeitnehmern:** Haftet der ArbG für die LSt. mehrerer ArbN, so setzt sich der gesamte Haftungsbetrag aus entsprechenden Einzelbeträgen zusammen, die dem jeweils betroffenen ArbN individuell zuzuordnen sind (Sammelbescheid, s. auch Anm. 100). Nur so bleiben dem ArbG Einwendungen aus dem StSchuldverhältnis sowie der Rückgriff beim jeweiligen ArbN erhalten. Desgleichen wird das Anfechtungsrecht des betroffenen ArbN nur auf diese Weise gesichert.

**Entrichtung des Haftungsbetrags nicht notwendig Arbeitslohn:** Entrichtet der ArbG als Gesamtschuldner den Haftungsbetrag, so liegt darin nicht ohne weiteres die – eventuell gleichzeitige – Gewährung von Arbeitslohn. Der ArbG erfüllt in erster Linie eine eigene StPflicht (dazu BFH v. 5.11.1982 – VI R 219/80, BStBl. II 1983, 91; Nds. FG v. 1.9.1980, EFG 1981, 45, im Ergebnis vom BFH bestätigt). Dies gilt nach allgemeiner Auffassung uneingeschränkt, sofern der ArbG wegen der Haftung beim ArbN Rückgriff nimmt (vgl. OFFERHAUS, DB 1985, 632; OFFERHAUS, StbJb. 1983/84, 306). Der Rückgriffsanspruch des ArbG ist privatrechtl. Natur. Anspruchsgrundlage ist § 670 BGB (Aufwendungsersatz; BFH v. 18.5.1972 – IV R 168/68, BStBl. II 1972, 816; BAG v. 9.12.1976 – 3 AZR 371/75, AP § 670 BGB Nr. 20 = BStBl. II 1977, 581; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 64). Zusätzlicher Arbeitslohn kann nur dann vorliegen, wenn der ArbG einen durchsetzbaren Rückgriffsanspruch hat und auf diesen Anspruch wirksam verzichtet.

### b) Höhe der Haftungsschuld bei Verzicht auf Rückgriff beim Arbeitnehmer

27

**Der Verzicht auf einen Rückgriff** beim ArbN ist nur beachtlich, wenn darin nach allgemeinen Kriterien (§ 19, § 2 LStDV) ein Zufluss von Arbeitslohn in Form eines geldwerten Vorteils liegt. Die Darlegungs- und Beweislast dafür trifft das FA. Ein Verzicht vor Entrichtung der Haftungsforderung ist nicht möglich, da der ArbN vor der Zahlung noch selbst in Anspruch genommen werden kann (BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197). Das Verhalten des ArbG muss von dem Bewusstsein getragen sein, auf einen konkreten Ausgleichs- oder Rückgriffsanspruch zu verzichten; ohne dieses Bewusstsein liegt kein lStl. relevanter Verzicht des ArbG vor (BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92 aaO; zum Rechtscharakter des Verzichts s. § 19 Anm. 241; GILROY, DStZ 1986, 223). Es besteht keine Vermutung dafür, dass ein auf Verzicht oder Erlass gerichteter Wille des ArbG besteht, selbst wenn der ArbG die Forderung nicht eintreibt oder mit Gegenforderungen nicht aufrechnet (BFH v. 25.1.1985 – VI R 173/80, BStBl. II 1985, 437). Liegen alle Voraussetzungen vor, ist auch in diesem Fall nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob ein weiterer Haf-

tungsbescheid ergehen soll (BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197).

*In der Erklärung des ArbG gegenüber dem FA/LStAußenprüfer, er wolle nicht Rückgriff nehmen, liegt kein Verzicht, der schon im Zeitpunkt der Erklärung zu einem Istpfl. Vorteil führt; denn die Steuerschuld des ArbN ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht getilgt und der ArbN kann noch selbst in Anspruch genommen werden (Ausnahme: Nettolohnvereinbarung, s. BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197 s. auch Anm. 41).*

#### **Keine Zuwendung von Arbeitslohn durch Forderungsverzicht:**

► *Rückgriff unmöglich/unfreiwilliger Verzicht auf den Rückgriff:* Ist der Rückgriff dem ArbG aus rechtl. oder tatsächlichen Gründen nicht möglich, so verzichtet der ArbG nicht freiwillig darauf (glA BLÜMICH/HEUERMANN, § 42d Rn. 130; GILOY, DStZ 1986, 223). In diesem Fall tritt allenfalls eine tatsächliche Bereicherung des ArbN ein, es liegt keine Zuwendung von Arbeitslohn vor; denn der Vorteil wird nicht für die Zurverfügungstellung von Diensten gewährt, sondern entsteht durch andere, rechtl. oder tatsächliche Umstände. Unmöglichkeit liegt vor, wenn die Haftungsforderung nicht für die betroffenen ArbN individuell, sondern mit einem Durchschnittsbruttosteuersatz berechnet worden ist, gleich aus welchem Grund (so auch FG Ba.-Württ. v. 11.4.1983, EFG 1984, 86, rkr.). Unmöglichkeit liegt ferner vor, falls keine Aufzeichnungen gem. § 41 über die Zuwendungen vorliegen, für die LSt. nachgefordert wird (kein konkludenter Regressverzicht im Unterlassen), falls der Aufenthalt eines ausgeschiedenen ArbN nicht zu ermitteln ist oder die Forderung sonst nicht durchsetzbar ist (glA OFFERHAUS, StbJb. 1983/84, 307 mwN). Ebenso: Rückgriff ist wegen tarifvertraglicher Ausschlussfristen (regelmäßig 3 Monate) oder gewerkschaftlichen Drucks ausgeschlossen (BLÜMICH/HEUERMANN, § 42d Rn. 130; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 64 mwN).

► *Rückgriff unterbleibt im ganz überwiegend eigenbetrieblichen Interesse:* Ob kein Arbeitslohn zufließt, weil ein Verzicht im ganz überwiegend eigenbetrieblichen Interesse liegt, hängt von dem damit verfolgten Zweck ab (BFH v. 21.2.1986 – VI R 21/84, BStBl. II 1986, 406). Beispiel: Die Ermittlung der einzelnen Regressforderungen und/oder deren Durchsetzung steht in keinem angemessenen wirtschaftlichen Verhältnis zu der Realisierung der Rückgriffsansprüche (so auch SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 64). Das wirtschaftliche Missverhältnis kann sich dabei sowohl aus einem Zahlenverhältnis (allgemeiner Verwaltungsaufwand im Verhältnis zum Nutzen, zB sehr geringer LStBetrag pro Kopf; ArbN ausgeschieden oder überschuldet) als auch aus den zu erwartenden ungünstigen Auswirkungen auf das Betriebsklima ergeben (Unverständnis bei den ArbN, für Klein- und Kleinstbeträge in Anspruch genommen zu werden; Folge: Unzufriedenheit am Arbeitsplatz, innere Kündigung, schlechtere Arbeitsleistung, Auseinandersetzungen mit dem Betriebsrat); glA BLÜMICH/HEUERMANN, § 42d Rn. 130.

#### **Berechnung der Lohnsteuernachforderung bei Verzicht auf Rückgriff:**

Die Haftungsforderung ist auch dann mit einem Bruttosteuersatz zu berechnen, wenn von vornherein feststeht, dass der ArbG keinen Rückgriff nehmen will; denn Arbeitslohn fließt dem ArbN aufgrund des Regressverzichts nicht zu, bevor nicht die Haftungsforderung entrichtet ist (BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197; FG Thüringen v. 20.9.1995, EFG 1996, 278, rkr.). Etwas anderes kann nur bei Nettolohnvereinbarungen vorkommen; weil der ArbG dabei die gesamte LSt. schon bei der Gewährung des Vorteils hätte über-

nehmen müssen (s. Anm. 41). Es handelt sich also nicht um eine echte Ausnahme von dem dargestellten Grundsatz.

## 2. Durchschnittssteuersätze im Haftungsverfahren

### a) Durchschnittssteuersätze als Anwendungsfälle von Schätzungen

28

Der Grundsatz, dass die Haftungsschuld individuell zu ermitteln ist, ist streng auszulegen. Durchschnittssteuersätze dürfen nur aufgrund eines Gesetzes festgesetzt werden. Es gibt aber Fälle, in denen eine LStHaftung dem Grunde nach besteht, die Höhe des Haftungsbetrags jedoch nicht oder nur unter sehr erschwerten Umständen ermittelt werden kann. Liegen die Voraussetzungen des § 162 AO für eine *Schätzung* vor, so kann von der individuellen Berechnung der Haftungsforderung abgewichen werden. Bemessungsgrundlage und Höhe der LSt. dürfen geschätzt werden, nicht aber „die Steuer“.

BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197; v. 17.3.1994 – VI R 120//82, BStBl. II 1994, 536; v. 1.7.1994 – VI R 101/93, BH/NV 1995, 297; v. 19.7.1995 – VI B 28/95, BFH/NV 1996, 32; FG Ba.-Württ. v. 22.4.1982, EFG 1982, 587, rkr.; v. 11.4.1983, EFG 1984, 86, rkr.; FG Brandenb. v. 26.6.1996, EFG 1997, 78, rkr.; v. BORNHAUPT, BB 1982, 1542; OFFERHAUS, DB 1985, 631; SÖFFING, FR 1983, 356.

Dieses Ergebnis wird durch einen Rückschluss aus Abs. 6 Satz 7 bestätigt. Bei der Haftung für LSt. wegen ArbNÜberlassung sieht das Gesetz ausdrücklich eine pauschale Festsetzung der Haftungsschuld vor. Einer solchen Regelung hätte es nicht bedurft, wenn Durchschnittssätze allgemein bei der Ermittlung der Haftungsschuld des ArbG angewandt werden dürften.

**Rechtsgrundlage** für die Schätzung der Haftungsschuld ist § 162 Abs. 1 Satz 1 AO *in analoger Anwendung*; die analoge Anwendung betrifft die Ungewissheit, in welcher Höhe eine Erstschuld vorliegt (glA HAHN, Inst. FuSt. Brief Nr. 257, 1986, 43, 47). Die Schätzung kann einmal die Bemessungsgrundlage der Haftungsforderung in dem Sinn betreffen, dass nicht feststeht, welchen Wert und Umfang eine Zuwendung hatte. Es muss aber feststehen, dass überhaupt LStPflicht besteht. Zum anderen kann unsicher sein, welchen ArbN eine Zuwendung im Einzelnen zugeflossen ist; nur in diesem Bereich sind Durchschnittssteuersätze denkbar.

Eine Schätzung von Besteuerungsgrundlagen kommt nach § 162 Abs. 2 Satz 2 AO insbes. dann in Betracht, wenn Aufzeichnungen über den gezahlten Arbeitslohn fehlen oder nicht ordnungsgemäß vorgenommen wurden, so dass sie keine Beweiskraft haben (BFH v. 26.6.1987 – VI B 33/87, BFH/NV 1988, 156; v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197; FG Ba.-Württ. v. 11.4.1983, EFG 1984, 86, rkr.; FG Brandenb. v. 26.6.1997, EFG 1997, 78, rkr.), oder wenn der ArbG seine Mitwirkungspflicht gem. § 90 Abs. 2 AO verletzt (BFH v. 17.3.1994 – VI R 120/92, BStBl. II 1994, 536). Legt der ArbG dem FA nachträglich geeignete Unterlagen vor, aus denen sich die Bemessungsgrundlage der LSt. ableiten lässt, entfallen die Voraussetzungen für eine Schätzung.

Wenn geschätzt wird, so sind diese Schätzungen individuell für jeden betroffenen ArbN durchzuführen. Die Summe der so ermittelten LStNachforderungen ergibt die (Sammel-)Haftungsforderung. Auf diese Weise bleiben dem ArbG die Einwendungen aus dem persönlichen StSchuldverhältnis und der Regress erhalten, weil die geschätzten Beträge zuordenbar sind. Findet keine individuelle Zurechnung statt, ist auch der Regress des ArbG einschließlich des Verzichts darauf ausgeschlossen.

**Anwendungsfall Verwaltungsökonomie:** Nach der Rspr. darf ein Durchschnittssteuersatz im Haftungsverfahren jedenfalls auch dann angewendet werden, „wenn die individuelle Ermittlung der LSt. schwierig ist, der ArbG gegen die Höhe des durchschnittlichen StSatzes keine Einwendungen erhoben hat und von vornherein nicht beabsichtigt, bei den ArbN in Höhe seiner Inanspruchnahme Regress zu nehmen“ (BFH v. 7.12.1984 – VI R 72/82, BStBl. II 1985, 170; glA ALTHEOEFER, FR 1985, 49; v. BORNHAUPT, BB 1982, 1542; OFFERHAUS, StBp. 1985, 93). Als „schwierig“ wertet der BFH die Ermittlung des individuellen StSatzes, falls das FA von sich aus Nachforschungen über die Besteuerungsmerkmale der einzelnen ArbN anstellen müsste (BFH v. 12.6.1986 – VI R 167/83, BStBl. II 1986, 681; glA OFFERHAUS, StBp. 1986, 264). Sind Lohnkonten ordnungsgemäß geführt, so kommt eine Schätzung idR nicht in Betracht (BFH v. 17.3.1994 – VI R 120/82, BStBl. II 1995, 536; v. 1.7.1994 – VI R 101/93, BFH/NV 1995, 297). Das FA nimmt dann nur die auch dem ArbG beim LStAbzug zugemutete Tätigkeit vor (FG Rhld.-Pf. v. 21.10.1982, EFG 1983, 373, rkr.).

#### 29 b) Durchschnittssteuersätze aufgrund Einverständnisses des Arbeitgebers

Die LSt. darf im Haftungsbescheid mit Durchschnittssteuersätzen berechnet werden, wenn der ArbG damit einverstanden ist.

BFH v. 17.3.1994 – VI R 120/82, BStBl. II 1994, 536; v. 1.7.1994 – VI R 101/93, BFH/NV 1995, 297; v. 19.7.1995 – VI B 28/95, BFH/NV 1996, 32; FG Köln v. 25.10.2000, DStRE 2003, 141, nrkr., Rev. Az. BFH VI R 49/02; glA THOMAS, StJb. 1995/96, 331 ff. (360).

Die Rechtsgrundlage dafür soll nach der Rspr. in einer auch stillschweigend möglichen, § 40 nachempfundenen Verständigung zwischen ArbG und FA liegen (BFH v. 17.3.1994 – VI R 120/92, BStBl. II 1995, 536). Das Schrifttum stimmt dem für die Fälle zu, in denen die LSt. für eine Vielzahl von ArbN nachgefordert wird (v. BORNHAUPT, BB 1982, 1542; THOMAS aaO). UE ist es nicht zulässig, sich in Anlehnung an § 40 formlos nur zur Vereinfachung oder, um bestimmte StSätze anwenden zu können, auf bestimmte StSätze zu einigen; denn eine tatsächliche Verständigung ist sonst nur zulässig, wenn tatsächliche Unsicherheiten nur mit unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand beseitigt werden können (BFH v. 31.7.1996 – XI R 78/95, BStBl. II 1996, 625; OFD München v. 2.6.1998, FR 1998, 710).

#### 30 c) Durchschnittssteuersatz

**Höhe des Steuersatzes:** Die Durchschnittssteuersätze sind idR nur Bruttosteuersätze, keine Nettosteuersätze (BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197; v. 17.3.1994 – VI R 120/92, BStBl. II 1994, 536; v. 31.3.1995 – VI R 84/94, BFH/NV 1995, 783; FG Köln v. 25.10.2000, DStRE 2003, 141, nrkr., Rev. Az. BFH VI R 49/02; FG Ba.-Württ. v. 11.4.1983, EFG 1984, 86, rkr.; zur weiteren Begründung s. Anm. 28). Soweit jedoch die LSt. individuell berechnet werden kann, weil zB nur ein Teil der Besteuerungsgrundlage geschätzt werden musste, die Empfänger jedoch feststehen, geht die individuelle Berechnung der StSätze dem Ansatz von Durchschnittssteuersätzen vor.

**Folge einer unzulässigen Berechnung** der Haftungsforderung mit Durchschnittssteuersätzen: Der Haftungsbescheid ist rechtswidrig, aber nicht unwirksam, wenn die konkreten Sachverhalte, die zu Lohnzuflüssen geführt haben, und deren Zeitraum genannt sind (BFH v. 1.7.1994 – VI R 101/93, BFH/NV

1995, 297). Der Bescheid muss gem. § 130 Abs. 1 AO teilweise zurückgenommen werden, im Übrigen wird die LSt. neu berechnet. Der Haftungsbescheid wird vom Gericht nicht in vollem Umfang aufgehoben, weil nur die Höhe des festgesetzten Geldbetrags zu beanstanden ist, § 100 Abs. 2 Satz 1 FGO (BFH v. 17.3.1994 – VI R 120/82, BStBl. II 1994, 536).

### 3. Haftungsbeschränkung bei Zahlungsunfähigkeit

31

**Auszahlung von Nettolöhnen** im Fall teilweiser Zahlungsunfähigkeit: Kann der ArbG nur noch Nettolöhne auszahlen und kürzt er diese nicht um die gesetzlichen Abzüge, so kommt eine Haftungsbeschränkung auf die LStBeträge in Betracht, die der ArbG hätte einbehalten müssen, wenn er den ausgezahlten Betrag um die gesetzlichen Abzüge ordnungsgemäß gekürzt hätte (BFH v. 26.7.1988 – VII R 83/87, BStBl. II 1988, 859; v. 10.1.1995 – VII B 135/94, BFH/NV 1995, 568). S. Anm. 26.

## B. Der Arbeitgeber als Subjekt der Haftung

**Schrifttum:** GUTH, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstellung im lohnsteuerlichen Haftungsverfahren, FR 1978, 428; FEUERBAUM, Lohnsteuerhaftung des inländischen Arbeitgebers gegenüber der deutschen Finanzverwaltung für in ausländischen Betriebsstätten eingesetzte ausländische Arbeitnehmer?, DB 1982, 1745; FEUERBAUM, Unterliegen Ausländer in ausländischen Betriebsstätten der deutschen Lohnsteuer?, DB 1983, 1461.

### I. Arbeitgeber als Haftungsschuldner

32

Nach § 42d Abs. 1 haften nur solche ArbG, die gem. § 38 Abs. 1 zum Einbehalten und Abführen der LSt. rechtl. verpflichtet sind (BFH v. 21.2.1986 – VI R 9/80, BStBl. II 1986, 768; v. 4.4.2006 – VI R 11/03, BStBl. II 2006, 668). Die Haftung des Abs. 1 beschränkt sich daher auf inländ. ArbG iSd. § 38 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und auf ausländ. Verleiher iSd. § 38 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 (BFH v. 7.8.1959 – VI 299/57 U, BStBl. III 1959, 462; v. 16.5.1975 – VI R 165/72, BStBl. II 1975, 642). Die §§ 8–13 AO gelten in diesem Bereich ergänzend. Dabei geht es nur um die Frage, ob der ArbG verpflichtet ist, den LStAbzug durchzuführen. Maßgebend sind die objektiven rechtl. und tatsächlichen Verhältnisse zu dem Zeitpunkt, zu dem der LStAbzug durchgeführt werden muss (Feststellungslast beim FA: FG Düss. v. 24.10.1973, EFG 1974, 82; rkr.; v. 19.5.1980, EFG 1981, 206, rkr.). Über *Auslandsbeziehungen* s. Anm. 12 und R 105 LStR.

**Anwendungsfälle:** Eine *BGB-Gesellschaft* ist trotz fehlender Rechtspersönlichkeit ArbG im Istrechtl. Sinn (BFH v. 17.2.1995 – VI R 41/92, BStBl. II 1995, 390). Für Arbeitslohn von *Dritten* haftet der ArbG nur, soweit er nach § 38 Abs. 1 Satz 3 zum LStAbzug verpflichtet ist und er die konkrete Höhe des Lohns kennt (BFH v. 10.5.2006 – IX R 82/98, BStBl. II 2006, 669). Nicht Dritter, sondern „Teil“ des ArbG ist eine nichtrechtsfähige Personalvertretung (FG Nürnberg v. 14.5.1997, EFG 1998, 204, rkr.). Bei verbundenen Unternehmen ist ArbG nur die Gesellschaft, die mit dem ArbN einen Arbeitsvertrag geschlossen hat (vgl. BFH v. 13.3.2003 – VII R 46/02, BStBl. II 2003, 556), ebenso bei GmbH & Co. KG (FG Hamb. v. 19.11.2004, DStRE 2005, 940, rkr.). Ein *Organträger*, der ArbN seiner Tochtergesellschaft Zuwendungen gemacht hat, ist nicht ArbG, sondern Dritter (BFH v. 21.2.1986 – VI R 9/80, BStBl. II 1986, 768; ORFERHAUS, StBp. 1986, 166). Bei einer *ArbNÜberlassung* ist der Verleiher ArbG

(BFH v. 5.10.1977 – I R 90/75, BStBl. II 1978, 205), sofern er die ArbN in eigenem Namen und auf eigene Rechnung entlohnt.

33 Einstweilen frei.

## 34 II. Mit Arbeitgeberpflichten betraute Nicht-Arbeitgeber

**Grundsatz:** Ein Dritter haftet, auch wenn er Arbeitslohn zuwendet, nicht nach § 42d, weil er nicht ArbG ist. Der *Insolvenzverwalter* wird, obwohl er den LStAbzug vorzunehmen hat, nicht ArbG; für die LSt. haftet er ggf. gem. §§ 34, 69 AO.

**Übertragung von Arbeitgeberpflichten:** Die Haftung eines Dritten, der gem. § 38 Abs. 3a Arbeitslohn zahlt, ist in § 42d Abs. 9 geregelt (s. Anm. 135 ff.). Hinsichtlich der Übertragung von ArbGPflichten auf einen Dritten durch eine zivilrechtl. Vereinbarung muss diese Regelung als abschließend angesehen werden.

Daneben kommt aber auch die Übertragung des LStAbzugs durch öffentlichrechtl. Vorschriften (BFH v. 13.12.1963 – VI 221/61 U, BStBl. III 1964, 106: Amt für Verteidigungslasten hinsichtlich der von den Stationierungstreitkräften beschäftigten deutschen ArbN) oder durch Satzung (Hess. FG v. 15.11.1979, EFG 1980, 241: Evangelisches Rentamt für ArbN der Kirchengemeinde) vor. Hier hat die beauftragte Stelle die Pflichten des ArbG und haftet nach § 42d. UE wollte die Neuregelung in § 38a Abs. 3 daran nichts ändern. § 42d Abs. 9 ist als Ausnahmevorschrift auf diese Fälle nicht anwendbar. Gleiches gilt für öffentliche Kassen, die in § 38 Abs. 3 Satz 2 angesprochen sind.

35–39 Einstweilen frei.

## C. Die haftungsgründenden Tatbestände (Abs. 1 Nr. 1–4)

### I. Haftung für die einzubehaltende und abzuführende Lohnsteuer (Abs. 1 Nr. 1)

#### 1. Haftung für die einzubehaltende Lohnsteuer

#### 40 a) Vorschriftsmäßige Berechnung (§ 39b); Maßgeblichkeit der Lohnsteuerkarte (§ 39)

Der Haftungstatbestand des Abs. 1 Nr. 1 korrespondiert mit den Pflichten des ArbG aus §§ 38 Abs. 3, 41a. Einbehaltung ist die Kürzung der Lohnzahlung um die vorschriftsmäßig berechnete LSt. Reicht der Barlohn zur Deckung der einzubehaltenden LSt. nicht aus, so treten nach der Rspr. die Maßnahmen nach § 38 Abs. 4 Sätze 1 und 2 an die Stelle des tatsächlichen Lohneinbehalts einschließlich der Anzeige gegenüber dem FA (BFH v. 9.10.2002 – VI R 112/99, BStBl. II 2002, 884; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 38 Rn. 18; KSM/TRZASKALIK, § 38 Rn. E 5); eine abweichende Auffassung überzeugt mit der Überlegung, dass der ArbG in den Anzeigefällen gerade nicht zum Einbehalten und Abführen der LSt. verpflichtet ist (so EISGRÜBER, DStR 2003, 141; KIRCHHOF/EISGRÜBER VI. § 38 Rn. 16; NACKE, DStR 2005, 1297 [1298]).

**Vorschriftsmäßige Berechnung der Lohnsteuer:** Sie hat nach §§ 38a, 39b zu erfolgen. Grundlage ist die Feststellung, in welchem Lohnzahlungszeitraum Arbeitslohn in welcher Höhe zugeflossen ist (BFH v. 17.11.1992 – VI R 13/92, BStBl. II 1993, 471; v. 4.6.1993 – VI R 95/92, BStBl. II 1993, 687). Wenn der

ArbG beim LStAbzug während der einzelnen Lohnzahlungszeiträume korrekt vorgeht, hat er damit seine Pflicht zum LStAbzug vorschriftsmäßig erfüllt und haftet nicht für einen eventuellen Mehrbetrag, der sich bei Berücksichtigung des gesamten Jahresarbeitslohns ergibt (BFH v. 11.6.1970 – VI R 67/68, BStBl. II 1970, 664; vgl. auch BFH v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756). Korrekt ist auch die Beachtung der LStR, selbst wenn es dadurch zu einer sachlich unrichtigen Ermittlung der LSt. kommt (VG Berlin v. 19.11.1956, EFG 1957, 213, rkr.; s. auch Anm. 61), ebenso die Beachtung einer ihm erteilten, ggf. auch unrichtigen LStAnrufungsauskunft (BFH v. 16.11.2005 – VI R 23/02, BStBl. II 2006, 210, Vorinstanz FG Düss v. 24.1.2002, EFG 2002, 540; SCHMIDT/DRENSSECK XXV. § 42d Rn. 3; aA HARTZ/MEESSEN/WOLF, ABC-Führer LStRecht, „Haftung für LSt.“ Rn. 37).

**Maßgeblichkeit der Lohnsteuerkarte (§ 39):** Der LStAbzug wird hinsichtlich der persönlichen Besteuerungsmerkmale des einzelnen ArbN zutreffend durchgeführt, wenn die Eintragungen auf der LStKarte berücksichtigt werden (Grundsatz der Maßgeblichkeit der LStKarte, hM, ua. BFH v. 11.6.1970 – VI R 67/68, BStBl. II 1970, 664; v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756; v. 9.3.1990 – VI R 87/89, BStBl. II 1990, 608; vgl. auch OFD Düss. v. 21.2.1980, StEK EStG § 42d Nr. 4); denn sie sind auch für den ArbG bindend. Der ArbG haftet daher auch dann nicht, wenn er weiß, dass die Eintragungen auf der LStKarte falsch oder unvollständig sind (BFH v. 9.11.1984 – VI R 157/83, BStBl. II 1985, 191 mwN; v. 9.3.1990 – VI R 87/89 aaO). Umgekehrt darf er günstige Merkmale, die nicht eingetragen sind, auch dann nicht berücksichtigen, wenn er weiß, dass die LStKarte unrichtig ist. Der LStAbzug wird nicht nachträglich unrichtig, falls das FA die Eintragungen auf der LStKarte rückwirkend ändert oder aufhebt (OFD Düss. v. 21.2.1980 aaO).

#### b) Haftung bei fehlerhafter Einbehaltung

41

Auf welchem Grund die Fehlerhaftigkeit beim Einbehalten der LSt. beruht, spielt für das Entstehen des Haftungsanspruchs keine Rolle (uU aber Berücksichtigung im Rahmen des Abs. 2 oder Abs. 3, s. Anm. 79). Grundsätzlich ist unbeachtlich, ob die Pflicht zum LStAbzug offen missachtet wird, ob ein Verstoß gegen die Technik des LStAbzugsverfahrens vorliegt oder ob der ArbG aufgrund einer falschen Rechtsüberzeugung zuwenig LSt. erhebt. Bei maschineller Lohnabrechnung ist die LSt. zutreffend einbehalten, falls sich der ArbG im Rahmen der in R 121 LStR eingeräumten Erleichterungen hält. Weitere Abweichungen sind nur unter den Voraussetzungen des § 39b Abs. 2 Satz 7 zulässig.

**Nettolohnvereinbarung:** Der ArbG haftet auch, wenn er in Zusammenhang mit einer Nettolohnvereinbarung den LStAbzug unzutreffend durchführt; denn der ArbN bleibt auch in diesem Fall Schuldner der LSt. (ua. BFH v. 8.11.1985 – VI R 238/80, BStBl. II 1986, 186). Privatrechtl. Vereinbarungen zwischen ArbG und ArbN darüber, wer die LSt. zu tragen hat, berühren die öffentlich-rechtl. Pflicht zum LStAbzug und damit auch die Haftung nicht (BFH v. 18.2.1954 – IV 174/53 U, BStBl. III 1954, 130; FG Münster v. 26.10.1983, EFG 1984, 193, rkr.). Eine Nettolohnvereinbarung ist aber arbeitsrechtl. von Bedeutung, der ArbN kann wegen ihr einem Regress des ArbG widersprechen. Im Übrigen kann ein Fall des Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 vorliegen (s. dazu Anm. 85).

Keine Nettolohnvereinbarung liegt darin, dass der ArbG nicht Regress nimmt oder keine Aufzeichnungen gem. § 41 über bestimmte Zuwendungen macht, weil er sie für stfrei hält. Eine Nettolohnvereinbarung muss konkret nachgewie-

sen werden (BFH v. 28.2.1992 – VI R 146/87, BStBl. II 1992, 733; v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197).

**Arbeitslohn von Dritten:** Der ArbG haftet für LSt., die auf Arbeitslohn von dritter Seite entfällt, sofern er nach § 38 Abs. 1 Satz 3 zum LStAbzug verpflichtet ist. Ungeschriebene Voraussetzung ist auch nach der Neuregelung des § 38, dass er die Besteuerungsgrundlagen kennt (so schon BFH v. 28.1.1983 – VI R 35/78, BStBl. II 1983, 472), denn sonst ist ihm der zutreffende LStAbzug unmöglich. Den ArbG treffen keine Ermittlungs- und Veranlassungspflichten (BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94, BStBl. II 1999, 323; FG Ba.-Württ. v. 25.9.1984, EFG 1985, 258, rkr.; FISCHER, BB 1983, 1648; SÖFFING, FR 1983, 26; URBAN, Inf. 1998, 321 [322]; VÖLLMEKE, DStR 1998, 157 [158]). Der ArbG hat auch weder das Recht noch die Pflicht, die Höhe des Arbeitslohns, den er dem ArbN nicht selbst zuwendet, zu schätzen (BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94 aaO; VÖLLMEKE, DStR 1998, 157).

#### 42 c) Keine Haftung bei vorschriftsmäßig unterlassener Einbehaltung

Die LStHaftung wegen mangelhaften LStAbzugs entsteht nicht, wenn die vom ArbG geleistete Zahlung begrifflich kein Arbeitslohn ist oder wenn der Arbeitslohn lsfrei ist. Der ArbG haftet nur für die nach den gesetzlichen Vorschriften einzubehaltende LSt.; die Pflicht, LSt. einzubehalten, korrespondiert mit dem Umfang einer tatsächlich bestehenden Steuerschuld des ArbN (BFH v. 22.7.1993 – VI R 116/90, BStBl. II 1993, 775). Wegen des Prinzips der Maßgeblichkeit der LStKarte s. Anm. 40.

#### 43 2. Haftung für die abzuführende Lohnsteuer

Der ArbG haftet für den Ausfall an LSt., der dadurch entsteht, dass er den Gesamtbetrag der in einem LStAnmeldungszeitraum einbehaltenen LSt. nicht gem. § 41a zum Fälligkeitszeitpunkt an das BetriebsstättenFA abführt (zum Begriff „abzuführende LSt.“ BFH v. 17.11.1981 – VI R 39/79, BStBl. II 1982, 223; v. 17.11.1992 – VI R 13/92, BStBl. II 1993, 471). Zu den Voraussetzungen des § 41a s. insbes. § 41a Anm. 13 ff. Die LStAnmeldung reicht nicht aus. Die Haftung ist allerdings auf die zu Recht einzubehaltende LSt. beschränkt. Hat der ArbG von Gesetzes wegen nicht geschuldete LSt. erhoben, so haftet er nicht, wenn er die gesetzwidrig erhobene LSt. nicht abführt (BFH v. 22.7.1993 – VI R 116/90, BStBl. II 1993, 775). Dies entspricht dem Grundsatz, dass die Haftung des ArbG nach § 42d eine Steuerschuld des ArbN voraussetzt (s. Anm. 20, 70, 71).

Die Haftung erlischt, sobald die nicht vorschriftsmäßig abgeführte LSt. zu einem späteren Zeitpunkt beim BetriebsstättenFA eingeht.

Die Pflicht, LSt. abzuführen, besteht ohne Ausnahme, zB auch dann, wenn dem notleidenden Unternehmen des ArbG nur noch Mittel zur Auszahlung von Nettolohnzahlungen zur Verfügung stehen (vgl. BFH v. 12.7.1983 – VII B 19/83, BStBl. II 1983, 655 zu § 69 AO). Der ArbG darf den Lohn dann nur gekürzt als Teilbetrag auszahlen und muss den übrig bleibenden Teil als LSt. abführen (BFH v. 10.2.1982 – VII R 96/79, BStBl. II 1982, 521; v. 26.7.1988 – VII R 84/87, BFH/NV 1988, 685; v. 25.2.1997 – VII B 190/96, BFH/NV 1997, 594 mwN). Dagegen entfällt eine Pflicht, LSt. abzuführen, wenn dies rechtl. unmöglich ist, zB wegen eines gerichtlichen Verfügungsverbots im Fall der Insolvenz (BFH v. 17.11.1992 – VI R 13/92, BStBl. II 1993, 471).

## II. Haftung für die beim Lohnsteuerjahresausgleich zu Unrecht erstattete Lohnsteuer (Abs. 1 Nr. 2)

44

**Lohnsteuerjahresausgleich durch den Arbeitgeber (§ 42b):** Bei der Haftung des ArbG für beim betrieblichen LStJA zu Unrecht erstattete LSt. handelt es sich um einen Sonderfall der unter Abs. 1 Nr. 1 zu subsumierenden Haftungstatbestände. Der ArbG erfüllt den Tatbestand des § 42d Abs. 1 Nr. 2, wenn er § 42b in irgendeiner Weise verletzt, zB dem ArbN mehr LSt. erstattet, als rechtl. zulässig ist, oder einen LStJA vornimmt, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen dafür fehlen (s. § 41b Anm. 3 ff.). Andere Fälle, in denen der ArbG dem ArbN LSt. zu Unrecht erstattet (§ 39c Abs. 2 Satz 2, § 41c Abs. 1, 4), gehören nicht zu Abs. 1 Nr. 2, sondern fallen als nicht vorschriftsmäßige Berechnung der LSt. unter Abs. 1 Nr. 1.

## III. Haftung für die durch fehlerhafte Angaben verkürzte Einkommensteuer/Lohnsteuer (Abs. 1 Nr. 3)

45

**Fehlerhafte Angaben bei Aufzeichnungen und Lohnsteuerbescheinigung:** Der ArbG haftet für die ESt. (LSt.), die aufgrund fehlerhafter Angaben im Lohnkonto oder in der LStBescheinigung verkürzt wird (Abs. 1 Nr. 3). Welche Aufzeichnungspflichten der ArbG beim LStAbzug zu erfüllen hat, ergibt sich aus § 41 Abs. 1. Die Regelungen über die LStBescheinigung ergeben sich aus § 41b. Die Haftung nach Abs. 1 Nr. 3 ist davon abhängig, dass zwischen der haftungsbegründenden Handlung des ArbG und der Verkürzung des LSt. bzw. ESt. ein *kausaler Zusammenhang* besteht („aufgrund“).

„**Fehlerhaft**“ ist jede Angabe, die den objektiven Umständen nicht entspricht. Zur Haftung kommt es erst, wenn aufgrund der fehlerhaften Angaben ESt. (LSt.) verkürzt worden ist.

## IV. Haftung für Lohnsteuer, die der Dritte nach § 38 Abs. 3a zu übernehmen hat (Abs. 1 Nr. 4)

46

**Haftungstatbestand:** § 38 Abs. 3a kennt zwei Fälle, in denen ein Dritter an Stelle des ArbG den LStAbzug übernimmt. Dass der Dritte die „LSt. zu übernehmen hat“, ergibt sich aus § 38 Abs. 3a nicht. Gemeint ist wahrscheinlich, dass der ArbG so für LSt. haften soll, als wenn er und nicht der Dritte den LStAbzug vorgenommen hätte.

**Kritik am Haftungstatbestand:** Bei der Alt. 1 des § 38 Abs. 3a – ein Dritter schuldet aufgrund eines Tarifvertrags eine Leistung – hätte der ArbG wahrscheinlich den LStAbzug nicht vornehmen können, weil er die konkreten Leistungsmerkmale gar nicht kannte. Damit wäre es auch nie zu einer LStHaftung gekommen. Bei der Alt. 2 kennt der ArbG zwar den Arbeitslohn, nimmt aber selbst den LStAbzug (mit Einverständnis des FA) nicht vor. Auch hier hat der ArbG nicht den vollen Überblick (LStKarte des ArbN, Beachtung von Formalien). Der neu eingeführte Haftungstatbestand ist damit nicht nur sprachlich missglückt, sondern auch in sachlicher Hinsicht unangemessen. § 42d Abs. 1 Nr. 4 dürfte außerdem in aller Regel leer laufen, weil dem ArbG der LStAbzug mangels Kenntnis der Besteuerungsgrundlagen unmöglich gewesen wäre oder weil er – entsprechend der hier vertretenen Auffassung – nicht schuldhaft gehandelt hat.

## Erläuterungen zu Abs. 2: Ausschluss der Arbeitgeberhaftung

**Schrifttum:** v. BORNHAUPT, Zur Inanspruchnahme des Arbeitgebers nach § 42d des Einkommensteuergesetzes, BB 1981, 2129; HORN, Wie kann sich der Arbeitgeber vor der Lohnsteuerhaftung schützen?, Inf. 1983, 365; OFFERHAUS, Pauschalierungs- oder Haftungsbescheid nach einer Lohnsteuer-Außenprüfung, StJb. 1983/84, 291; OFFERHAUS, Anm. zu BFH v. 15.10.1985 – VI R 130/82, StBp. 1986, 43; v. BORNHAUPT, Anm. zu BFH v. 24.1.1992 – VI R 177/88, BB 1992, 2052; v. BORNHAUPT, Haftungsausschluss des Arbeitgebers für nicht einbehaltene Lohnsteuer bei schuldlosem und entschuldbarem Handeln?, StVj. 1993, 322; MÖSBAUER, Möglichkeiten des Haftungsausschlusses bei der Lohnsteuerhaftung des Arbeitgebers, FR 1995, 173; MÖSBAUER, Grenzen der haftungsmäßigen Inanspruchnahme des Arbeitgebers für die Lohnsteuer der Arbeitnehmer, FR 1995, 727.

50

### A. Allgemeine Erläuterungen zu Abs. 2

**Bedeutung:** Abs. 2 enthält eine – nicht abschließende – Aufzählung von Haftungsausschlussgründen. Weitere Haftungsausschlussgründe ergeben sich aus anderen Vorschriften oder aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, wie der von der Rspr. entwickelte Haftungsausschluss nach Treu und Glauben (BFH v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801; s. Anm. 60f.). Liegt ein Haftungsausschlussgrund vor, kommt eine Haftung nach § 42d unter keinem Gesichtspunkt in Betracht. Eine Ermessensausübung nach Abs. 3 erübrigt sich (BFH v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756). LSt./ESt. kann nur noch vom ArbN nachgefordert werden.

**Ermessenseinschränkung auf Null nach Abs. 3:** Falls bei der Ermessensentscheidung nach Abs. 3 die einzig denkbare rechtmäßige Entscheidungen darin besteht, dass nur der ArbN in Anspruch genommen werden darf, ist die Inanspruchnahme des ArbG endgültig unter jedem Gesichtspunkt unbillig. Systematisch ist dieser Tatbestand deswegen nicht mehr dem Abs. 3, sondern den absoluten Haftungsausschlussstatbeständen zuzuordnen. Der BFH hat ausdrücklich festgestellt, dass die Haftung des ArbG in einem solchen Fall „nach Treu und Glauben überhaupt ausgeschlossen“ und es nicht „nur unbillig“ ist, ihn vor dem ArbN in Anspruch zu nehmen (BFH v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801).

### B. In Abs. 2 geregelte Haftungsausschlussgründe

51

#### I. Änderung der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen persönlichen Verhältnisse (§ 39 Abs. 4)

**Voraussetzungen:** Die Haftung des ArbG ist von Anfang an ausgeschlossen, wenn die LSt. gem. § 39 Abs. 4 Satz 4 vom ArbN nachgefordert werden kann, weil der ArbN seine LStKarte nicht hat ändern lassen, obwohl dort StKlasse und Kinderfreibeträge falsch eingetragen sind und dies zu einem zu geringen LStAbzug führt. Entscheidend sind die Verhältnisse zu Beginn des Kj. (vgl. MÖSBAUER, FR 1995, 173 [174]). Der Haftungsausschluss folgt aus dem Prinzip

der Maßgeblichkeit der LStKarte (s. Anm. 40). Abs. 2 hat nur klarstellende Bedeutung, da der ArbG den LStAbzug *formell* richtig vorgenommen hat.

**Einzelfragen:** Da ein korrekter LStAbzug gem. der LStKarte vorliegt, haftet der ArbG auch bei *Kenntnis von der Unrichtigkeit* der eingetragenen persönlichen Merkmale nicht.

## II. Verringerung der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Freibeträge (§ 39a Abs. 5)

52

Ist wegen eines zu hoch eingetragenen Freibetrags zu wenig LSt. abgeführt worden, so ist diese gem. § 39a Abs. 5 vom ArbN nachzufordern. Der ArbG, der sich an die Eintragungen auf der LStKarte gehalten hat, hat keinen Haftungstatbestand erfüllt, so dass dieser Haftungsausschlussgrund nur klarstellende Bedeutung hat.

## III. Anzeige des Arbeitgebers bei nicht ausreichendem Barlohn (§ 38 Abs. 4 Satz 2)

53

Im Fall des § 38 Abs. 4 Sätze 1 und 2 ist es dem ArbG unmöglich, die LSt. korrekt einzubehalten und abzuführen, da der dem ArbN zustehende Barlohn den LStAbzugsbetrag nicht deckt. Gemeint ist der tatsächlich im Lohnzahlungszeitraum zur Auszahlung zur Verfügung stehende Barlohn. Der ArbN muss dem ArbG den Fehlbetrag zur Verfügung stellen oder der ArbG muss einen entsprechenden Teil der übrigen Bezüge (zB Auslagenersatz, Kindergeld) zurückbehalten. Soweit dies nicht geschieht und der LStBetrag nicht abgedeckt ist, ist der ArbG verpflichtet, dem BetriebsstättenFA eine Anzeige über den Fehlbetrag zu machen. Diese Anzeige hat zur Folge, dass der ArbG für den Fehlbetrag nicht nach § 42d haftet.

R 138 LStR sieht vor, dass diese Anzeige schriftlich und unverzüglich zu erstaten ist. Kleinbeträge sind davon nicht ausgenommen.

## IV. Anzeige des Arbeitgebers bei Arbeitslohn von dritter Seite (§ 38 Abs. 4 Satz 3)

54

Für den Fall, dass der ArbN Arbeitslohn von dritter Seite erhält, darüber aber keine oder erkennbar unrichtige Angaben macht, hat der ArbG dies dem BetriebsstättenFA anzuzeigen. Der Haftungsausschluss hat auf jeden Fall nur deklaratorische Bedeutung, weil es dem ArbG in diesem Fall unmöglich ist, den LStAbzug vorzunehmen. Betroffen können nur solche Fälle sein, in denen der ArbG zum LStAbzug verpflichtet wäre, falls er die exakte Bemessungsgrundlage dafür kennen würde. Bei genauem Hinschauen geht der Haftungsausschluss hier ins Leere, da der ArbG wegen der Unmöglichkeit, LSt. einzubehalten, keinen Haftungstatbestand des Abs. 1 erfüllt hat (glA KIRCHHOF/EISGRUBER VI. § 42d Rn. 31). Dasselbe gilt für den ArbG iSd. § 38 Abs. 1 Satz 2, der tatsächlich keinen Lohn auszahlt. Mit der Anzeige erfüllt der ArbG jedoch eine Nebenpflicht und geht Schwierigkeiten aus dem Weg, weil in den betroffenen Fällen oft eine Nachforderung von LSt., ggf. geschätzt, abzuwehren sein wird. Nach Auffassung der FinVerw. soll die Anzeige unverzüglich erfolgen (BMF v. 27.1.2004,

BStBl. I 2004, 173 Tz. III. 2.; PLENDER, DB 2004, 894). Im Schrifttum wird darauf hingewiesen, dass eine Anzeige zu jedem Lohnzahlungszeitraum nicht praktikabel sei (v. LISHAUT, FR 2004, 203).

### V. Anzeige des Arbeitgebers bei nicht korrektem Lohnsteuerabzug (§ 41c Abs. 4)

#### 55 1. Allgemeines zu den Voraussetzungen des Haftungsausschlusses im Fall des § 41c Abs. 4

**Voraussetzungen:** § 41c Abs. 4 ist nur zusammen mit § 41c Abs. 1 verständlich. Eine Anzeige nach § 41c Abs. 4 befreit den ArbG, der erkennt, dass er zu wenig LSt. einbehalten hat, und der diese LSt. nicht nachträglich einbehalten kann oder nicht einbehalten will, von der Haftung für LSt. nach § 42d. Es handelt sich um einen echten Haftungsausschluss.

**Unverzüglichkeit der Anzeige:** Die Anzeige ist „unverzüglich“, dh. ohne schuldhaftes Zögern (§ 121 Abs. 1 Satz 1 BGB), zu erstatten. Unverzüglich heißt nicht „sofort“ oder „sobald er erkennt“ (so aber R 138 Abs. 1 LStR), ein schuldloses oder entschuldbares Zögern ist erlaubt. Der ArbG darf Sach- und Rechtslage prüfen und sich ggf. von einem Rechtskundigen beraten lassen. Er hat eine Überlegungsfrist, ob er die LSt. nacherhebt, sofern er dazu berechtigt ist, oder ob er sich auf eine Anzeige nach § 41c Abs. 4 beschränkt. Auf der anderen Seite darf der ArbG zB nicht wider besseres Wissen abwarten, bis eine LStAußenprüfung anberaumt wird.

Nicht ausdrücklich geregelt ist der Fall, dass der ArbG LSt. gem. § 41c Abs. 1 erstatten darf, irrtümlich aber zuviel erstattet. UE ist dann im Ergebnis zu wenig LSt. erhoben, so dass bei einer Anzeige des ArbG nach § 41c Abs. 4 seine Haftung auch in diesem Fall ausgeschlossen ist.

#### 56 2. Erkennen der nicht vorschriftsmäßigen Lohnsteuer-Einbehaltung durch den Arbeitgeber (§ 41c Abs. 1 Nr. 2)

**Erkennen durch den Arbeitgeber:** „Erkennen“ ist die Entdeckung der nicht vorschriftsmäßigen Einbehaltung von LSt. Der ArbG selbst bzw. sein Vertreter oder Beauftragter (zB Buchhalter) muss den Fehler erkennen. Einigkeit besteht darüber, dass das Erkennen erst nach der Vornahme des LStAbzugs eintreten kann (Auslegung nach dem Wortlaut des Gesetzes; BFH v. 4.6.1993 – VI R 95/92, BStBl. II 1993, 687). Im Übrigen stellt § 41c Abs. 4 nicht darauf ab, dass der ArbG schuldlos gehandelt hat. Dem trägt die Auffassung, eine haftungsbefreiende Anzeige sei nicht möglich, wenn der ArbG bei dem unrichtigen LStAbzug leichtfertig gehandelt habe (so BLÜMICH/HEUERMANN, § 41c Rn. 3, 9; aA § 42d Rn. 5; SCHMIDT/DRENSECK XXV, § 42 Rn. 14 für unzulässige Rechtsausübung), selbst bei groben fahrlässigen Fehlern ist uE nach dem Wortsinn noch ein nachträgliches Erkennen möglich (glA HARTZ/MEESSEN/WOLF, ABC-Führer LSt., „Haftung für LSt.“ Rn. 63).

#### 57 3. Haftungsausschließende Anzeige und Lohnsteuer-Außenprüfung

Nach allgemeiner Meinung wirkt eine Anzeige nach § 41c Abs. 4 immer dann haftungsbefreiend, wenn der ArbG ohne Hilfe eines Finanzbeamten den Fehler aufdeckt.

**Anzeige nach Hinweisen oder Feststellungen eines Finanzbeamten:**

► *Nach einer engen Auffassung* im Schrifttum setzt eine haftungsbefreiende Anzeige voraus, dass der ArbG den angezeigten Fehler *selbst* erkannt hat. Die Haftungsbefreiung tritt danach zB nicht ein, wenn eine Anzeige erst nach Hinweisen oder Feststellungen des FA im Rahmen einer LStAußenprüfung erfolgt.

SO LADEMANN/ALTEHOEFER, § 41c Rn. 11, § 42d Rn. 33; BALS, BB 1974, 1572 ff. (1577); BLÜMICH/HEUERMANN, § 41c Rn. 13; HARTZ/MEESSEN/WOLF, ABC-Führer LSt., „Haftung für LSt.“ Rn. 63; KIRCHHOF/EISGRUBER VI. § 41c Rn. 5; MIHATSCH, FR 1978, 527; MÖSBAUER, GmbHR 1977, 486; MÖSBAUER, FR 1978, 527; SCHICK, BB 1983, 1042; R 110 Abs. 4 LStR.

► *Nach der Gegenmeinung* findet die Auslegung des Wortes „erkennen“ in dem Sinn von „als erster selbst erkennen“ im Gesetzestext keine Stütze; nach dem Wortsinn könne der ArbG einen Fehler auch dann noch „erkennen“, nachdem ein Dritter ihn darauf aufmerksam gemacht habe (so KLEMPF, StRK-Anm. EStG § 38 R. 95). Der Eintritt der haftungsbefreienden Wirkung soll nach dieser Auffassung seine Grenzen nur am Gesetzeszweck und am Grundsatz von Treu und Glauben finden.

► *Stellungnahme:* Die zT restriktive Haltung zu der Frage, bis zu welchem Zeitpunkt eine Anzeige mit haftungsbefreiender Wirkung angebracht werden kann, ist offensichtlich von der Sorge geprägt, es könne sonst ein Rechtsmissbrauch mit der Anzeige getrieben werden. Dadurch kommt es zu Interpretationen des Wortes „erkennen“, die sich mit dem Wortsinn nicht mehr vereinbaren lassen. Hierzu zählt zB die Auffassung, die Anzeige nach § 41c Abs. 4 wirke nicht mehr haftungsbefreiend, wenn der Prüfer nur mit der LStAußenprüfung begonnen habe. Weder § 41c noch § 42d Abs. 2 rechtfertigen eine solche Einschränkung. Ihrer bedarf es auch in den meisten Fällen nicht, da nur eine *unverzüglich* nach dem Erkennen des Fehlers abgegebene Anzeige haftungsbefreiend wirkt (§ 41c Abs. 4 Satz 1; vgl. auch BÄUERLEN, Die LStHaftung des ArbG, 1978, 108 f.); der ArbG wird bei den kritischen Sachverhalten oft nicht beweisen können, dass er „unverzüglich“ gehandelt hat. Im Übrigen muss man akzeptieren, dass es im Interesse des Fiskus liegt, die Anzeigepflicht und -möglichkeit in § 41c möglichst weitgehend auszugestalten. Wenn § 42d Abs. 2 ohne Einschränkung auf § 41c verweist, gibt es keinen Weg, die gesetzgeberische Entscheidung einzuschränken, ohne dabei dem Wortlaut entgegenzuhandeln.

Einstweilen frei.

58

**C. Weitere, in Abs. 2 nicht geregelte Haftungsausschlussgründe****I. Haftungsausschluss wegen Bindung an eine Anrufungsauskunft nach § 42e**

59

**Auskunft gegenüber dem Arbeitgeber:** Eine dem ArbG gem. § 42e erteilte, aber sachlich unrichtige LStAnrufungsauskunft wirkt für den ArbG, der sich nach ihr richtet, jedenfalls wie ein Haftungsausschlussgrund (BFH v. 16.11.2005 – VI R 23/02, BStBl. II 2006, 210, Vorinstanz FG Düss v. 24.1.2002, EFG 2002, 540). Nach überwiegender Auffassung verwirklicht der ArbG, der sich nach einer unrichtigen Anrufungsauskunft richtet, schon keinen haftungsbegründenden Tatbestand iSd. § 42d Abs. 1 Nr. 1 (s. Anm. 40). Alle weiteren Einzelheiten s. Erl. zu § 42e.

**Auskunft gegenüber dem Arbeitnehmer:** Ob eine dem ArbN erteilte, aber unrichtige LStAnrufungsauskunft zu einem Haftungsausschluss für den ArbG führt, hängt von dem Meinungsstreit über die Rechtsnatur der Anrufungsauskunft ab (s. dazu § 42e Anm. 36). Die hM sieht in der Auskunft nur eine Wissenserklärung (BFH v. 9.10.1992 – VI R 97/90, BStBl. II 1993, 166) und lehnt damit eine Drittwirkung ab. Dagegen wird eine Einschränkung der Haftung angenommen, soweit in der Anrufungsauskunft ein Verwaltungsakt mit Drittwirkung gesehen wird (FICHELTMANN, FR 1980, 236; LBP/BAREIN, § 42e Rn. 7; SCHMIDT/DRENECK XXV, § 42e Rn. 7).

**Stellungnahme:** Die Ablehnung der Drittwirkung führt zu Ungereimtheiten. Die gegenüber dem ArbN eingetretene Bindungswirkung wird in dem Augenblick unterlaufen, in dem der haftende ArbG beim ArbN wegen der Inanspruchnahme nach § 42d Regress nimmt. Außerdem betrifft die Auskunft gerade den LStAbzug, der zwar dem ArbG obliegt, aber eine StPflicht des ArbN erfüllt. Eine dem ArbN nach § 42e erteilte, unrichtige Auskunft ist daher auch als Haftungsausschlussgrund für den ArbG anzusehen.

## II. Haftungsausschluss nach Treu und Glauben

### 1. Haftungsausschluss wegen entschuldbaren Rechtsirrtums

#### 60 a) Allgemeines

Die Rspr. hat den Haftungsausschluss nach Treu und Glauben in Anlehnung an die Tatsache, dass ein Haftungsanspruch nur nach billigem Ermessen geltend gemacht werden kann, aus übergeordneten Rechtsgesichtspunkten entwickelt (vgl. v. BORNHAUPT, BB 1981, 2129 ff.). Ein entschuldbarer Rechtsirrtum beim LStAbzug schließt die Haftung des ArbG nach § 42d aus (grundlegend BFH v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801, seither stRspr., so BFH v. 21.12.1990 – VI R 59/85, BFHE 164, 226; v. 18.8.2005 – VI R 32/03, BStBl. II 2006, 30; FG Brandenb. v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.). Im Ergebnis liegt darin ein notwendiges Korrektiv zu der noch teilweise vertretenen Auffassung, der ArbG hafte nach § 42d verschuldensunabhängig. Nur das Haftungsverhältnis ist betroffen, nicht das StSchuldverhältnis. Damit ist noch eine Nachforderung von ESt. beim ArbN möglich (BFH v. 27.3.1991 – VI R 126/87, BStBl. II 1991, 720; Hess. FG v. 24.2.1988, EFG 1989, 482, rkr.).

**Rechtsirrtum:** Er muss in der Person des ArbG liegen oder ihm über eine mit dem LStAbzug beauftragte Hilfsperson zurechenbar sein. Der Irrtum bezieht sich darauf, wie und in welchem Umfang die dem ArbG auferlegte Pflicht zum Einbehalten und Abführen der LSt. (§§ 38 ff.) durchzuführen ist, insbes., ob eine bestimmte Zuwendung überhaupt lstpfl. Arbeitslohn ist.

**Entschuldbarkeit:** Die Anforderungen an die Entschuldbarkeit sind aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen abzuleiten und nach den Umständen des Einzelfalls zu beurteilen. Nach der Rspr. ist ein Rechtsirrtum entschuldbar, wenn

- der Verstoß gegen die Pflicht zum LStAbzug unter vernünftiger Abwägung aller Umstände sowie
- unter Berücksichtigung der Interessen des Fiskus und des ArbG so verständlich ist, dass die Inanspruchnahme des ArbG nicht gerechtfertigt ist (BFH v. 14.6.1985, BFH/NV 1986, 303; FG Brandenb. v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.).

Das Maß des Verschuldens wird im Wesentlichen auch davon abhängen, auf welche Ursache der Irrtum zurückzuführen ist (glA OFFERHAUS, StbJb. 1983/84, 313). Danach ist ein Rechtsirrtum dann entschuldbar, „wenn der ArbG bei seinem Kenntnisstand trotz sorgfältiger Prüfung aus guten Gründen überzeugt sein konnte, dass LSt. im Einzelfall nicht einzubehalten ist“ (so OFFERHAUS, StBp. 1986, 43, unter Hinweis auf OFFERHAUS, BB 1982, 796).

**Verschulden und Anrufungsauskunft:** Die Entschuldbarkeit des Irrtums ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen, wenn keine Anrufungsauskunft nach § 42e eingeholt wurde (BFH v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801; vgl. aber BFH v. 18.8.2005 – VI R 32/05, BStBl. II 2006, 30). Bei Zweifeln darf der ArbG den „Autoritäten“ wie Tarifvertrag, FA, Rspr. vertrauen (FG Köln v. 23.11.1982, EFG 1983, 426, aufgeh. durch BFH v. 31.1.1986 – VI R 17/83, BFH/NV 1986, 372; ähnlich v. BORNHAUPT, BB 1981, 2132; OFFERHAUS, StbJb. 1983/84, 312 f.).

**In offensichtlichen Zweifelsfällen** wird der ArbG, der selbst rechtsunkundig ist, notfalls eine Auskunft beim BetriebsstättenFA einholen müssen und darf allein dem eigenen Urteil nicht vertrauen; andernfalls ist sein Rechtsirrtum nicht entschuldbar. Dies gilt vor allem, wenn die Rechtslage schon nach dem ersten Anschein zweifelhaft wirkt (BFH v. 11.6.1968 – VI R 102/67, BStBl. II 1968, 726; v. 6.4.1977 – I R 252/74, BStBl. II 1977, 575; v. BORNHAUPT, BB 1981, 2132; SCHMIDT/DRENSECK XXV. § 42d Rn. 27), wenn der ArbG von einer Regelung im Gesetz abweicht (BFH v. 9.10.1992 – VI R 47/91, BStBl. II 1993, 169) oder falls er Regelungen in den LStR für unklar hält (BFH v. 18.8.2005 – VI R 32/03, BStBl. II 2006, 30). Im Übrigen muss sich der ArbG mit der gebotenen Sorgfalt über seine grundsätzlichen Pflichten beim LStAbzug (BFH v. 5.2.1971 – VI R 82/68, BStBl. II 1971, 353) sowie über Änderungen im LStRecht und dessen Auslegung durch die FinVerw. informieren; er darf sich nicht ohne weiteres darauf verlassen, dass alles wie gewohnt bleibt (BFH v. 9.3.1965 – VI 109/62 U, BStBl. III 1965, 426).

## b) Fallgruppen zum entschuldbaren Rechtsirrtum

61

### Irrtümer aufgrund eines Gesetzes oder anderer Regelungen:

► *Durch den Gesetzgeber* kann ein entschuldbarer Rechtsirrtum hervorgerufen werden, wenn ein Gesetzestext unklar, ausgesprochen kompliziert (kaum nachvollziehbare Verweisungen!) oder in sich widersprüchlich ist. Dabei braucht es sich nicht um eine Regelung aus dem StRecht zu handeln. Es reicht aus, wenn sie für die Anwendung eines stl. Tatbestands eine Rolle spielt (so BFH v. 2.4.1982 – VI R 34/79, BStBl. II 1982, 502, betr. Auswirkung der Fiktion des § 10 Abs. 1 AÜG auf die Verpflichtung zum LStAbzug). Bei lStl. Regelungen muss jedoch ggf. eine Anrufungsauskunft eingeholt werden (s. Anm. 60).

► *Verwaltungsregelungen:* Ein entschuldbarer Rechtsirrtum liegt vor, falls die FinVerw. in den LStR, in Verfügungen und anderen Anweisungen Rechtsauffassungen vertritt, die im Widerspruch zur gesetzlichen Regelung stehen. Auf die Richtigkeit von Verwaltungsanweisungen darf sich der ArbG stets verlassen. Auch unklare oder widersprüchliche Anweisungen der FinVerw. machen einen Irrtum des ArbG entschuldbar.

BFH v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801; v. 25.10.1985 – VI R 130/82, BStBl. II 1986, 98; v. 21.12.1990 – VI R 59/85, BFHE 164, 226; v. 6.12.1996 – VI R 18/96, BStBl. II 1997, 413; v. 18.8.2005 – VI R 32/03, BStBl. II 2006, 30; FG Brandenburg v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.; FG Berlin v. 5.3.1997, EFG 1997, 892, rkr.; NISSEN, DB 1971, 1498.

Der Vertrauensschutz besteht bis zur Änderung der Verwaltungsanweisung (BFH v. 9.3.1965 – VI 109/62 U, BStBl. III 1965, 429). Kennt der ArbG die Verwaltungsanweisung nicht und kann er sich deswegen nicht irren, so ist seine Inanspruchnahme ermessensfehlerhaft, wenn er den LStAbzug unzutreffend, aber in Übereinstimmung mit der Verwaltungsregelung, vorgenommen hat (Abs. 3; s. BFH v. 25.10.1985 – VI R 130/82, BStBl. II 1986, 98; v. 6.12.1996 – VI R 18/96, BStBl. II 1997, 413, und Anm. 65).

► *BFH-Rspr.* kann ebenfalls einen Vertrauenstatbestand schaffen, zB für die Vergangenheit, falls sie später aufgegeben wird. Das Vertrauen auf eine nicht erkennbar aufgegebenen Auffassung der Rspr. und FinVerw. löst entschuldbaren Rechtsirrtum aus (Nds. FG v. 29.11.1991, EFG 1992, 365, rkr.; glA v. BORNHAUPT, StVj. 1993, 322 [324]).

**Durch Einzelfallregelung der Finanzverwaltung veranlasster Rechtsirrtum:** Ein entschuldbarer Rechtsirrtum liegt vor, wenn der ArbG die unzutreffende Istrechtl. Behandlung aufgrund des Verhaltens der FinVerw. für richtig gehalten hat (glA FG Brandenb. v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.). Voraussetzung ist, dass die FinVerw. den zu beurteilenden Sachverhalt richtig erfassen konnte bzw. dass der ArbG annehmen durfte, dass der Sachverhalt richtig erfasst war. Der vom FA hervorgerufene Anschein wirkt in die Zukunft, bis der Rechtsschein zerstört ist. Es muss sich aber in der Folgezeit um dieselben Verhältnisse handeln wie bei der vorangegangenen Prüfung durch das FA (BFH v. 11.6.1968 – VI R 102/67, BStBl. II 1968, 726; FG Brandenburg v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.). Beispiele dafür sind:

► *Lohnsteuer-Außenprüfung:* Bei einer LStAußenprüfung ist im Bericht ein Punkt aufgegriffen und trotz Prüfung – zu Unrecht – nicht beanstandet worden (BFH v. 11.6.1968 – VI R 102/67, BStBl. II 1968, 726; v. 24.1.1992 – VI R 177/88, BStBl. II 1992, 696, auch zu Nachweisfragen). Das gilt besonders bei wiederholten Prüfungen (BFH v. 27.3.1991 – VI R 126/87, BStBl. II 1991, 720; FG Rhld.-Pf. v. 21.10.1982, EFG 1983, 273, rkr.). Ebenso, wenn eine früher zutreffende Praxis mit Kenntnis des FA zu Unrecht weitergeführt wird (BFH v. 27.3.1991 – VI R 126/87 aaO). Dabei müssen Tatsachenfeststellungen und Erklärungen des Prüfers in den Wissensbereich des für eine Sachentscheidung zuständigen Finanzbeamten gelangt sein (NISSEN, DB 1971, 1498). Ein Rechtsschein zugunsten des ArbG entsteht nicht, wenn ein bestimmter Sachverhalt bei der LStAußenprüfung unbeanstandet bleibt, weil er nicht näher untersucht wird (BFH v. 5.2.1971 – VI R 82/68, BStBl. II 1971, 353).

► *Lohnsteuer-Außenprüfungsbericht:* Dem FA ist durch einen LStAußenprüfungsbericht ein Fehler des ArbG bekannt geworden, trotzdem weist es den ArbG auf den Fehler nicht hin (BFH v. 6.9.1963 – VI 80/62 U, BStBl. III 1963, 574). Der Vertrauensschutz überwiegt auch in einfach gelagerten Fällen (FG Ba.-Württ. v. 7.2.1980, EFG 1980, 342, rkr.) Das gilt auch für eine Vorprüfung (BFH v. 24.1.1992 – VI R 177/88, BStBl. II 1992, 696; zustimmend v. BORNHAUPT, BB 1992, 2054).

► *Unklare/unrichtige Sachbehandlung:* Das FA versetzt den ArbG durch eine unklare Sachbehandlung in den Glauben, dass seine – unrichtige – LStBerechnung zutreffend sei (BFH v. 16.3.1962 – VI 297/61 U, BStBl. III 1962, 284; v. 25.10.1985 – VI R 130/82, BStBl. II 1986, 98). Dasselbe gilt für eine unklare Auskunft (BFH v. 24.11.1961 – VI 183/59 S, BStBl. III 1962, 37) oder eine unrichtige Auskunft (BFH v. 9.3.1965 – VI 109/62 U, BStBl. III 1965, 426), bei der es sich nicht um eine Anrufungsauskunft gem. § 42e zu handeln braucht (vgl. BFH v.

25.10.1985 – VI R 130/82, BStBl. II 1986, 98; v. 22.7.1993 – VI R 116/90, BStBl. II 1993, 775; FG Brandenb. v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.). Entsprechendes gilt, wenn das FA dem ArbG eine fehlerhafte Freistellungsbescheinigung erteilt, aufgrund derer der ArbG den LStAbzug zu Unrecht unterlässt (GROSS, IWB F. 3, Gr. 6, 311).

**Durch Dritte und vom Arbeitgeber selbst hervorgerufene Irrtümer:** Jeder Rechtsirrtum des ArbG kann entschuldbar sein (BFH v. 27.11.1987 – VI B 176/86, BFH/NV 1988, 640). Hat ein genügend sachkundiger Dritter den Rechtsirrtum des ArbG hervorgerufen, kann auch dieser Irrtum entschuldbar sein. Auf die von dem Dritten empfohlene Istrechtl. Behandlung wird sich der ArbG umso mehr verlassen dürfen, als es ihm selbst an Sachkunde mangelt. In diese Kategorie der Irrtumsursachen gehört der Fall, in dem der ArbG sich auf eine Regelung in dem für ihn verbindlichen *Manteltarifvertrag* verließ, der bestimmte Leistungen als Istfrei einstuft (BFH v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801). Dagegen ist der Irrtum des ArbG nicht entschuldbar, falls der ArbG die eindeutige Regelung eines Tarifvertrags falsch auslegt (BFH v. 31.1.1986 – VI R 17/83, BFH/NV 1986, 372). Ähnlich wird sich der ArbG auf die Auskunft eines sorgfältig ausgewählten strechtl. Beraters verlassen können. Nach aA (OFFERHAUS, StbJb. 1983/84, 314) sind strechtl. Berater nicht als Dritte anzusehen, sondern der Sphäre des ArbG zuzurechnen.

Einstweilen frei.

62–63

## 2. Haftungsausschluss wegen entschuldbaren Tatsachenirrtums

64

**Treu und Glauben als Rechtsgrundlage:** Wenn der ArbG über eine Tatsache, die für den LStAbzug bedeutsam ist (zB Irrtum über die Bemessungsgrundlage), in entschuldbarer Weise irrt und deswegen zuwenig LSt. einbehält, kann ihm ein noch geringerer Vorwurf gemacht werden, als wenn er einem Rechtsirrtum erliegt. Auch in diesem Fall erscheint seine Haftung uE generell als unbillig (BIRKENFELD, DStJG 9 [1986], 245 [296]; v. BORNHAUPT, StVj. 1993, 322 [335 f.]; OFFERHAUS, BB 1982, 796; OFFERHAUS, StbJb. 1983/84, 314 f.; RÖSSLER, FR 1982, 155; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 26; aA HARTZ/MEESSEN/WOLF, ABC-Führer LStRecht, „Haftung für LSt.“ Rn. 111). Außerdem kann die Grenze zwischen Tatsachen- und Rechtsirrtum fließend sein (vgl. v. BORNHAUPT, BB 1981, 2129 ff. [2132]).

**Entschuldbarkeit des Irrtums** liegt vor, wenn der ArbG keine berechtigten Zweifel an der Richtigkeit der für den LStAbzug verwendeten Tatsachen zu haben brauchte. So wird sich der ArbG zB idR darauf verlassen dürfen, dass schriftliche Angaben, die der ArbN über Tatsachen macht, die nicht aus der LStKarte hervorgehen und in der Sphäre des ArbN liegen, zutreffen (zB Angaben in einer Reisekostenabrechnung des ArbN, glaubhaft erscheinende Angaben über Lohn von Dritten). Entschuldbarkeit liegt insbes. dann vor, wenn dem ArbG die Möglichkeit fehlt, die Tatsachenangabe einfach innerhalb des Betriebs zu überprüfen.

**Ein nicht entschuldbarer Tatsachenirrtum des Arbeitgebers** ist ggf. bei der Vornahme des Auswahlermessens im Rahmen des Abs. 3 zugunsten des ArbG zu berücksichtigen.

65 **3. Haftungsausschluss bei Lohnsteuerbefreiungen durch die Finanzverwaltung auch ohne Rechtsirrtum**

Verwaltungsanweisungen sehen manchmal aus Gründen der Vereinfachung oder Billigkeit LStBefreiungen vor, die im Gesetz nicht vorgesehen sind, zB auch als Übergangsregelung. Daneben kommen auch Auslegungen vor, die einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Der ArbG kann nach den Anweisungen verfahren, solange die FinVerw. von einer Anpassung an die neue Rspr. absieht (BFH v. 27.4.2001 – VI R 2/98, BStBl. II 2001, 601; FG Köln v. 20.10.1983, EFG 1984, 230, rkr.). Das gilt wegen der Sonderstellung des ArbG im LStAbzugsverfahren auch, falls sich der ArbG nicht über die Rechtslage irrt (BFH v. 6.12.1996 – VI R 18/96, BStBl. II 1997, 413; FG Brandenb. v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 26).

66 **III. Haftungsausschluss wegen Bindung an eine verbindliche Zusage oder Auskunft**

Folgt der ArbG einer im Anschluss an eine Außenprüfung gem. §§ 204 ff. AO erteilten verbindlichen Zusage, so steht deren Bindungswirkung einem Haftungsausschlussgrund gleich (vgl. BFH v. 11.6.1968 – VI R 102/67, BStBl. II 1968, 726; v. 13.12.1989 – X R 208/87, BStBl. II 1990, 274; vgl. auch BFH v. 16.11.2005 – VI R 23/02, BStBl. II 2006, 210; s. auch § 42e Anm. 36). Die LStAnrufungsauskunft nach § 42e steht unabhängig neben diesen Auskünften und Zusagen (BFH v. 9.3.1979 – VI R 185/76, BStBl. II 1979, 451).

67–69 Einstweilen frei.

### Erläuterungen zu Abs. 3: Gesamtschuldnerschaft und Geltendmachung des Haftungsanspruchs

**Schrifttum:** FICHELTMANN, Einwendungen gegen die Nachforderung von Lohnsteuer, DStR 1974, 75; GAIL, Die zunehmende Verfremdung der Lohnsteuer zu einer neuen Unternehmenssteuer, StbJb. 1980/81, 289; OFFERHAUS, Zur Haftung des Arbeitgebers im Lohnsteuerverfahren, BB 1982, 793; App, Inanspruchnahme eines Haftungsschuldners bei Vorliegen eines bestandskräftigen Steuerbescheids nach Erkennen von Rechtsfehlern zugunsten des Steuerpflichtigen?, DStR 1985, 109; HARDER, Das Auswahlermessen bei der Steuerhaftung, DB 1988, 2022; v. BORNHAUPT, Lohnsteueraußenprüfung und Lohnsteuerhaftungsbescheid, BB 1990 Beilage zu Heft 1/90; RÖSSLER, Entschließungsermessen und Haftungsbescheid, DStZ 1990, 64; v. BORNHAUPT, Lohnsteuernachforderung beim Arbeitnehmer, FR 1991, 365; STRECK/MACK, Anrechnung gezahlter Einkommensteuer des Arbeitnehmers auf Lohnsteuerhaftungsbescheide, Stbg. 1991, 417; v. BORNHAUPT, Anm. DStZ 1992, 536; THOMAS, Verfahrensfragen zu Lohnsteuerhaftungs- und Lohnsteuerpauschalierungsbescheiden, DStR 1992, 896; BEERMANN, Haftungsbescheid nach der AO und Entschließungsermessen, Festschr. F. Klein, 1994, 433; KRÄMER, Bestimmtheit und Begründung von Haftungs- und Pauschalierungsbescheiden, Frankfurt 1994 (Diss. Bochum); VÖLLMEKE, Probleme bei der Anrechnung von Lohnsteuer, DB 1994, 1746; BLESINGER, Das Ermessen der Finanzbehörde beim Erlass eines Haftungsbescheides, StuW 1995, 226; MÖSBAUER, Grenzen der haftungsmäßigen Inanspruchnahme des Arbeitgebers für die Lohnsteuer der Arbeitnehmer, FR 1995, 727; HEUERMANN, Der Lohnsteueranspruch gegen den Arbeitnehmer und sein Verhältnis zur (festgesetzten) Einkommensteuer, DB 1996, 1052.

## A. Gesamtschuldnerschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Abs. 3 Satz 1)

### I. Grundzüge der Gesamtschuldnerschaft

#### 1. Rechtsgrundlagen und Inhalt der Gesamtschuldnerschaft 70

Abs. 3 Satz 1 erklärt ArbG und ArbN für Gesamtschuldner, allerdings mit der wichtigen Einschränkung „soweit die Haftung des ArbG reicht“ (s. Anm. 71). Das bedeutet, dass Haftungs- und Erstschild auf *dieselbe Leistung* gerichtet sind (§ 44 Abs. 1 AO), die der Fiskus *nur einmal*, wahlweise vom ArbG und ArbN, den Stpfl., fordern kann. § 44 AO gilt ergänzend neben § 42d (BFH v. 31.1.1986 – VI R 17/83, BFH/NV 1986, 372).

#### 2. Umfang der Gesamtschuldnerschaft („soweit die Haftung des Arbeitgebers reicht“) 71

*Die oberste Grenze der Gesamtschild* ist dort erreicht, wo die Pflicht zum LStAbzug nach §§ 38 ff. endet, also bei der gem. § 39b jeweils im laufenden Kj. geschuldeten LSt. (glA HAHN, Inst. FuSt. Brief Nr. 257, 1986, 26). Auf der anderen Seite *entsteht keine Gesamtschildnerschaft bzw. endet* sie, wo es von Anfang an keine persönliche Schuld des ArbN gibt bzw. diese erloschen ist; denn wenn nach der Begriffsbestimmung in § 44 Abs. 1 AO von Gesamtschuldern „dieselbe Leistung“ gefordert werden kann, ist es ausgeschlossen, von dem einen Gesamtschuldner grundsätzlich mehr zu verlangen als von dem anderen (s. aber § 44 Abs. 2 AO und Anm. 74). Das Problem des Umfangs der Gesamtschildnerschaft ist damit letztlich eine Frage des Umfangs der Haftung des ArbG überhaupt.

### II. Einwendungen des Arbeitgebers gegen die Haftungsschild

#### 1. Überblick 72

Bei der Prüfung, welche Einwendungen der ArbG gegen die Haftungsschild wirksam erheben kann, muss unterschieden werden zwischen solchen,

- *die allein das Haftungsverhältnis betreffen*, und solchen,
- *die das originäre Steuerschildverhältnis betreffen*, also grundsätzlich dem ArbN zuzustehen.

#### 2. Einwendungen aus dem Haftungsverhältnis 73

**Auf Einwendungen aus dem Haftungsverhältnis** kann sich der ArbG immer mit Erfolg berufen, gleichgültig, ob sie sich auf das materielle Recht oder auf das Verfahrensrecht (zB mangelnde Begründung des Haftungsbescheids) beziehen.

**Die Haftungsschild entsteht** nur, wenn eine Erstschild entstanden ist (BFH v. 22.7.1993 – VI R 116/90, BStBl. II 1993, 775) und ein haftungsbegründender Tatbestand vorliegt, der nicht durch einen Haftungsausschlussgrund aufgehoben wird.

**Die Haftungsschild erlischt** wie jede andere StSchild (zB durch Zahlung, Festsetzungsverjährung, Aufrechnung, Erlass), § 47 AO. Zahlungen des ArbG machen den Haftungsbescheid gegenstandslos.

### 3. Materiell-rechtliche Einwendungen aus dem originären Steuerschuldverhältnis

#### 74 a) Allgemeines

**Der Grundsatz der Akzessorietät** zwischen Haftungsschuld und Steuerschuld, auf dem auch § 44 Abs. 1 AO beruht (BFH v. 15.12.1989 – VI R 151/86, BStBl. II 1990, 526), wird nur gewahrt, wenn der ArbG sich auf alle materiell-rechtl. Einwendungen berufen kann, die auch dem ArbN als Steuerschuldner zustehen. Andernfalls könnte die Haftungsschuld weiter gehen als die Steuerschuld.

§ 44 Abs. 2 AO bestimmt, dass die Erfüllung durch einen Gesamtschuldner (ArbN, Haftungsschuldner aufgrund eines anderen Haftungstatbestands) auch die Haftungsschuld des ArbG erlöschen lässt. Der Erfüllung sind Aufrechnung und geleistete Sicherheit gleichgesetzt. Zahlungen des ArbN oder eines anderen Haftungsschuldners vor Erlass eines Haftungsbescheids sind zu berücksichtigen (BFH v. 17.10.1980 – VI R 136/77, BStBl. II 1981, 138; zustimmend KLEMP, StRK-Anm. EStG § 38 R. 95; BFH v. 6.6.1994 – VII B 2/94, BFH/NV 1995, 281 mwN), ebenso Zahlungen nach Erlass des Haftungsbescheids während des Anfechtungsverfahrens. Dagegen sollen Leistungen während des Klageverfahrens erst im Abrechnungsverfahren berücksichtigt werden (BFH v. 17.10.1980 – VI R 136/77 aaO; v. 18.1.1991 – VI R 122/87, BStBl. II 1991, 409 mwN; KLEIN/RÜSKEN, AO, 9. Aufl. 2006, § 191 Rn. 19); nach überzeugender aA erledigt sich die Klage gegen den mit Blick auf die Höhe der Haftungsschuld rechtmäßigen Haftungsbescheid durch die Zahlung in der Hauptsache (TIPKE/KRUSE, § 191 AO Rn. 132).

**Höhe der Haftungsschuld:** s. dazu Anm. 22. In der Praxis wird als Haftungsbetrag regelmäßig der LStAbzugsbetrag festgesetzt, der nicht erhoben worden ist. Dies wird regelmäßig mit dem LStKartenprinzip gerechtfertigt (BFH v. 15.11.1974 – VI R 167/73, BStBl. II 1975, 297; v. 12.12.1975 – VI B 124/75, BStBl. II 1976, 543; v. 12.1.2001 – VI R 102/98, BStBl. II 2003, 151). Soweit jedoch nach dem Sachverhalt wahrscheinlich ist, dass eine materielle Steuerschuld nicht besteht, Namen und Anschriften der ArbN bekannt sind und sich das haftungsbegründende Verhalten des ArbG nicht als grob leichtfertig darstellt, hält es der BFH allerdings für billig, vorrangig die ArbN in Anspruch zu nehmen (BFH v. 15.11.1974 – VI R 167/73 aaO; v. 3.6.1982 – VI R 48/79, BStBl. II 1982, 710; zustimmend v. BORNHAUPT, BB 1975, 313). Diese Einschränkung betrifft jedoch das Auswahlermessen und nicht die grundsätzliche Frage nach der wechselseitigen Wirkung von Einwendungen im Gesamtschuldverhältnis zwischen ArbG und ArbN.

Es gibt keine höchstrichterliche Entscheidung, nach der der ArbG alle materiell-rechtl. Einwendungen, die gegen die Erstschuld bestehen, gegen die Festsetzung der Haftungsschuld erheben kann, obwohl gerade die neuere Rspr. betont, dass auch die Haftung des ArbG bedeute, dass er für fremde Schuld einzustehen habe (s. Anm. 20). Die ältere Rspr. hat Einwendungen aus dem Erstschuldverhältnis nur in Einzelfällen zugelassen, zB wenn ein LStAbzug unterblieb, weil ArbG und ArbN über die Zugehörigkeit von Bezügen zum Arbeitslohn irrten und deswegen kein Eintrag über WK auf der LStKarte beantragt wurde (BFH v. 12.12.1975 – VI B 124/75, BStBl. II 1976, 543).

Ein Teil des Schrifttums stützt die Auffassung der FinVerw., der ArbG hafte für die LSt. und dabei müsse es auch nach Ablauf des KJ. bleiben (BLÜMICH/HEUERMANN, § 42d Rn. 35 ff.; GUTH, FR 1978, 429; HARTZ/MEESSEN/WOLF, ABC-Füh-

rer LStRecht, „Haftung für LSt.“ Rn. 24 f.; THOMAS, DStR 1995, 274). Hauptargument ist dabei, dem BetriebsstättenFA könne keine Schattenveranlagung des ArbN bei der Festsetzung der Haftungsschuld zugemutet werden. Der ArbG müsse sich zuviel erhobene Steuern im Wege des Regresses zurückholen oder der ArbN könne eine Abrechnung über die gezahlte LSt. verlangen. Hierbei wird nicht berücksichtigt, dass arbeitsrechtl. Regressansprüche begrenzt sind und normale ArbN in stl. Angelegenheiten regelmäßig schon beim Ausfüllen der EStFormulare überfordert sind. Im Ergebnis wird gegen den Zweck der Haftungsvorschrift aus Zweckmäßigkeitgesichtspunkten eine zu hohe Steuerforderung in Kauf genommen. Die inzwischen hM im Schrifttum billigt dem ArbG daher alle Einwendungen aus dem Erstschuldverhältnis zu, soweit dem nicht ausdrücklich gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

LADEMANN/ALTEHOEFER, § 42d Rn. 93a, für die Zeit nach Ablauf des Kj.; BÄUERLEN, Die LStHaftung des ArbG, 1978, 70; FICHTELMANN, DStR 1974, 76 f.; LANG, StuW 1975, 130 ff.; MÖSBAUER, GmbHR 1987, 488; NISSEN, DB 1971, 1497; OFFERHAUS, StBp. 1983, 212; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 2, 59; SÖHN, StRK-Anm. StAnpG § 7 R. 49; SÖHN, StRK-Anm. AO 1977 § 191 R. 3; TIPKE/KRUSE, § 191 AO Rn. 135; THOMAS, StBj. 1995, 331 (360); auch FG Nürnberg v. 26.4.1977, EFG 1977, 512, rkr.

Diese Auffassung berücksichtigt, dass die LSt. eine auflösend bedingte StSchuld ist und sich daher nach einem abgelaufenen Kj. nicht irgendwie verselbständigen kann (s. Anm. 22). Die von der Gegenmeinung ins Feld geführten Zweckmäßigkeitgesichtspunkte überzeugen letztlich nicht, denn die Beachtung von § 191 Abs. 5 AO und die Beachtung von Verjährungsfristen erfordert regelmäßig, dass die EStVeranlagung des ArbN in den Fällen, in denen der Empfänger zu ermitteln ist (Ausnahme nur Massenfälle ab ca. 40 ArbN mit kleineren Zuwendungen), durchaus bei der Festsetzung der Haftungsforderung zu beachten ist, und zwar von Amts wegen. Diese Fälle sind im Übrigen auch solche, in denen der ArbN aufgrund des Auswahlmessens vorrangig in Anspruch zu nehmen ist. Das bedeutet, dass das BetriebsstättenFA regelmäßig keine sog. Schattenveranlagung durchführen muss, weil der ArbN vorrangig in Anspruch zu nehmen ist. Eine Haftung, durch die der Fiskus im Ergebnis besser gestellt ist als durch einfache Schuldnerschaft, verstößt dagegen ihrem Prinzip nach gegen die Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung (auch anklingender Gedanke in BFH v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197, allerdings in anderem Zusammenhang). Diese Auffassung folgt in der Tendenz dem auch vom BVerfG anerkannten Grundsatz, dass bei einem – nach § 191 AO – erlassenen Haftungsbescheid dem Haftungsschuldner auch Einwendungen gegen die Steuerschuld, für die er in Anspruch genommen wird, zustehen (BVerfG v. 29.11.1996 – 2 BvR 1157/95, DStZ 1997, 604). Eine Grenze findet dieser Grundsatz nur in anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen.

Keine Einwendungen gegen die Höhe der Haftungsschuld in Höhe der LSt. können ArbG/ArbN in den Fällen erheben, in denen die ESt. des ArbN durch die LSt. als abgegolten gilt, da hier die ESt. nicht mehr individuell neu berechnet wird (BFH v. 12.1.2001 – VI R 102/98, BStBl. II 2003, 151; FG München v. 4.2.2004 – 7 K 4479/02, BeckRS 2004 26016671, rkr.).

### b) Beweislast für Einwendungen gegen die Haftungsschuld

75

Verbreitet ist die Auffassung, dass der ArbG darlegen und beweisen muss, dass die Steuerschuld nicht in dem Umfang, in dem ein Haftungsanspruch geltend gemacht wird, besteht oder vollständig erloschen ist (MÖSBAUER, GmbHR 1987, 488; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 59). Das wäre in dieser Allgemeinheit

nur dann überzeugend, wenn es rechtl. zulässig wäre, den ArbG grundsätzlich als Haftenden vor dem ArbN in Anspruch zu nehmen, und wenn der ArbG die rechtl. Möglichkeit hätte, vom ArbN stl. Auskünfte zu erhalten. Das trifft aber gerade nicht zu. Die haftungsbegründenden Tatbestände, zu denen uE auch das Bestehen der Steuerschuld in bestimmter Höhe gehört (s. Anm. 22), muss das FA darlegen und beweisen. Für Gründe, die die einmal entstandene Haftungsforderung mindern oder erlöschen lassen, trägt der ArbG grundsätzlich die Darlegungs- und Beweislast. Er hat die den Einwendungen zugrunde liegenden Tatsachen mindestens glaubhaft zu machen (SÖHN, StRK-Anm. StAnpG § 7 Rn. 49). Ein vollständiger Beweis ist nicht immer möglich, zB dann nicht, wenn es um die Höhe der Steuerschuld des ArbN geht. Zur Einsicht des ArbG in die Steuerakten des ArbN BFH v. 13.9.1972 – I R 189/70, BStBl. II 1973, 119.

#### 76 4. Verfahrensrechtliche Einwendungen aus dem originären Steuerschuldverhältnis des Arbeitnehmers

§ 44 Abs. 2 Satz 3 AO, nach dem andere Tatsachen als Erfüllung, Aufrechnung und Sicherheitsleistung nur für und gegen den Gesamtschuldner wirken, in dessen Person sie eintreten, bedeutet im Rückschluss, dass sich der Haftende auf verfahrensrechtl. Einwendungen, die die Festsetzung und Durchsetzung der Erstschuld gegenüber dem ArbN ganz oder teilweise behindern, nicht berufen kann. Dazu zählen zB Stundung, Zahlungsaufschub, Aussetzung der sofortigen Vollziehung (vgl. KLEIN/BROCKMEYER, AO, 9. Aufl. 2006, § 44 Rn. 14; TIPKE/KRUSE, § 44 AO Rn. 9). Verfahrensrechtl. Einwendungen des ArbN berühren den Haftungsanspruch nicht, weil sie keinen Einfluss auf die Höhe der Steuerschuld haben und die Haftung des ArbG für LSt. nicht auf eine Ausfallhaftung beschränkt ist (BFH v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756; glA KAV, FR 1976, 166).

§ 191 Abs. 5 AO verbietet aufgrund der Akzessorietät zwischen Schuld und Haftung den Erlass eines Haftungsbescheids, wenn die Erstschuld nicht festgesetzt worden ist und wegen Ablaufs der Festsetzungsfrist nicht mehr festgesetzt werden kann. Gleiches gilt, wenn die Erstschuld verjährt oder erlassen worden ist (§ 47 AO, s. Anm. 74 und THOMAS, StbJb. 1995/96, 331 [360]). Im Rückschluss ergibt sich daraus, dass Festsetzungs- oder Zahlungsverjährung der Erstschuld, die nach Erlass eines Haftungsbescheids eintreten, den Haftungsanspruch nicht berühren (BFH v. 7.11.1995 – VII R 26/95, BFH/NV 1996, 379; v. 11.7.2001 – VII R 28/99, BFH/NV 2002, 305).

**Sonderfall der bestandskräftigen Veranlagung des Arbeitnehmers:** Ist dem FA bei der Festsetzung der ESt. des ArbN ein Fehler unterlaufen, der sich zugunsten des ArbN auswirkt, und ist der EStBescheid bestandskräftig und nicht mehr änderbar, so kann der ArbG dem FA gem. § 254 BGB iVm. § 426 BGB, § 44 AO das eigene Verschulden mit Erfolg entgegensetzen (BFH v. 8.10.1992 – VI R 47/91, BStBl. II 1993, 169, unter Aufgabe von BFH v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756; FG Ba.-Württ. v. 15.12.1992, EFG 1993, 411, rkr.; APP, DStR 1985, 110 f.; NISSEN, DB 1971, 1497; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 29).

## B. Die Inanspruchnahme des Arbeitgebers als Ermessensentscheidung (Abs. 3 Satz 2)

### I. Ermessensentscheidung

77

Die Erfüllung des Haftungstatbestands zieht nicht automatisch die Inanspruchnahme des ArbG nach sich. Das FA hat vielmehr aufgrund pflichtgemäßen Ermessens (§ 5 AO) über die Inanspruchnahme des ArbG zu entscheiden (Abs. 3 Satz 2). Nur im Sonderfall der Ermessensschrumpfung auf Null ist nur eine einzige Entscheidung rechtmäßig (BFH v. 5.3.1993 – VI R 79/91, BStBl. II 1993, 692; FG Brandenb. v. 5.7.1996, EFG 1997, 81, rkr.).

Die rechtmäßige Ermessensentscheidung ist zweistufig und gliedert sich in das *Entschließungsermessen* (s. Anm. 78) und das *Auswählermessen* (s. Anm. 79). Die Ermessensausübung ist nur eingeschränkt gerichtlich überprüfbar (§ 102 FGO). Lediglich bei einer Ermessensschrumpfung auf Null ist nur eine einzige der denkbaren Entscheidungen rechtmäßig.

Durch die Ermessensentscheidung unterscheidet sich § 42d grundsätzlich von § 40; ein Einverständnis des ArbG ersetzt die Ermessensentscheidung nicht. Die bloße Nichtausübung des Ermessens ist ein Ermessensfehler, der zur Rechtswidrigkeit des Haftungsbescheids führt (Nds. FG v. 27.7.1982, EFG 1983, 155, rkr.; FG Brandenb. v. 26.11.1996, EFG 1997, 410, rkr.). Zur Ermessensausübung bei formloser Inanspruchnahme s. Anm. 90.

### II. Entschließungsermessen

78

Die Ausübung des Entschließungsermessens besteht darin, den *Ermessensspielraum zu erkennen* und nach Abwägung aller Gesichtspunkte zu entscheiden, ob der ArbG dem Grunde nach haften soll (vgl. BFH v. 26.2.1985 – VII R 110/79, BFH/NV 1985, 20; v. 9.8.2002 – VI R 41/96, BStBl. II 2003, 160). Das zuständige FA hat unter Berücksichtigung des Zwecks des § 42d eine Entscheidung zu treffen, die im Hinblick auf die Verhältnisse des Einzelfalls billig und gerecht ist (§ 5 AO; BFH v. 9.10.1992 – VI R 47/91, BStBl. II 1993, 169). Das setzt voraus, dass der im Zeitpunkt des letzten Verwaltungshandelns aktuelle, entscheidungserhebliche Sachverhalt umfassend und einwandfrei ermittelt wurde (BFH v. 5.3.1993 – VI R 79/91, BStBl. II 1993, 692; v. 30.6.1995 – VII R 87/94, BFH/NV 1996, 3; FG Brandenb. v. 5.7.1996, EFG 1997, 81, rkr.; FG Münster v. 18.12.1996, EFG 1997, 647, rkr.; Hess. FG v. 10.10.2005, DStRE 2006, 683, rkr.).

Haften noch weitere Personen neben dem ArbG aufgrund anderer Haftungs Vorschriften ebenfalls für LSt., so dass unter allen ein Gesamtschuldverhältnis besteht, so ist dies in die Ermessenserwägungen einzubeziehen; andernfalls ist der Haftungsbescheid schon aus diesem Grund rechtswidrig (BFH v. 26.2.1985 – VII R 110/79, BFH/NV 1985, 20; v. 9.8.2002 – VI R 41/96, BStBl. II 2003, 160; FG Münster v. 16.12.1996, EFG 1997, 647, rkr.). Zwecks Nachprüfbarkeit sind die anderen Haftungsschuldner gegenüber dem ArbG zu bezeichnen (FG Düss. v. 18.5.1978, EFG 1978, 528).

## III. Auswahlermessen

**Auswahl nach Recht und Billigkeit:** Bei der Ausübung des Auswahlermessens ist zu entscheiden, ob der ArbG vorrangig in Anspruch genommen wird. Das FA hat diese Wahl nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der durch Recht und Billigkeit gezogenen Grenzen zu treffen (BFH v. 24.11.1961 – VI 183/59 S, BStBl. III 1962, 37; v. 7.2.1969 – VI R 81/66, BStBl. II 1969, 406; v. 5.2.1971 – VI R 82/68, BStBl. II 1971, 353; v. 15.11.1974 – VI R 167/73, BStBl. II 1975, 297). Es ist das Für und Wider abzuwägen, das gerade für die Inanspruchnahme des Gesamtschuldners spricht, der vorrangig herangezogen werden soll (FG Bremen v. 10.4.1981, EFG 1981, 602, rkr., mwN; Nds. FG v. 27.7.1982, EFG 1983, 155, rkr.; Nds. FG v. 18.1.2001, DStRE 2003, 214, Rev. Az. BFH VI R 26/02). Als ausschlaggebende Gesichtspunkte kommen zB in Betracht: Zweckmäßigkeit, Verwaltungsökonomie, Verschulden (FG Saarland v. 13.9.2001 – 1 K 113/00, BeckRS 2001 21010822) und Verschuldensgrad des ArbG, eigenes Verhalten der FinVerw., Vertrauensschutz, Bestandsschutz, Ursachen für den nicht korrekten LStAbzug (FG Münster v. 16.12.1996, EFG 1997, 647, rkr.; vgl. auch OFFERHAUS, BB 1982, 796; GAST-DE HAAN, DStJG 9 [1986], 171). Die Tendenz der Rspr. geht dahin, bei der Überprüfung der Ermessensentscheidung dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit und der Verwaltungsökonomie nicht Priorität einzuräumen (ähnlich SCHMIDT/DRENSACK XXV. § 42d Rn. 31, insbes. bei schuldlosem Verhalten des ArbG). Außerdem bieten Abs. 3 Sätze 3 und 4 Maßstäbe für das Auswahlermessen (s. Anm. 82 ff.).

Die Prüfung muss unter Beachtung aller Umstände in jedem Einzelfall von neuem erfolgen, denn es gibt keine Standardentscheidung zu Gunsten oder zu Lasten des ArbG (BFH v. 15.11.1974 – VI R 167/73 aaO; v. 3.6.1982 – VI R 48/79, BStBl. II 1982, 710; OFFERHAUS, BB 1982, 796). Ermessensfehlerhaft sind daher alle Haftungsbescheide, die sich darauf beschränken festzustellen, besondere Gesichtspunkte, den ArbN in Anspruch zu nehmen, seien nicht ersichtlich. Andere Haftungstatbestände, die neben § 42d erfüllt sind, sind bei der Ermessensausübung zu bedenken (s. Anm. 78).

Nach erfolgloser Inanspruchnahme des vorrangig in Anspruch genommenen Gesamtschuldners, zB des ArbN, kann es ermessensfehlerfrei sein, nachrangig den ArbG haften zu lassen (vgl. BFH v. 10.1.1964 – VI 262/62 U, BStBl. III 1964, 213; v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756; NISSEN, DB 1971, 1498).

## 80 IV. Beispiele: Keine vorrangige Inanspruchnahme des Arbeitgebers

**Dienstverhältnis:** Es ist zweifelhaft, ob überhaupt ein Dienstverhältnis vorliegt, und der mutmaßliche ArbN ist bekannt (BFH v. 18.7.1958 – VI 134/57 U, BStBl. III 1958, 384; FG Schl.-Holst. v. 17.2.1972, EFG 1972, 343, rkr.); s. auch Anm. 74.

**Einzelne Arbeitnehmer:** Es handelt sich nur um wenige, einzeln bekannte ArbN, für die LSt. nachzufordern ist (BFH v. 14.4.1967 – VI R 23/66, BStBl. III 1967, 469; v. 20.9.1985 – VI R 45/82, BFH/NV 1986, 240; FG Hamb. v. 17.12.1980, EFG 1981, 472, rkr.; FG Ba.-Württ. v. 25.9.1984, EFG 1985, 258, rkr.).

**Falsche Auskunft** des FA über den LStAbzug gegeben (BFH v. 24.11.1961 – VI 183/59 S, BStBl. III 1962, 37; v. 22.7.1993 – VI R 116/90, BStBl. II 1993, 775; FG Düss. v. 25.2.1971, EFG 1971, 407, rkr.); s. Anm. 59, 61, 66.

**Gesetzesänderung:** Kurz nach einer Gesetzesänderung führt der ArbG den LStAbzug nach altem Recht durch (R 145 Abs. 4 Satz 4 LStR).

**Irrtum über rechtliche Verhältnisse:** Den ArbG trifft nur ein geringes Verschulden; s. Anm. 23.

**Leichte Steuernachforderung:** Die vom ArbG nicht einbehaltene LSt. kann ebenso leicht wie vom ArbG vom ArbN nachgefordert werden.

BFH v. 12.1.1968 – VI R 117/66, BStBl. II 1968, 324; v. 21.1.1972 – VI R 187/68, BStBl. II 1972, 364; v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801; FG Düss. v. 19.5.1980, EFG 1981, 206, rkr.

**Lohnsteuerkarte:** Die Eintragungen des FA auf der LStKarte sind unklar und lassen die Auslegung zu, auf deren Grundlage der ArbG den unzutreffenden LStAbzug vorgenommen hat (FG Berlin v. 28.11.1969, EFG 1970, 363, rkr.).

**Nichtbeanstandung von Fehlern:** Der LStAußenprüfer hat Mängel bei der Erfüllung von Aufzeichnungspflichten (FG Düss. v. 25.9.1971, EFG 1971, 407, rkr.) oder bei der Rechtsanwendung (FG Köln v. 27.11.1985, BB 1986, 1067) erkannt; aber nicht gerügt bzw. den ArbG noch in seiner unrichtigen Rechtsauffassung bestärkt (BFH v. 5.3.1965 – VI 259/63 U, BStBl. III 1965, 355; v. 30.11.1966 – VI 164/65, BStBl. III 1967, 331; v. 7.12.1984 – VI R 164/79, BStBl. II 1985, 164); s. auch Anm. 61.

**Rechtsprechung des BFH:** Der ArbG verlässt sich bei der Berechnung der LSt. auf die Rspr. des BFH (VG Berlin v. 19.11.1956, EFG 1957, 213, rkr.; FG Berlin v. 22.10.1976, EFG 1977, 103, rkr.).

**Regress des Arbeitgebers:** Tarifliche Ausschlussfristen machen den Regress des ArbG unmöglich, so dass der ArbG die LSt. endgültig tragen müsste, beim ArbN kann sie aber noch nachgefordert werden (so BÄUERLEN, Die LStHaftung des ArbG, 1978, 98 f.).

**StAnspruch** besteht wahrscheinlich nicht/nicht in der Höhe der Haftungsforderung und Namen sowie Anschriften der betroffenen ArbN sind bekannt, so dass zumindest ermittelt werden kann, ob ein materiell-rechtl. StAnspruch besteht (BFH v. 3.6.1982 – VI R 48/79, BStBl. II 1982, 710; v. 21.12.1990 – VI R 59/85, BFHE 164, 226; FG Schl.-Holst. v. 17.2.1972, EFG 1972, 343, rkr.; FG Münster v. 28.10.1975, EFG 1976, 309, rkr.). Nach Ablauf des Kj. ist bei der Prüfung der StSchuld auf die gesamten Einkünfte im jeweiligen Kj. abzustellen (FG Nürnberg v. 24.2.1970, EFG 1970, 418, rkr.). Ebenso, wenn WK in Zusammenhang mit der LStNachforderung stehen (BFH v. 26.7.1963 – VI 279/61 U, BStBl. III 1963, 470).

**Tatsachenirrtum:** Es liegt ein entschuldbarer Tatsachenirrtum des ArbG vor, der auf falschen Angaben des ArbN beruht (FG Ba.-Württ. v. 25.9.1984, EFG 1985, 258, rkr.; s. Anm. 64).

**Verantwortlichkeit des Arbeitnehmers** für den LStAbzug: Der ArbN, für den zuwenig LSt. einbehalten wurde, war im Betrieb des ArbG für den LStAbzug verantwortlich, zB als Geschäftsführer (FG Münster v. 28.10.1975, EFG 1976, 309, rkr.). Der ArbN hat als verantwortlicher Angestellter absichtlich keine LSt. abgeführt (BFH v. 20.4.1982 – VII R 96/79, BStBl. II 1982, 521).

**Verschulden des Arbeitgebers:** Der ArbG hat den LStAbzug nicht bewusst oder leichtfertig versäumt. Bei schuldlosem Verhalten reichen Zweckmäßigkeitserwägungen als Ermessensgrund nicht aus, um eine vorrangige Inanspruchnahme des ArbG zu rechtfertigen (FG Brandenb. v. 5.7.1996, EFG 1997, 81, rkr.; SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 31).

**Verwaltungsaufwand des Arbeitgebers** ist bei der Ermessensausübung zu berücksichtigen und im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand des BetriebsstättenFA zu sehen (BFH v. 19.7.1995 – VI B 28/95, BFH/NV 1996, 32), insbes. wenn ArbN aus dem Betrieb schon ausgeschieden sind (BFH v. 10.1.1964 – VI 262/62 U, BStBl. III 1964, 213; v. 19.7.1995 – VI B 20/95, BFH/NV 1996, 32; Nds. FG v. 17.2.1971, EFG 1971, 408; FG Brandenb. v. 5.7.1996, EFG 1997, 81, rkr.)

**Widersprüchliches Verhalten der Finanzverwaltung:** BetriebsstättenFA und WohnsitzFA haben eine unterschiedliche Rechtsauffassung über die StPflicht einer Zuwendung (FG Rhld.-Pf. v. 18.8.1983, EFG 1984, 192); s. auch Anm. 76. Weitere Beispiele bei LStH 145.

81

### V. Beispiele: Vorrangige Inanspruchnahme des Arbeitgebers nicht ermessensfehlerhaft

**Aufzeichnungen des Arbeitgebers:** Der ArbG haftet vorrangig, wenn er keine Aufzeichnungen über die Lohnzuwendungen gemacht hat (s. zB BFH v. 7.12.1984 – VI R 164/79, BStBl. II 1985, 164; FG Ba.-Württ. v. 11.4.1983, EFG 1984, 86, rkr.). Fehlerhafte Aufzeichnungen in diesem Sinne liegen uE nicht vor, wenn der ArbG Vorteile zulässigerweise auf einem Lohnsammelkonto aufzeichnet.

**Einverständnis des Arbeitgebers:** Der ArbG will die LSt. aus eigener Entscheidung übernehmen (BFH v. 17.8.1973 – VI R 8/70, BStBl. II 1974, 8; v. 27.9.1996 – VI R 84/95, DB 1996, 2527; v. 7.12.1984 – VI R 72/82, BStBl. II 1985, 170). Die Ermessensentscheidung wird aber nicht durch das Einverständnis ersetzt.

**Nachforderung der Lohnsteuer beim Arbeitnehmer:** Die Nachforderung der LSt. beim ArbN ist nur schwer oder gar nicht möglich, zB weil der ArbN Ausländer ist und der lstopf. Vorgang mehrere Jahre zurückliegt (BFH v. 6.4.1977 – I R 252/74, BStBl. II 1977, 575; FG Münster v. 17.12.1980, EFG 1981, 468, rkr.) oder die Schuld beim ArbN nicht realisiert werden kann (BFH v. 22.9.1992 – VII R 73–74/91, BFH/NV 1993, 215; v. 26.6.1996 – II R 31/93, BFH/NV 1997, 2; Hess. FG v. 27.2.2006 – 4 J 4107/01, BeckRS 2006 26021400). Verfahrensrechtl. Hindernisse schließen eine Inanspruchnahme des ArbN aus (BFH v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756; FG Rhld.-Pf. v. 26.3.1987, EFG 1987, 428, rkr.), es muss aber der Grund des Verfahrenshindernisses in die Ermessensentscheidung einbezogen werden (s. Anm. 76). Name des ArbN ist unbekannt (FG Berlin v. 2.6.1967, EFG 1968, 64, rkr.; inzidenter auch BFH v. 8.11.1985 – VI R 237/80, BStBl. II 1986, 274; FG Münster v. 18.12.1996, EFG 1997, 647, rkr.).

**Nettolohnvereinbarung:** Es liegt eine echte Nettolohnvereinbarung vor (BFH v. 26.2.1982 – VI R 123/78, BStBl. II 1982, 403; v. 8.11.1985 – VI R 238/80, BStBl. II 1986, 186; Nds. FG v. 17.2.1971, EFG 1971, 408).

**Verschulden des Arbeitgebers:** Der ArbG hat LSt. bewusst oder leichtfertig nicht zutreffend einbehalten (BFH v. 14.4.1967 – VI R 23/66, BStBl. III 1967, 469; FG Düss. v. 28.6.1978, EFG 1979, 31, rkr.; FG Münster v. 18.12.1996, EFG 1997, 647, rkr.). Anders bei geringem oder fehlendem Verschulden des ArbG.

**Verwaltungsvereinfachung:** Es sind viele (idR mehr als 40), meist kleine LStBeträge nachzuentrichten, die aufgrund eines im Wesentlichen gleichen Tatbestands geschuldet werden (BFH v. 5.11.1971 – VI R 207/68, BStBl. II 1972, 137). Die Ermittlung der LSt. ist schwierig und der ArbG beabsichtigt von Anfang an nicht, Regress zu nehmen (BFH v. 6.3.1980 – VI R 65/77, BStBl. II 1980, 289; v. 20.5.1980 – VI R 169/77, BStBl. II 1980, 669; v. 7.12.1984 – VI R 72/82, BStBl. II 1985, 170). Nach OFFERHAUS (BB 1982, 793) ist auch hier die vorrangige Inanspruchnahme des ArbG in einer Vielzahl von Fällen nicht „zwangsläufig“ ermessensfehlerfrei. Es darf nicht wegen der Vereinfachung dazu kommen, dass der ArbG letzten Endes für Steuerbeträge einzustehen hat, die vom ArbN nicht – mehr – geschuldet werden (s. auch BFH v. 9.10.1992 – VI R 47/91, BStBl. II 1993, 169, und Anm. 82).

### C. Im Gesetz vorgegebene Maßstäbe für den Ermessensgebrauch (Abs. 3 Sätze 3 und 4)

#### I. Arbeitgeberhaftung trotz Einkommensteuerveranlagung des Arbeitnehmers (Abs. 3 Satz 3)

82

**Die Veranlagung des Arbeitnehmers zur Einkommensteuer** schließt gem. Abs. 3 Satz 3 nicht automatisch die vorrangige Inanspruchnahme des ArbG aus. Satz 3 ist nur historisch als Reaktion auf die Rspr. des BFH zu verstehen, nach der es grundsätzlich unbillig war, den ArbG in Anspruch zu nehmen, wenn der ArbN veranlagt wurde (so noch BFH v. 20.2.1959 – VI 314/56 U, BStBl. III 1959, 202; weitere Nachweise und Kritik bei GAIL, StbJb. 1980/81, 297, der die Neuregelung seit 1975 für bedenklich hält). Es bleibt beim Auswahlermessenden des FA.

**Auswahlermessenden des Finanzamts bei Einkommensteuerveranlagung des Arbeitnehmers:** Die Tatsache, dass der ArbN zur ESt. veranlagt wird, mit der Folge, dass der exakte Steuerbetrag festgesetzt werden kann, spricht eher gegen eine vorrangige Inanspruchnahme des ArbG (vgl. OFD Düss. v. 10.1.1980, StEK EStG § 42d Nr. 6).

**Auswahlermessenden des Finanzamts nach Veranlagung des Arbeitnehmers:** Ein Sonderproblem liegt vor, wenn ein bestandskräftiger EStBescheid gem. § 173 AO nicht mehr zuungunsten des ArbN geändert werden kann und die ESt. aufgrund eines Fehlers des FA zu niedrig festgesetzt worden ist. Der Zweck des § 42d verbietet es hier, den ArbG, der denselben Fehler wie das FA begangen hat, für die LSt. haften zu lassen. Die LSt. kann dann endgültig nicht nachgehoben werden (BFH v. 9.10.1992 – VI R 47/91, BStBl. II 1993, 169, unter Aufgabe von BFH v. 26.7.1974 – VI R 24/69, BStBl. II 1974, 756). Dasselbe gilt, wenn die Festsetzungsfrist für einen EStBescheid abgelaufen ist (§ 191 Abs. 5 AO). Anders, wenn die zutr. festgesetzte ESt. beim ArbN nicht vollstreckbar ist (BFH v. 9.10.1992 – VI R 47/91 aaO).

**Die Beweislast** für die Tatsache, dass der ArbN veranlagt wird, trägt nach hM der ArbG (BFH v. 29.11.1978 – I R 159/76, BStBl. II 1979, 182). Genügen muss uE Glaubhaftmachung, wie etwa der Hinweis, dass der ArbN wegen der Höhe seines Jahresarbeitslohns wahrscheinlich zur ESt. veranlagt wird.

## II. Zulässigkeit der Inanspruchnahme des Arbeitnehmers nur in zwei Fällen (Abs. 3 Satz 4)

### 83 1. Eingeschränkte Möglichkeit zur Inanspruchnahme des Arbeitnehmers nach Abs. 3 Satz 4

**Zwei Fallgruppen** hebt Abs. 3 Satz 4 hervor, in denen die Inanspruchnahme des ArbN in Betracht kommt. Einschränkungen des Auswahlermessens im Haftungsverfahren des ArbG ergeben sich im Umkehrschluss. Die Regelung gibt in bestimmten Fällen eine Richtschnur dafür ab, ob der ArbG vorrangig als Haftender oder der ArbN als Steuerschuldner in Anspruch zu nehmen ist (BFH v. 13.12.1978 – VII R 49/76, BFHE 127, 121). Entgegen der missverständlichen Gesetzesformulierung steht es nicht im Ermessen des FA, ob es die Steuer-schuld des ArbN festsetzt. Abs. 3 Satz 4 wirkt sich ggf. erst im Erhebungsverfahren aus.

### 84 2. Nicht vorschriftsmäßig vom Arbeitslohn einbehaltene Lohnsteuer (Satz 4 Nr. 1)

Nach Satz 4 Nr. 1 kann der ArbN vorrangig in Anspruch genommen werden, wenn der ArbG die LSt. nicht vorschriftsmäßig vom Arbeitslohn einbehalten hat. Dies entspricht dem Wortlaut nach dem Haftungstatbestand des Abs. 1 Nr. 1. Sachgerecht ist es aber, die Regelung auf alle Sachverhalte anzuwenden, bei denen durch korrekten LStAbzug das Vermögen des ArbN noch nicht in Höhe der von ihm geschuldeten ESt bzw. deren Vorauszahlung gekürzt worden ist (so schon BFH v. 24.1.1975 – VI R 121/72, BStBl. II 1975, 420; EISGRUBER/KIRCHHOF VI. § 42d Rn. 42; v. BORNHAUPT, BB 1975, 547). Abs. 3 Satz 4 Nr. 1 muss daher auch anwendbar sein, wenn zB ein Dritter an Stelle des ArbG den LStAbzug vornimmt. Im Ergebnis ist damit das Ermessen der FinVerw. immer dann nicht eingeschränkt, wenn der ArbG zuwenig oder überhaupt keine LSt. (vgl. FG Köln v. 30.8.1982, EFG 1983, 520, rkr.) einbehalten hat.

### 85 3. Keine vorschriftsmäßige Anmeldung einbehaltener Lohnsteuer (Satz 4 Nr. 2)

Das Auswahlermessen des FA ist eingeschränkt, falls die LSt. einbehalten, aber nicht vorschriftsmäßig nach § 41a angemeldet wurde. Im Umkehrschluss ist das Auswahlermessen des FA nicht eingeschränkt, wenn der ArbN positiv weiß (BFH v. 8.11.1985 – VI R 238/80, BStBl. II 1986, 186; v. 21.2.1992 – VI R 41/88, BStBl. II 1992, 443 bei einvernehmlicher Schwarzarbeit), dass der ArbG einbehaltene LSt. nicht vorschriftsmäßig angemeldet hat, es sei denn, der ArbN macht dem FA davon unverzüglich Mitteilung (§ 42d Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 Satz 2). Es kommt nur auf die Anmeldung an und nicht darauf, ob die LSt. auch korrekt abgeführt wurde. Die Mitteilung des ArbN an das FA wirkt nur in Fällen des Abs. 3 Satz 4 Nr. 2, nicht dagegen zB, wenn sich die Anzeige auf nicht vorschriftsmäßig einbehaltene LSt. bezieht (FG Köln v. 8.2.1984, EFG 1984, 506, rkr.). Der Gesetzestext lässt offen, an welches FA die Mitteilung zu richten ist. Ein Hauptanwendungsfall des Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 ist die echte Nettolohnvereinbarung (BFH v. 26.2.1982 – VI R 123/78, BStBl. II 1982, 403; v. 8.11.1985 – VI R 238/80, BStBl. II 1986, 186; v. 29.10.1993 – VI R 26/92, BStBl. II 1994, 197), allerdings kann die LSt. nur dann vorschriftsmäßig einbehalten werden, wenn der ArbG im Besitz der LStKarte ist (BFH v. 1.9.2005 – VI B 30/05, DStRE 2005, 1429).

86–89 Einstweilen frei.

## Erläuterungen zu Abs. 4: Inanspruchnahme des Arbeitgebers ohne Haftungsbescheid

**Schrifttum:** OFFERHAUS, Zur Haftung des Arbeitgebers im Lohnsteuerverfahren, BB 1982, 793; DRESECK, Verwaltungsakte im Lohn- und Einkommensteuerverfahren, DStJG 9 (1986), 377; GAST-DE HAAN, Lohnsteuerschuld und Arbeitgeberhaftung, DStJG 9 (1986), 141 (171); VON GROLL, Zur Rechtsverwirklichung im LStVerfahren, DStJG 9 (1986), 431; CLAUS, Anm. zu BFH v. 14.11.1986 – VI R 226/83, BB 1987, 1931; MÖSBAUER, Entbehrlichkeit von Haftungsbescheid und Leistungsgebot bei der haftungsmäßigen Inanspruchnahme des Arbeitgebers für Lohnsteuer, FR 1995, 893; HEUERMANN, Zur Wirkungsweise und Anfechtbarkeit einer Steueranmeldung, insbesondere einer Lohnsteueranmeldung, DStR 1998, 959.

### I. Formlose Inanspruchnahme des Arbeitgebers für die Lohnsteuer (Abs. 4 Satz 1)

#### 1. Grundsätze zur formlosen Inanspruchnahme des Arbeitgebers (Abs. 4 Satz 1 Halbs. 1)

90

**Ausnahmeregelung in Abs. 4:** Regelmäßig nimmt das BetriebsstättenFA den nach § 42d haftenden ArbG durch förmlichen Haftungsbescheid und Leistungsgebot in Anspruch. Abs. 4 regelt ausdrücklich nur, wann eine förmliche Inanspruchnahme entbehrlich ist. Abs. 4 dient der Verwaltungsökonomie und verpflichtet das FA nicht zu einer formlosen Inanspruchnahme (BFH v. 14.11.1986 – VI R 226/83, BFH/NV 1987, 287). Abs. 4 macht nicht die Ermessensentscheidung nach Abs. 3 entbehrlich (BFH v. 3.6.1982 – VI R 48/79, BStBl. II 1982, 710; FG Rhld.-Pf. v. 29.10.1979, EFG 1980, 189, rkr.), idR aber deren Begründung (§ 121 Abs. 2 AO). Eine Begründung kann aber in der Einspruchsentscheidung notwendig sein (FG Hamburg v. 17.12.1980, EFG 1981, 472). Abs. 4 ist sinngemäß auf die Haftung des Entleihers anzuwenden (Abs. 6 Satz 8).

**Anfechtung bei formloser Inanspruchnahme:** Die Mitwirkung des ArbG bei der vereinfachten Inanspruchnahme führt weder zu einem Verlust des Rechts, Einwendungen gegen den Haftungsanspruch geltend zu machen, noch zu einem Verlust von Rechtsbehelfsmöglichkeiten (BFH v. 3.6.1982 – VI R 48/79, BStBl. II 1982, 710; v. 14.11.1986 – VI R 214/83, BStBl. II 1987, 198; v. 14.11.1986 – VI R 226/83, BFH/NV 1987, 287).

Einstweilen frei.

91

#### 2. Anmeldung der Lohnsteuer (Abs. 4 Satz 1 Nr. 1)

92

**Rechtsnatur:** Die nachträgliche LStAnmeldung wirkt wie die laufende gem. § 168 AO wie eine StFestsetzung unter Vorbehalt. Im Gegensatz zum förmlichen Haftungsbescheid ist die LStAnmeldung StBescheid iSd. §§ 155 ff. AO (BFH v. 14.11.1986 – VI R 226/83, BFH/NV 1987, 287).

**Rechtsbehelfsmöglichkeit:** Die LStAnmeldung kann mit dem Einspruch angefochten werden (BFH v. 14.11.1986 – VI R 214/83, BStBl. II 1987, 198; v. 14.11.1986 – VI R 226/83, BFH/NV 1987, 287), und zwar auch vom ArbN (BFH v. 12.10.1995 – I R 39/95, BStBl. II 1996, 87; v. 20.12.1995 – I R 72/95, BFH/NV 1996, 605; –SCH, DStR 1996, 139; aA KSM/TRZASKALIK, § 41a Rn. A 21).

93 **3. Schriftliches Anerkenntnis der Zahlungsverpflichtung nach einer Lohnsteueraußenprüfung (Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)**

**Rechtsnatur des Anerkenntnisses:** Das nach einer LStAußenprüfung abgegebene Anerkenntnis der Zahlungsverpflichtung steht nach § 167 Abs. 1 Satz 3 AO einer StAnmeldung gleich.

**Schriftform** ist zwingend vorgeschrieben. Sie ist erfüllt, wenn der ArbG den Prüfungsbericht unterschreibt und damit die Haftungsforderung anerkennt (BFH v. 3.6.1982 – VI R 48/79, BStBl. II 1982, 710). Die Vollmacht, StBescheide entgegenzunehmen, ermächtigt nicht ohne weiteres zur Abgabe eines Anerkenntnisses im Anschluss an eine LStAußenprüfung (BFH v. 28.1.1976 – IV R 168/73, BStBl. II 1976, 344). Zahlt der ArbG trotz des Anerkenntnisses nicht, so muss ein Haftungsbescheid ergehen (BFH v. 14.11.1986 – VI R 214/83, BStBl. I 1987, 198).

94 **II. Entsprechende Geltung von Satz 1 für Nachforderung pauschaler Lohnsteuer (Abs. 4 Satz 2)**

**Bedeutung:** Systematisch gehört Abs. 4 Satz 2 zu § 40 Abs. 3. Danach ist unter denselben Voraussetzungen wie beim Haftungsbescheid ein förmlicher LStNachforderungsbescheid im Bereich der §§ 40 ff. entbehrlich. Mit der Haftung des ArbG für LSt. hat diese Regelung nichts zu tun. Die Regelung ermöglicht, LStAußenprüfungen insgesamt ohne Erlass eines schriftlichen Bescheids abzuschließen, falls der ArbG mit dem gesamten Mehrergebnis einverstanden ist. Auch hier ist aber zwischen der Nachforderung für pauschalierte LSt. und Haftungsforderung wegen des grundverschiedenen Charakters der Forderungen zu unterscheiden (glA KSM/TRZASKALIK, Rn. E 7).

### Anhang zu Abs. 4: Lohnsteuerhaftungsbescheid gegen Arbeitgeber

**Schrifttum:** RÖCKL, Die Anfechtung von Lohnsteuerhaftungsbescheiden durch den Arbeitnehmer, BB 1985, 265; DRENECK, Verwaltungsakte im Lohn- und Einkommensteuerverfahren, DStJG 9 (1986), 377; v. GROLL, Zur Rechtsverwirklichung im Lohnsteuerverfahren, DStJG 9 (1986), 431; HEIN, Zum Neuerlaß eines Haftungsbescheids nach „ersatzloser“ Aufhebung eines inhaltsgleichen vorangegangenen Bescheids, DStR 1987, 175; EBERHARD SCHMIDT, Nachträgliche Lohnsteuer-Haftungs- und Nachforderungsbescheide, StB 1989, 607; v. BORNHAUPT, Lohnsteuer-Außenprüfung und Lohnsteuer-Haftungsbescheid, Entwicklung der jüngsten Rechtsprechung, BB Beilage Nr. 1/1990; v. BORNHAUPT, Lohnsteuer-Nachforderungsbescheide als Änderungsbescheide gegenüber den in den Lohnsteuer-Anmeldungen liegenden Steuerfestsetzungen?, StVj. 1991, 345; GOSCH, Lohnsteuer-Außenprüfung und Änderungssperre für Lohnsteuerhaftungs- und Lohnsteuernachforderungsbescheide, Anmerkungen zum Urteil des BFH vom 31.8.1990 – VI R 78/86, FR 1991, 130; MILATZ, Erlass eines Haftungsbescheids nach Ablauf der Festsetzungsfrist?, StB 1991, 86; THOMAS, Verfahrensfragen zu Lohnsteuerhaftungs- und Lohnsteuerpauschalierungsbescheiden, DStR 1992, 837, 896; THOMAS, Änderungssperre gem. § 173 Abs. 2 AO nach Lohnsteuer-Außenprüfung, DStR 1992, 1468; BAUM, Änderung der Lohnsteuer-Anmeldung durch Lohnsteuer-Haftungs- und Lohnsteuer-Nachforderungsbescheide, Anmerkung zum BMF-Schreiben vom 8.11.1993, DB 1993, 2561; v. BORNHAUPT, Anm. BB 1993, 990; GOSCH, Lohnsteuer-Außenprüfung und Änderungssperre – Mitgliedschaftsbeitrag als Arbeitslohn, StBp. 1993, 45; MÖSBAUER, Anm. zu BFH v. 17.3.1994 – VI R 120/92, StRK-Anm. EStG 1975 § 42d R. 53; HEUERMANN, Der Lohn-

steueranspruch gegen den Arbeitnehmer und sein Verhältnis zur (festgesetzten) Einkommensteuer, DB 1996, 1052; RÖSSLER, Anm. zu BFH v. 3.12.1996 – I B 44/96, BStBl. II 1997, 306, DStZ 1997, 614; MIT, Anm. zu BFH v. 15.5.1998 – VI R 95/97, DStRE 1998, 688; GERSCH, Haftungsbescheid und Nachforderungsbescheid, AO-StB 2004, 176.

## A. Formelle Voraussetzungen des Haftungsbescheids (Zuständigkeit, Form)

95

**Der Lohnsteuer-Haftungsbescheid** ist kein StBescheid iSd. § 155 AO. Liegen die Voraussetzungen des Abs. 4 nicht vor, so wird der ArbG durch förmlichen Haftungsbescheid in Anspruch genommen (BFH v. 14.11.1986 – VI R 226/83, BStBl. II 1987, 198; s. Anm. 97 ff.). Zum Verhältnis zwischen einem Schätzungsbescheid gem. § 167 AO und einem Haftungsbescheid s. Anm. 13).

**Zuständig** für den Erlass des Haftungsbescheids ist das BetriebsstättenFA und dort die Veranlagungsstelle, nicht aber die Betriebsprüfungsstelle (erheblich für die Ausübung des Ermessens, s. Anm. 77).

**Schriftform** wird in § 191 Abs. 1 Satz 2 AO angeordnet. Die FÄ benutzen meist Formblätter. Diese Praxis führt dazu, dass die Begründung nicht immer den Anforderungen an den Bestimmtheitsgrundsatz entspricht (s. dazu Anm. 102, 103). Da sich die Ermessensausübung aus dem Haftungsbescheid ergeben muss, kann er nicht rein formularmäßig ergehen (BFH v. 18.7.1985 – VI R 41/81, BStBl. II 1986, 169). Ein Formular muss daher immer ergänzt werden. Der Haftungsbescheid ist anfechtbar, wenn Unterschrift oder Name fehlen (BFH v. 18.7.1985 – VI 41/81 aaO; MÖSBAUER, DStZ 1984, 371).

Einstweilen frei.

96

## B. Notwendiger Inhalt und Begründung des Haftungsbescheids

### I. Zur inhaltlichen Bestimmtheit des Haftungsbescheids

#### 1. Grundsatz

97

**Hinreichende Bestimmtheit** ist gem. § 119 Abs. 1 AO unabdingbare Voraussetzung für die Gültigkeit des Haftungsbescheids. Andernfalls ist er endgültig nichtig (FG Rhld.-Pf. v. 5.2.1980, EFG 1980, 360, rkr.; HUXOL, DStR 1981, 314; aA – nur Rechtswidrigkeit – BFH v. 2.12.1983 – VI R 47/80, BStBl. II 1984, 362). Der notwendige Inhalt muss Bestandteil des Haftungsbescheids selbst sein. Die Bezugnahme auf einen Prüfungsbericht ist nur ausnahmsweise zulässig, falls dieser dem ArbG vor Bekanntgabe des Haftungsbescheids oder gleichzeitig zugegangen ist (BFH v. 1.8.1985 – VI R 28/79, BStBl. II 1985, 664), vorausgesetzt, die Haftungsforderung ergibt sich auch so hinreichend genau (FG München v. 14.12.1984, EFG 1985, 379, rkr.). Keine Kompromisse gibt es hinsichtlich der Bezifferung der Haftungsforderung (FG Brandenb. v. 18.12.1996, EFG 1997, 585, rkr.).

#### 2. Kennzeichnung als Haftungsbescheid

98

Nach Bezeichnung (Überschrift) und Inhalt (Tenor, Verfügung) muss sich der gegen den ArbG gerichtete Bescheid als Haftungsbescheid gem. § 42d darstellen und zum Ausdruck bringen, dass der ArbG für die LSt. „haftet“ (BFH v. 28.1.1983 – VI R 35/78, BStBl. II 1983, 472; ebenso BFH v. 2.12.1983 – VI R 47/80,

BStBl. II 1984, 362; v. 7.12.1984 – VI R 72/82, BStBl. II 1985, 170; Hess. FG v. 21.3.1984, EFG 1984, 406, rkr.) Mehrere Haftungsbescheide dürfen zu einem Sammelbescheid verbunden werden (BFH v. 16.11.1984 – VI R 176/82, BStBl. II 1985, 266); s. dazu Anm. 100.

**Die Umdeutung eines Nachforderungsbescheids in einen Haftungsbescheid** ist wegen der rechtl. Unterschiede zwischen beiden Arten von VA nicht möglich, insbes. wegen der Ermessensentscheidung (BFH v. 7.12.1984 – VI R 72/82, BStBl. II 1985, 170; v. 1.8.1985 – VI R 28/79, BStBl. II 1985, 664; v. 16.5.1986 – VI R 67/81, BFH/NV 1987, 401). Der sog. „Haftungsbescheid“ ist wegen mangelnder inhaltlicher Bestimmtheit aufzuheben (BFH v. 15.3.1985 – VI R 30/81, BStBl. II 1985, 581; v. 20.12.1985 – VI R 146/80, BFH/NV 1986, 517).

**Zusammengefasster Haftungs- und Nachforderungsbescheid:** Unzulässig ist es, pauschale LSt. (richtige Form: StBescheid) und Haftungsbetrag (richtige Form: Haftungsbescheid) in einem einzigen Bescheid so festzusetzen, dass die Summe beider Beträge im Tenor des Bescheids zusammengerechnet und mit dem Hinweis angefordert wird, der ArbG hafte dafür (BFH v. 28.1.1983 – VI R 35/78, BStBl. II 1983, 472). Dagegen ist es unschädlich, wenn ein Nachforderungsbescheid und ein Haftungsbescheid äußerlich in einer Verfügung verbunden sind, sofern die pauschalierte StNachforderung und die Haftungsforderung *erkennbar getrennt* sind (BFH v. 16.11.1984 – VI R 176/82, BStBl. II 1985, 266; v. 1.8.1985 – VI R 28/79, BStBl. II 1985, 664; FG Ba.-Württ. v. 11.4.1983, EFG 1984, 86, rkr.; FG Rhld.-Pf. v. 28.10.1985, EFG 1986, 202, rkr.). Die Trennung kann sich auch aus einer Anlage ergeben, sofern sie dem Bescheid angefügt ist.

### 99 3. Bezifferung der Haftungsforderung

Sie gehört zum unverzichtbaren Inhalt des Haftungsbescheids (BFH v. 20.5.1980 – VI R 169/77, BStBl. II 1980, 669; v. 16.7.1992 – VII R 59/91, BFH/NV 1993, 146; v. 3.12.1996 – I B 44/96, BStBl. II 1997, 306). Die Haftungsforderung darf nicht nur berechenbar sein, sondern muss auf einen bestimmten Geldbetrag lauten. Ist der Haftungsbescheid geändert worden, reicht es nicht aus, dass der geänderte Bescheid die Änderungen nennt oder auf den ursprünglichen Bescheid Bezug nimmt (FG Brandenb. v. 18.12.1996, EFG 1997, 585, rkr.). Der Haftungsbescheid muss aus sich heraus verständlich sein. Ein Mangel in diesem Punkt macht den Haftungsbescheid nichtig, § 125 Abs. 1 AO (BFH v. 3.12.1996 – I B 44/96 aaO). Dass der Haftungsschuldner den Betrag kennt oder berechnen kann, ist in diesem Zusammenhang unbeachtlich.

### 100 4. Aufgliederung der Haftungsforderung

**Mehrere Steuerarten:** Betrifft die Haftungsforderung mehrere Steuerarten, zB. LSt. und ev./rk LohnKiSt., so ist eine entsprechende Aufteilung notwendig (BFH v. 20.5.1980 – VI R 169/77, BStBl. II 1980, 669; v. 8.11.1985 – VI R 237/80, BStBl. II 1986, 274; FG Brandenb. v. 26.6.1996, EFG 1997, 78, rkr.).

**Aufteilung nach Sachverhalten** ist wegen der Akzessorietät der Haftungsforderung grundsätzlich notwendig. Dazu gehört auch die Zuordnung der einzelnen Haftungsforderung zu einzelnen Erstschulden (BFH v. 3.12.1996 – I B 44/96, BStBl. II 1997, 306; v. 22.5.1997 – I B 114/96, BFH/NV 1997, 826). Ausnahmen gelten bei Unmöglichkeit (zB Namen der ArbN sind nicht bekannt) und in den Fällen, in denen die Haftungsforderung mit Durchschnittssteuersätzen berechnet werden darf (s. Anm. 28). Eine weitere Aufteilung der Haftungs-

forderungen nach Zeiträumen ist nach neuerer Rspr. nicht dem Komplex der inhaltlichen Bestimmtheit, sondern der Begründung des Haftungsbescheids zuzurechnen (vgl. SCHMIDT/DRENSECK, § 42d Rn. 47 mwN).

In jedem Fall ist aber anzugeben, auf wie viele ArbN sich die Haftungsforderung bezieht; andernfalls ist nicht nachprüfbar, ob eine Ausnahme von den Anforderungen, die an den Inhalt des Haftungsbescheids zu stellen sind, gerechtfertigt ist, und der Haftungsbescheid ist schon aus diesem Grunde aufzuheben (BFH v. 20.5.1980 – VI R 169/77 aaO).

**Sammelbescheide** sind im Haftungsverfahren der Regelfall. Sie fassen nur äußerlich mehrere Bescheide, die sich entsprechend den aufgegriffenen Sachverhalten auf verschiedene Haftungsansprüche beziehen, in einem Bescheid zusammen (BFH v. 4.7.1986 – VI R 182/80, BStBl. II 1986, 921).

### 5. Erkennbarkeit der Ermessensausübung

101

Der Inhalt des Haftungsbescheids, spätestens der Inhalt der Einspruchsentscheidung, muss erkennen lassen, dass die Inanspruchnahme des ArbG nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens iSd. Abs. 3 stattfindet (FG Rhld.-Pf. v. 13.12.1982, EFG 1983, 505, rkr.; FG Münster v. 24.2.1995, EFG 1995, 782, rkr.; FG Rhld.-Pf. v. 29.1.1998, EFG 1998, 914, rkr.). Zur Begründung gehört dagegen, warum die Ermessensentscheidung im Einzelfall so, wie geschehen, ausgefallen ist (s. dazu Anm. 103).

## II. Begründung des Haftungsbescheids

### 1. Notwendigkeit der Begründung

102

**Der förmliche Haftungsbescheid** bedarf gem. §§ 119, 121 Abs. 1 AO der schriftlichen Begründung. Die Angaben im Haftungsbescheid müssen so detailliert sein, dass der Bescheid aus sich selbst heraus auf seine Rechtmäßigkeit hin überprüft werden kann. Eine fehlende oder unzureichende Begründung macht den Haftungsbescheid rechtswidrig.

BFH v. 5.3.1981 – II R 80/77, BStBl. II 1981, 471; v. 30.4.1987 – VII R 48/84, BStBl. II 1988, 170; v. 29.9.1987 – VII R 54/84, BStBl. II 1988, 176.

Die Begründung muss im Haftungsbescheid, spätestens aber in der Entscheidung über den Einspruch gegen den Haftungsbescheid enthalten sein.

BFH v. 23.10.1990 – VII S 22/90, BFH/NV 1991, 500; FG Düss v. 14.3.2001 – 17 K 2973/97 H (L), BeckRS 2001 21012503; BFH v. 7.12.1984 – VI R 164/79, BStBl. II 1985, 164; v. 20.9.1985 – VI R 45/82, BFH/NV 1986, 240; v. 8.11.1988 – VII R 141/85, BStBl. II 1989, 219; v. 29.5.1990 – VII R 85/89, BStBl. II 1990, 1008; v. 30.6.1995 – VII R 87/94; BFH/NV 1996, 3.

Gem. § 102 Satz 3 FGO kann das FA im Finanzgerichtsverfahren seine Ermessenserwägungen noch bis zum Abschluss der Tatsacheninstanz ergänzen, also noch vertiefen oder verdeutlichen, aber nicht erstmalig begründen (BFH v. 11.3.2004 – VII R 52/02, BStBl. II 2004, 579; FG Hamb. v. 30.10.2003, BeckRS 2003 26015713; FG Saarl. v. 4.3.2004, EFG 2004, 1192, zurück an FG durch BFH v. 20.7.2006 – VI R 20/04, nv.; GRÄBER/v. GROLL, FGO, 6. Aufl. 2006, § 102 Rn. 20 mwN).

**Ausnahmen vom Begründungszwang** im Haftungsbescheid selbst sind nur zulässig, wenn darunter die Überprüfbarkeit des VA nicht leidet. Zulässig ist nach § 121 Abs. 2 AO die Bezugnahme auf einzelne Punkte eines dem ArbG bekannten Prüfungsberichts, falls sich daraus die notwendige Begründung ergibt

(BFH v. 23.10.1985 – I R 248/81, BStBl. II 1986, 178; v. 14.6.1985 – VI R 167/81, BFH/NV 1986, 303). Nicht ausreichend ist eine Bezugnahme auf die Steuerakten (zB Bericht einer LStAußenprüfung, so v. BORNHAUPT, BB 1981, 2130; GAST-DE HAAN, DStJG 9 [1986], 173f.) oder auf für einen bei den Akten befindlichen Prüfervermerk, da dieser nicht einmal Bestandteil des Prüfungsberichts wird (Nds. FG v. 19.8.1981, EFG 1982, 170, rkr.). Die Begründung zum Auswahlermessens ist nach BFH v. 25.7.1986 – VI R 203/83 (BStBl. II 1986, 868) entbehrlich, wenn der ArbG die LSt., für die er haftet, endgültig übernehmen will.

## 103 2. Einzelerfordernisse der Begründung

**Die Angabe der Rechtsgrundlage** gehört zur Begründung des Haftungsbescheids. Nur in Ausnahmefällen wird es genügen, die gesamte Begründung auf die bloße Nennung der Rechtsgrundlage zu beschränken (FG Rhld.-Pf. v. 13.12.1982, EFG 1983, 505, rkr.).

**Subsumtion des Sachverhalts unter die Rechtsgrundlage:** Worin der haftungsauslösende Tatbestand liegt, ist im Haftungsbescheid in tatsächlicher und rechtl. Hinsicht darzulegen. Liegt ein Haftungsausschlussgrund nahe, so muss die Begründung erkennen lassen, warum das FA den ArbG trotzdem in Anspruch nimmt (so zutreffend v. BORNHAUPT, BB 1981, 2130). Eine bloße Bezugnahme auf den Bericht über eine LStAußenprüfung oder auf Erläuterungen bei der Schlussbesprechung reicht grundsätzlich nicht aus (BFH v. 20.5.1980 – VI R 169/77, BStBl. II 1980, 669), insbes., wenn der LStAußenprüfungsbericht keine konkreten Angaben, sondern nur lapidare Behauptungen oder Feststellungen enthält (FG Rhld.-Pf. v. 13.12.1982 aaO).

**Darstellung der Ermessenserwägungen:** Die schriftliche Begründung muss zeigen, dass das FA seinen Ermessenspielraum erkannt und wie es sein Ermessen pflichtgemäß ausgeübt hat.

BFH v. 5.3.1981 – II R 80/77, BStBl. II 1981, 471; v. 18.9.1981 – VI R 44/77, BStBl. II 1981, 801; v. 7.12.1984 – VI R 164/79, BStBl. II 1985, 164; v. 8.11.1988 – VII R 141/85, BStBl. II 1989, 170; FG Berlin v. 5.3.1997, EFG 1997, 892, rkr.; FG Münster v. 26.2.1997, EFG 1997, 783, rkr.; FG Brandenb. v. 26.6.1997, EFG 1997, 78, rkr.

Das bedeutet zB, dass die vom FA angestellten Ermessenserwägungen, die für und gegen eine Inanspruchnahme des ArbG sprechen, aus dem Haftungsbescheid hervorgehen müssen (BFH v. 3.2.1981 – VII R 86/78, BStBl. II 1981, 493; v. 29.9.1987 – VII R 54/84, BStBl. II 1988, 176; v. 8.11.1988 – VII R 141/85, BStBl. II 1989, 219; v. 29.5.1990 – VII R 85/89, BStBl. II 1990, 1008), spätestens aber aus der Einspruchsentscheidung (FG Bremen v. 8.9.1983, EFG 1984, 163, rkr.; FG Ba.-Württ. v. 25.9.1984, EFG 1985, 258, rkr.) mit Ergänzungsmöglichkeit gem. § 102 Satz 3 FGO. „Floskelhafte“ Begründungen reichen nicht aus (FG Ba.-Württ. v. 22.4.1982, EFG 1982, 587, rkr.; v. 28.11.1984, EFG 1985, 261, rkr.). Dazu gehören formularmäßig vorgedruckte „Begründungen“ (FG Köln v. 28.11.1984, EFG 1985, 261, rkr.), und zwar auch dann, wenn sie durch Ankreuzen eines Kästchens „variiert“ werden können (FG Brandenb. v. 26.6.1996, EFG 1997, 78, rkr.).

**Bei mehreren Gesamtschuldern** muss hinsichtlich des Auswahlermessens „hinreichend nachvollziehbar“ sein, warum der eine Gesamtschuldner haften soll, der andere aber nicht (BFH v. 30.6.1995 – VII R 87/94, BFH/NV 1996, 3, betr. Auswahl zwischen zwei GmbH-Geschäftsführern; v. 9.8.2002 – VI R 41/96, BStBl. II 2003, 160).

**Ausnahmen vom Zwang zur Begründung der Ermessensentscheidung** können nur ganz ausnahmsweise möglich sein. Denkbar ist dabei die Anwendung des § 121 Abs. 2 Nr. 2 AO (BFH v. 20.7.1988 – I R 61/85, BStBl. II 1989, 99), für die aber nicht ausreicht, dass der ArbG im Anschluss an eine LStAußenprüfung den Erlass eines Haftungsbescheids formularmäßig „erbittet“ (FG Ba.-Württ. v. 25.9.1984, EFG 1985, 258, rkr.). Die Rspr. verlangt hier, dass die Ermessensentscheidung durch die Rechtsentscheidung gewissermaßen vorgeprägt ist; die Ermessenserwägungen müssen sich „mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit“ aus der rechtl. Begründung, in der die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen des Abs. 1 dargelegt werden, ablesen lassen (BFH v. 3.2.1981 – VII R 86/78, BStBl. II 1981, 493; v. 30.4.1987 – VII R 48/84, BStBl. II 1988, 170). Es muss insbes. immer nachprüfbar sein, ob das FA überhaupt seinen Ermessensspielraum erkannt und eine Ermessensentscheidung getroffen hat (vgl. BFH v. 5.3.1981 – II R 80/77, BStBl. II 1981, 471).

Einstweilen frei.

104–105

## C. Anfechtung, Aufhebung und Änderung des Haftungsbescheids

### I. Anfechtung des Haftungsbescheids

#### 1. Anfechtung durch den Arbeitgeber

106

Der ArbG kann den Haftungsbescheid gem. § 348 Abs. 1 Nr. 4 AO mit dem Einspruch anfechten. Soweit sich der ArbG gegen die Ermessensentscheidung nach § 42d Abs. 3 wendet, ist diese im Klageverfahren nur darauf überprüfbar, ob das FA sein Ermessen pflichtgemäß in einer dem Zweck des § 42d entsprechenden Weise ausgeübt hat (BFH v. 5.3.1993 – VI R 79/91, BStBl. II 1993, 692), falls nicht ein Fall der Ermessenseinschränkung auf Null vorliegt.

#### 2. Anfechtung durch den Arbeitnehmer

107

**Anfechtungsrecht des Arbeitnehmers:** Da die Haftungsschuld des ArbG eine Steuerschuld des ArbN voraussetzt (s. Anm. 20), ist der ArbN als betroffener Dritter grundsätzlich befugt, den gegen den ArbG gerichteten Haftungsbescheid (als VA mit Drittwirkung) selbst mit dem Einspruch anzufechten.

BFH v. 18.12.1963 – VI 81/63 U, BStBl. III 1964, 142; v. 29.6.1973 – VI R 311/69, BStBl. II 1973, 780; v. 7.2.1980 – VI B 97/79, BStBl. II 1980, 210; FG München v. 26.2.1997, EFG 1997, 783, rkr.; OFFERHAUS, BB 1982, 794; aA SCHMIDT/DRENECK XXV. § 42d Rn. 58.

Dies gilt auch, wenn der ArbG keinen Rechtsbehelf einlegt. Über die Anfechtung von *LStAnmeldungen* und *Anerkennnissen* iSd. Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 u. 2 s. Anm. 90.

Die Rechtsbehelfsfrist richtet sich nach Auffassung des BFH (Urt. v. 29.6.1973 – VI R 311/69, BStBl. II 1973, 780) ganz normal nach § 355 AO mit der Möglichkeit, ggf. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu beantragen. Nach einer hiervon abweichenden Auffassung, der uE zuzustimmen ist, wird die Rechtsbehelfsfrist mangels Bekanntgabe an den ArbN diesem gegenüber überhaupt nicht in Gang gesetzt, so dass der ArbN den Haftungsbescheid bis zum Eintritt der Verjährung anfechten kann (FG Münster v. 26.2.1997, EFG 1997, 783, rkr.; FICHELTMANN, FR 1974, 293; RÖCKL, BB 1985, 265 [267]).

**Hinzuziehung des Arbeitgebers zum Verfahren:** Nach § 360 Abs. 3 AO ist der ArbG zum Rechtsbehelfsverfahren des ArbN notwendig hinzuzuziehen (BFH v. 29.6.1973 – VI R 311/69 aaO), im Finanzrechtsstreit ist der ArbG notwendig beizuladen.

## II. Aufhebung und Änderung des Haftungsbescheids

### 108 1. Anwendung der §§ 129, 130, 131 AO

Da der Haftungsbescheid kein StBescheid ist (s. Anm. 90), richten sich Berichtigung, Änderung und Aufhebung des Haftungsbescheids nach §§ 129, 130, 131 AO.

BFH v. 22.1.1985 – VII R 112/81, BStBl. II 1985, 562; v. 6.5.1994 – VI R 47/93, BStBl. II 1994, 715; FG Köln v. 6.11.1985, EFG 1986, 213; FG Berlin v. 22.1.1986, EFG 1986, 474, rkr.

#### Rücknahme eines rechtswidrigen Haftungsbescheids (§ 130 AO):

► § 130 Abs. 1 AO: Wird die Haftungssumme durch Änderungsbescheid herabgesetzt, liegt eine Teilrücknahme nach § 130 Abs. 1 AO vor (BFH v. 20.10.1987 – VII B 82/87, BFH/NV 1988, 387). Sie berührt den Bestand des ursprünglichen Haftungsbescheids, soweit er von der Änderung *nicht* betroffen ist, nicht, § 124 Abs. 2 AO (FG Ba.-Württ. v. 26.8.1987, EFG 1988, 57, rkr.).

► § 130 Abs. 2 AO *ist anzuwenden*, wenn der ursprüngliche Haftungsbescheid im Hinblick auf denselben Sachverhalt gegenüber dem ArbG geändert wird (BFH v. 22.1.1985 – VII R 112/81, BStBl. II 1985, 562; glA HEIN, DStR 1987, 177 mwN). Das gilt auch bei einer Änderung aus verfahrensrechtl. Gründen, es sei denn, der ursprüngliche Haftungsbescheid war nichtig (RÖSSLER, DStR 1986, 207). Der VA, der einen Haftungsbescheid aufhebt, ist ein begünstigender VA iSd. § 130 Abs. 2 AO (BFH v. 22.1.1985 – VII R 112/81 aaO; FG Köln v. 6.11.1985, EFG 1986, 213; FG Ba.-Württ. v. 24.4.1986, EFG 1986, 532, rkr.). Im Schrifttum findet sich die Auffassung, wenn ein zweiter Bescheid die Haftungssumme heraufsetze, sei § 130 Abs. 2 AO anzuwenden, weil der erste Haftungsbescheid den ArbG insofern begünstige, als er keine höhere Haftungsschuld festgesetzt habe (FG Münster v. 30.4.1986, EFG 1987, 535, rkr.; vgl. auch HEIN, DStR 1987, 176 f. mwN; RÖSSLER, DStR 1986, 716). – Der Umfang der begünstigenden Wirkung ist ggf. der Begründung der Aufhebungsverfügung zu entnehmen (FG Ba.-Württ. v. 24.4.1986 aaO).

► § 130 Abs. 2 AO *ist nicht anzuwenden*, wenn der ursprüngliche Haftungsbescheid nur unter Beseitigung verfahrensrechtl. Mängel aufgehoben und neu erlassen wird, sofern beide Vorgänge in einer Verfügung miteinander verbunden werden; durch die Aufhebung bildet sich dann nämlich kein schutzwürdiger Vertrauenstatbestand beim ArbG (BFH v. 22.1.1985 – VII R 112/81 aaO; glA HEIN, DStR 1987, 177).

### 109 2. Änderungssperre nach Lohnsteuer-Außenprüfung

**Nach einer Lohnsteuer-Außenprüfung** greift die Änderungssperre des § 173 Abs. 2 AO in entsprechender Anwendung ein, wenn im Anschluss an eine LStAußenprüfung hinsichtlich der LStAnmeldungen des Prüfungszeitraums der Vorbehalt der Nachprüfung aufgehoben wird (BFH v. 31.8.1990 – VI R 78/86, BStBl. II 1991, 537, betr. Mitteilung nach § 202 Abs. 1 Satz 3 AO; iE zustimmend GOSCH, FR 1991, 130 [131]; BFH v. 15.5.1992 – VI R 106/98, BStBl. II 1993, 840; v. 15.5.1992 – VI R 183/88, BStBl. II 1993, 829, in Abkehr von BFH

v. 21.6.1989 – VI R 31/86, BStBl. II 1989, 909; v. 17.2.1995 – VI R 52/94, BStBl. II 1995, 555; GILROY, FR 1977, 294). Zur Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung und zur Mitteilung nach § 202 AO s. THOMAS, DStR 1992, 1468.

**Zweiter Haftungsbescheid:** Entscheidend ist, ob ein neuer Sachverhalt aufgedeckt wird, der zu weiteren Steuer- und Haftungsschulden führt, oder ob derselbe Sachverhalt nochmals in einem zweiten Haftungsbescheid verwertet wird. Im ersten Fall kann ein neuer Haftungsbescheid ergehen, im zweiten darf der ergangene Haftungsbescheid nur unter den Voraussetzungen des § 130 AO geändert werden (BFH v. 25.5.2004 – VII R 29/02, BStBl. II 2005, 3; v. 7.4.2005 – I B 140/04, DStRE 2005, 914; FG Münster v. 26.11.2004, EFG 2005, 1009, rkr., für USt).

### 3. Neuer Bescheid nach Aufhebung eines Haftungsbescheids

110

**Nach Aufhebung eines Haftungsbescheids** kann erneut ein Haftungsbescheid nach weiterer Sachaufklärung ergehen, und zwar auch dann, wenn die Aufhebung durch ein *rechtskräftiges Urteil* nach § 100 Abs. 2 Satz 2 FGO erfolgt (FG Rhld.-Pf. v. 27.1.1986, EFG 1986, 299, rkr.; FG Münster v. 24.2.1995, EFG 1995, 785, rkr.). Für den Fall einer Einschränkung des Entschließungsermessens auf Null hat der BFH einen Haftungsbescheid aufgehoben „mit der Maßgabe, dass das FA nicht befugt ist, wegen dieses Sachverhalts erneut einen Haftungsbescheid zu erlassen“ (BFH v. 15.5.1998 – VI R 95/97, DStRE 1998, 686, mit Anm. MIT, DStRE 1998, 688). Beim Neuerlass sind die Festsetzungsfristen nach § 191 Abs. 3, § 171 Abs. 3 und 3a AO zu beachten (vgl. BFH v. 23.3.1993 – VII R 38/92, BStBl. II 1993, 581; v. 6.5.1994 – VI R 47/93, BStBl. II 1994, 715; v. 5.10.2004 – VII R 18/03, DStRE 2005, 600). Hebt ein FG einen rechtswidrigen Haftungsbescheid auf, so läuft die Festsetzungsfrist gem. § 171 Abs. 3a Satz 3 AO nicht ab, bevor der neue Haftungsbescheid, in dem der Rechtsmangel behoben ist, unanfechtbar geworden ist.

Anders ist die Rechtslage, wenn das FA den Haftungsbescheid von sich aus, mag es auch während eines Prozesses sein, ersatzlos aufhebt (BFH v. 24.1.1995 – VII B 142/94, GmbHR 1995, 316; v. 10.5.2002 – VII B 244/01, DStRE 2002, 1278; FG Münster v. 22.5.2003, EFG 2003, 1442, nrkr., Rev. Az. BFH I R 77/03). Erweckt das FA bei der Aufhebung des ursprünglichen Haftungsbescheids den Anschein, es wolle die Haftungsforderung nicht mehr geltend machen (zB durch „vorbehaltlose“ Aufhebung), so darf es einen neuen, geänderten Haftungsbescheid gegen den ArbG nach den Grundsätzen von *Treu und Glauben* nicht mehr erlassen (BFH v. 25.7.1986 – VI R 216/83, BStBl. II 1986, 779; FG Berlin v. 22.1.1986, EFG 1986, 474, rkr.).

## Erläuterungen zu Abs. 5: Kleinbetragsregelung

111

**Schrifttum:** GAST-DE HAAN, Lohnsteuerschuld und Arbeitgeberhaftung, DStJG 9 (1986), 149 (173). APP, Abrundungsvorteile durch Aufgliederung von Haftungsbescheiden, DStZ 1988, 119.

**Bedeutung:** Abs. 5 enthält eine Kleinbetragsregelung, nach der aus verwaltungsökonomischen Gründen von der Geltendmachung von Steuernachforderungen und Haftungsforderungen abzusehen ist, sofern der Betrag von 10 € nicht überschritten wird. Die hM bezieht die Kleinbetragsgrenze auf den Tenor

des gesamten Haftungsbescheids, während sich im Schrifttum auch die Auffassung findet, die Grenze müsse jeden einzelnen Bescheid eines Haftungssammelbescheids betreffen (GAST-DE HAAN, DStJG 9 [1986], 163). Dieser Mindermeinung entspricht aber R 146a Satz 4 LStR, nach dem eine Inanspruchnahme des ArbG gem. § 42d bei einer Lohnzahlung durch Dritte zu unterbleiben hat, falls eine Nachforderung vom ArbN wegen der Kleinbetragsgrenze nicht möglich ist. Es ist nicht einzusehen, wieso Abs. 5 anders ausgelegt werden soll, sobald es sich um eine Lohnzahlung von dritter Seite handelt.

112–114 Einstweilen frei.

### Erläuterungen zu Abs. 6: Die Haftung des Entleihers für Lohnsteuer

**Schrifttum:** GOYDKE, Lohnsteuerhaftung des Entleihers bei ArbNÜberlassung nach dem StBereinG 1986, DStZ 1986, 68; REINHART, Haftung bei ArbNÜberlassung für LSt. der Leiharbeitnehmer, Neuregelung durch das StBereinG 1986, BB 1986, 500; WÜRSTER, Die Lohnsteuerhaftung bei ArbNÜberlassungen, StBp. 1986, 97; THOMAS, Leiharbeitsverhältnis und ähnliche Rechtsverhältnisse im Steuerrecht, DStR 1991, 768; HERFF, Steuerprobleme durch Zahlungen an „Scheinfirmen“ und die Haftung des Entleihers von ArbN für deren LSt., KÖSDI 1996, 10713; MÖSBAUER, Zur Haftung des Entleihers von ArbN für deren LSt., FR 1996, 281; HEUSSNER, Bekämpfung illegaler Beschäftigung – Ertragstl. Probleme bei der Zwischenschaltung ausländ. Domizilgesellschaften, RIW/AWD 1997, 678; KUNDE, Lohnsteuerhaftung bei grenzüberschreitender ArbNÜberlassung, SteuerStud. 2000, 276.

**Verwaltungsanweisungen:** Abschn. 146 LStR.

#### 115 I. Voraussetzungen und Umfang der Entleiherhaftung (Abs. 6 Satz 1)

**Grundsatz:** Die Haftung des Entleihers nach Abs. 6 Satz 1 setzt voraus, dass der Verleiher ArbG gem. § 38 Abs. 1 ist. Das gilt auch für ausländ. Verleiher. Überlässt ein ArbG (Verleiher) *gewerbsmäßig* Arbeitskräfte an einen Entleiher, den Dritten, so haftet der Entleiher neben dem ArbG für LSt. Ausgenommen sind die Fälle, in denen eine ArbNÜberlassung nach § 1 Abs. 3 AÜG vorliegt (erlaubnisfreie ArbNÜberlassung, zB im Konzern). Der Hinweis, dies gelte auch, wenn der in § 1 Abs. 2 AÜG vorgesehenen Zeitraum überschritten ist, ist seit VZ 2007 gestrichen. Zwischen der Haftung des ArbG/Verleihers und der des Entleihers besteht Akzessorietät. Keine ArbNÜberlassung liegt (mehr) vor, wenn der Entleiher den Lohn in eigenem Namen und für eigene Rechnung ausahlt, da er dann aus der Sicht der ArbN zum ArbG geworden ist (§ 38 Abs. 1 Satz 2; BFH v. 24.3.1999 – I R 64/98, FR 2000, 211).

**Arbeitnehmerüberlassung:** Auf die Bezeichnung des Rechtsgeschäfts zwischen Verleiher und Entleiher kommt es nicht entscheidend an, sondern auf das Gesamtbild der rechtl. und tatsächlichen Umstände des Einzelfall (vgl. BFH v. 20.4.1988 – X R 40/81, BStBl. II 1988, 804; v. 18.1.1991 – VI R 122/87, BStBl. II 1991, 409; Hess. FG v. 14.11.1997, EFG 1998, 484, rkr.): Die Darlegungs- und Beweislast für die Voraussetzungen einer ArbNÜberlassung trägt die FinVerw. Bei Irrtum des Entleihers über haftungsbegründende Voraussetzungen ist Abs. 6 Satz 3 zu beachten. Zur Abgrenzung zum Werkvertragsrecht vgl. BFH v. 18.1.1991 – VI R 122/87, BStBl. II 1991, 409; R 146 Abs. 3 LStR.

**Nur die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung** führt zur Haftung des Entleihers gem. Abs. 6. Nach hM handelt ein Verleiher gewerbsmäßig, der selbständig ArbNÜberlassung nicht nur gelegentlich, sondern auf Dauer betreiben und damit wirtschaftliche Vorteile erzielen will (vgl. BTDrucks. 10/4119, 7). Nicht gewerbsmäßig sind zB die gelegentliche Überlassung von Arbeitskräften, etwa zur Überbrückung eines Personalmangels (FG Sachsen v. 6.3.2003, BeckRS 2003 26020656); Stellung von Fachpersonal zur Bedienung und Einweisung beim Kauf komplizierter Maschinen, da es sich bei der Gestellung um eine Nebenleistung handelt; Inanspruchnahme einer Personalführungsgesellschaft durch die ihr angeschlossenen Mitglieder. Die Abgrenzung zwischen gewerbsmäßiger und nicht gewerbsmäßiger ArbNÜberlassung kann im Einzelfall schwierig sein. Die Darlegungs- und Beweislast dafür trägt, da es sich um ein haftungsbegründendes Tatbestandsmerkmal handelt, die Fin. Verw. (vgl. BFH v. 5.11.1970 – V R 71/67, BStBl. II 1971, 220).

Einstweilen frei.

116

## II. Haftungsausschlüsse nach Abs. 6 Sätze 2 und 3

### 1. Haftungsausschluss bei legaler Arbeitnehmerüberlassung (Abs. 6 Satz 2)

117

Abs. 6 Satz 2 enthält einen absoluten Haftungsausschlussgrund zugunsten des Entleihers. Die Haftung entfällt danach, wenn

- eine erlaubte ArbNÜberlassung iSv. § 1 AÜG vorliegt und
- der Entleiher die ihm nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. d auferlegten Mitwirkungspflichten nachweislich erfüllt hat.

Die Mitwirkungspflichten, die durch § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. d vorgezeichnet sind, bestehen nicht bei einer ArbNÜberlassung durch einen inländ. Verleiher.

### 2. Haftungsausschluss bei schuldlosem Irrtum über das Vorliegen einer Arbeitnehmerüberlassung (Abs. 6 Satz 3)

118

Nach Abs. 6 Satz 3 haftet der Entleiher nicht, falls er ohne Verschulden über das Vorliegen einer ArbNÜberlassung irrte. Dieser Haftungsausschluss erfasst auch und insbes. den Bereich, in dem die ArbNÜberlassung unerlaubt ist. Die amtl. Begründung nennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Fall, dass im Baugewerbe, in dem eine ArbNÜberlassung gem. § 12a AFG generell unerlaubt ist, zB Werkverträge abgeschlossen werden, die in Wirklichkeit eine unerlaubte ArbNÜberlassung darstellen (BRDrucks. 391/85, 13; BTDrucks. 10/4119, 8).. Für die Anwendung des Abs. 6 Satz 3 ist es unerheblich, ob eine Erlaubnis nach § 1 AÜG vorgelegen hat (so ausdrücklich die amtl. Begründung in BRDrucks. 391/85 aaO gegen das vor Inkrafttreten des Abs. 6 ergangene Urteil des FG Münster v. 17.12.1980, EFG 1981, 468, rkr.).

**Schuldlos** muss der Rechtsirrtum des Entleihers sein. Das bedeutet, dass schon leichte Fahrlässigkeit bei der Beurteilung der rechtl. Verhältnisse den Haftungsbefreiungstatbestand nicht erfüllt. Es besteht damit keine Übereinstimmung mit dem „entschuldbaren Rechtsirrtum“ des ArbG (s. Anm. 60). Auf der anderen Seite zeigen Gesetz und Gesetzesbegründung selbst, dass die Anforderungen an die Schuldlosigkeit nicht überspannt werden dürfen (so auch HERFF, KÖSDI 1996, 10713 [10720]; MÖSBAUER, FR 1996, 281); denn danach soll der Haftungsausschluss ua. auch im Baugewerbe zum Zuge kommen, wo ArbNÜberlassun-

gen gesetzlich ausgeschlossen sind. Gerade hier dürften „leise“ Zweifel bei einschlägigen Gestaltungen besonders häufig sein, die dann wohl den Haftungsausschluss nicht hindern sollen (aA SCHMIDT/DRENSECK XXV. § 42d Rn. 71). Raum für einen schuldlosen Irrtum ist auch, wenn die Erlaubnis zur ArbN-Überlassung widerrufen wurde und der Entleiher davon nichts weiß. Ausgeschlossen ist die Haftung, wenn der Abzugsbetrag gem. § 48 Abs. 1 einbehalten wurde oder wegen einer Freistellungsbescheinigung nicht einbehalten wurde (§§ 48 Abs. 4, 48b Abs. 5).

### III. Inhalt und Umfang der Entleiherhaftung (Abs. 6 Sätze 4–6)

#### 119 1. Umfang der Haftung des Entleihers (Abs. 6 Satz 4)

**Obergrenze der Haftung:** Das Gesetz beschränkt den gegen den Entleiher gerichteten Haftungsanspruch entsprechend der zeitlichen Überlassung. Obergrenze des Haftungsanspruchs ist danach der nach § 39b festgestellte LStAnspruch für den Arbeitslohn, den der LeihArbN während der Zeit seiner Tätigkeit für den Entleiher bezogen hat.

Allerdings lässt sich die LSt. für die Zeit, für die der ArbN dem Entleiher überlassen worden ist, nur für das laufende Kj. entsprechend dem Lohnzahlungszeitraum feststellen. Für abgelaufene Kj. besteht Jahressteuerpflicht, in der die Steuer für einzelne Zeitabschnitte aufgeht.

Die gesetzliche Regelung berücksichtigt nicht, dass der so nach einzelnen Lohnzahlungszeiträumen festgestellte LStAnspruch für abgelaufene Kj. nicht identisch ist mit dem StAnspruch, der im Verhältnis zum LeihArbN besteht und für den auch nur der Verleiher/ArbG (s. Anm. 20, 74) und entsprechend auch der Entleiher haften. Es ist anzunehmen, dass die Haftungsansprüche gegen den Entleiher für abgelaufene Kj. regelmäßig zu hoch berechnet werden.

Dies mag dem gesetzpolitischen Zweck entsprechen. Es ist jedoch fraglich, ob eine Haftungsvorschrift in dieser Weise zur Grundlage für eine „Strafsteuer“ gemacht werden darf, insbes. wenn die Haftung verschuldensunabhängig begründet werden soll. Will man dieses Ergebnis vermeiden, so muss notfalls geschätzt werden.

**Maßgeblicher Zeitraum** ist die tatsächliche Tätigkeitsdauer, falls sie von der vereinbarten abweicht (so WURSTER, StBp. 1986, 101). Auch Zeiträume, in denen die Tätigkeit unterbrochen ist, zB durch Krankheit, Urlaub usw., zählen nicht mit.

#### 120 2. Gesamtschuldnerschaft (Abs. 6 Satz 5)

ArbG, Entleiher und ArbN sind Gesamtschuldner, soweit die Haftung des Entleihers reicht. Diese Regelung entspricht Abs. 3 Satz 1 (s. Anm. 70 ff.). Ergänzend sind gem. Abs. 6 Satz 8, soweit Sinn und Zweck der Entleiherhaftung es zulassen (s. dazu Anm. 7), Abs. 3 sowie § 44 AO zur Regelung in § 42d Abs. 6 Satz 5 heranzuziehen. Gesamtschuldnerschaft bedeutet insbes., dass Steuer- und Haftungsobjekt gleich sind (§ 44 Abs. 1 AO: „... nebeneinander dieselbe Leistung ... schulden oder für sie haften ...“).

### 3. Subsidiäre Haftung des Entleiher (Abs. 6 Satz 6)

#### a) Voraussetzungen der Inanspruchnahme des Entleiher auf Zahlung 121

**Auf Zahlung** darf der Entleiher nur sekundär nach dem ArbG unter den Voraussetzungen einer der beiden Alternativen des Satzes 6 in Anspruch genommen werden. Abs. 6 Satz 6 betrifft nicht den Erlass des Haftungsbescheids nach pflichtgemäßem Ermessen, sondern die Durchsetzung der so festgesetzten Haftungsforderung. Die Regelung lehnt sich inhaltlich an § 219 Satz 1 AO an. Gedanklich setzt sie jedenfalls bei der 1. Alt. (erfolglose Vollstreckung beim ArbG) voraus, dass der Haftungsanspruch auch im Verhältnis zum ArbG (Verleiher) festgesetzt ist, da sonst eine Vollstreckung beim ArbG nicht möglich wäre.

► 1. *Alternative: Eine fehlgeschlagene Vollstreckung* in das inländ. bewegliche Vermögen des Verleiher (ArbG) ist regelmäßig Voraussetzung für die Zahlungsaufforderung an den Entleiher. Ein fehlgeschlagener Vollstreckungsversuch ist ausreichend.

► 2. *Alternative: Eine wahrscheinlich aussichtslose Vollstreckung* in das inländ. bewegliche Vermögen des Verleiher reicht ebenfalls aus, um eine Zahlungsaufforderung an den Entleiher zu richten. Es muss keine aussichtslose Vollstreckung versucht werden. Hat der Verleiher *nur ausländ.* Vermögen und ist eine Vollstreckung in dieses kaum möglich, ist eine Inanspruchnahme des Entleiher vertretbar (vgl. BFH v. 20.7.1988 – I R 61/85, BStBl. II 1989, 99). Die beiden Alternativen des Satzes 6 stehen dem Wortlaut nach in keinem Rangverhältnis zueinander. Abs. 6 Satz 6 ist keine Ermessensvorschrift; es müssen objektive Umstände festgestellt werden, nach denen eine Vollstreckung aussichtslos ist (so auch WURSTER, StBp. 1986, 101).

#### b) Entsprechende Anwendung des § 219 Satz 2 AO 122

Die entsprechende Anwendung des § 219 Satz 2 AO hebt die Einschränkungen des § 42d Abs. 6 Satz 6 zum Teil auf. Als ArbG kann der Verleiher gem. § 219 Satz 2 AO im Verhältnis zum ArbN sofort, dh. ohne vorherigen Vollstreckungsversuch beim ArbN, auf Zahlung der LSt. in Anspruch genommen werden. Durch die entsprechende Anwendung des § 219 Satz 2 AO wird der Entleiher dem ArbG (Verleiher) gleichgestellt. Im Verhältnis zum LeihArbN ist die Haftung des Entleiher daher nicht subsidiär (so ausdrücklich BTDrucks. 10/4119, 8).

## IV. Pauschale Festsetzung der Haftungsforderung (Abs. 6 Satz 7)

### 1. Voraussetzung der Pauschalierung 123

Nach dem ausdrücklichen Gesetzeswortlaut müssen sich die Schwierigkeiten gerade „durch die Umstände der ArbNÜberlassung“ ergeben. Die Tatsache allein, dass der Entleiher die Höhe der Arbeitslöhne nicht kennt und er von sich aus auch sonst keine Angaben über die Höhe der LStBeträge machen kann, rechtfertigt eine Pauschalierung noch nicht (mit dieser Tendenz aber REINHART, BB 1986, 504); denn diese Umstände sind für eine ArbNÜberlassung typisch. Abs. 6 Satz 7 ist jedoch eine Ausnahmevorschrift, die nur unter den dort genannten Voraussetzungen anwendbar ist.

124 **2. Höhe der Pauschalierung**

Die pauschale Haftungsforderung beträgt 15 % des zwischen Ver- und Entleiher vereinbarten Entgelts ohne USt. Der Prozentsatz ist so festgelegt worden, dass die Belastung den Durchschnittsverhältnissen im Baugewerbe entspricht (BTDrucks. 10/4119, 8f.; vgl. auch BGH v. 13.1.1983 – 4 StR 578/82, NJW 1983, 1334).

Im Einzelfall kann die pauschale Haftungsforderung die an sich individuell zu berechnende Haftungsforderung übersteigen. Das FA braucht in dieser Richtung aber nicht zu ermitteln, solange der Entleiher nicht glaubhaft macht, dass die LSt., für die er haftet, niedriger ist (Abs. 6 Satz 7 aE). Es genügt, wenn die LSt. nach seinem Vortrag höchstwahrscheinlich niedriger ist. Regelmäßig wird der Entleiher, da er nicht ArbG ist und nicht über Personaldaten der LeihArbN verfügt, einen vollen Nachweis auch gar nicht führen können, während das FA weiterreichende Ermittlungsmöglichkeiten hat. Außerdem ist durch die Pauschalierung ein Rückgriff bei den LeihArbN ebenso ausgeschlossen wie eine Anrechnung der Haftungssumme auf deren LSt. Aus rechtsstaatlichen Gründen werden die Anforderungen an die Glaubhaftmachung durch den Entleiher nicht zu hoch geschraubt werden dürfen (ebenso WURSTER, StBp. 1986, 101).

125 **V. Entsprechende Anwendung der Abs. 1–5 (Abs. 6 Satz 8)**

**Die Verweisung auf Abs. 1 und 2** passt nicht, da der Entleiher – abgesehen von der Anordnung gem. Abs. 8 – als Dritter keine Beziehung zum LStAbzugsverfahren hat. Haftet der Verleiher nicht nach § 42d, so kommt schon aus Gründen der Akzessorität eine Haftung des Entleihers nicht in Betracht. Denkbar ist aber zB, dass die Haftung des Entleihers aufgrund einer vom ihm eingeholten LStAnrufungsauskunft ausgeschlossen ist.

**Die Verweisung auf Abs. 3** ist als Hinweis darauf aufzufassen, dass auch der Entleiher nur nach pflichtgemäßem Ermessen für die LSt. der LeihArbN haftet. Der Ermessensspielraum ist hier insofern noch enger, als der Entleiher regelmäßig erst nach dem ArbG in Anspruch genommen werden soll.

**Die Verweisung auf Abs. 4 und 5:** Abs. 4 kann mit Einschränkungen (s. Anm. 90), Abs. 5 kann in vollem Umfang entsprechend herangezogen werden.

126 **VI. Zuständigkeit des Finanzamts für die Entleiherhaftung (Abs. 6 Satz 9) und Form der Inanspruchnahme bei Arbeitnehmerüberlassung**

**Das Betriebsstättenfinanzamt** des ArbG/Verleihers (§ 41 Abs. 2 Satz 1) ist nach Abs. 6 Satz 9 auch das örtlich zuständige FA, das befugt ist, alle Ansprüche gegen den Entleiher geltend zu machen. In Sonderfällen ist § 41 Abs. 2 Satz 2 zu beachten, insbes. dann, wenn der Verleiher ein ausländ. Verleiher gem. § 38 Abs. 1 Nr. 2 ist.

**Haftungsbescheid:** Verleiher und Entleiher sind durch Haftungsbescheid in Anspruch zu nehmen. In verfahrensrechtl. Hinsicht gilt hier dasselbe wie für die Haftung des ArbG (s. Anm. 95 ff.).

127 Einstweilen frei.

## Erläuterungen zu Abs. 7: Haftung des Verleihers entsprechend Abs. 6

128

Ist bei einer ArbNÜberlassung der Entleiher der ArbG, so haftet der Verleiher wie ein Entleiher nach § 42d Abs. 6. Der Entleiher muss ArbG iSd. § 38 Abs. 1 sein. Entscheidend sind die tatsächliche Gestaltung und das von Ver- und Entleiher verfolgte wirtschaftliche Ergebnis (§ 38 Abs. 1 Satz 2; BFH v. 2.4.1982 – VI R 34/79, BStBl. II 1982, 502; FG Münster v. 22.9.1978, EFG 1979, 254).

Einstweilen frei.

129

## Erläuterungen zu Abs. 8: Anordnung zur Sicherung der Lohnsteuer der Leiharbeitnehmer

### I. Voraussetzungen und Inhalt des Sicherungsanspruchs

130

**Bedeutung:** Abs. 8 ist kein Teil der Haftungsnorm, sondern eine eigenständige vorläufige Vollstreckungsmaßnahme (ähnlich § 50a Abs. 7). Sie kann unabhängig vom Haftungsanspruch gegen Verleiher und Entleiher angeordnet und durchgesetzt werden. Gesichert wird die LSt. der LeihArbN durch einen Teil des Entgelts, das der Entleiher schuldet.

**Notwendigkeit der Sicherungsanordnung** ist Voraussetzung für den Erlass einer Sicherungsanordnung und ergibt sich aus den objektiven Umständen des Einzelfalls, etwa aus der Art, wie der Verleiher seine Pflichten erfüllt. Zweckmäßigkeitserwägungen allein machen die Sicherung nicht „notwendig“ (so auch REINHART, BB 1986, 506). Liegt eine Notwendigkeit vor, so entscheidet das FA nach pflichtgemäßem Ermessen, ob die Sicherungsanordnung ergeht und wie hoch das einzubehaltende Entgelt ist.

**Ausschluss:** Sind die Voraussetzungen des § 48 Abs. 4 Nr. 2 erfüllt, ist § 42d Abs. 8 nicht mehr anwendbar.

### II. Verfahrensrechtliche Besonderheiten

131

**Rechtsnatur und Verfahren:** Die Sicherungsanordnung ist ein VA mit Drittwirkung (kein StBescheid) und kann von Entleiher und Verleiher angefochten werden. Der Verzicht auf die Schriftform gem. § 42d Abs. 8 Satz 2 (ggf. mit schriftlicher Bestätigung gem. 119 Abs. 2 Satz 2 AO) ist eine Ausnahme. Ebenso bedarf es nur ausnahmsweise keiner Begründung gem. § 121 AO, falls die Sicherungsanordnung nicht mehr als 15 % des zwischen Ver- und Entleiher vereinbarten Entgelts ohne USt. nicht überschreitet.

**Zuständigkeit:** Ob Abs. 6 Satz 9 auch für die Anordnung der Sicherungsmaßnahme gilt, ist streitig. Nach einer Auffassung ist dafür jedes FA gem. §§ 24, 29 AO zuständig, in dessen Bezirk – insbes. bei Gefahr im Vollzug – Anlass für die Anordnung des Quellenabzugs besteht (so REINHART, BB 1986, 506). Nach anderer Auffassung ist dafür das BetriebsstättenFA des Verleihers zuständig

(WURSTER, StBp. 1986, 103). – Abs. 6 Satz 9 bezieht sich nicht ausdrücklich auf Abs. 8. Die in Abs. 6 getroffene Regelung soll aber gewährleisten, dass über die Haftung von Ver- und Entleiher nur ein einziges FA entscheidet. Dieses vom Gesetz angestrebte Ziel würde man missachten, wenn – außer in Fällen des § 29 AO – jedes FA zuständig wäre. R 146 Abs. 10 LStR präferiert das BetriebsstättenFA des Verleihers, gibt ihm aber keine ausschließliche Zuständigkeit.

132–134 Einstweilen frei.

## Erläuterungen zu Abs. 9: Haftung eines Dritten für Lohnsteuer

135

### I. Bedeutung des Abs. 9

**Ausdehnung der Haftung auf den Dritten:** Seit VZ 2004 sieht § 38 Abs. 3a vor, dass ein Dritter den LStAbzug anstelle des ArbG unter den dort geregelten Voraussetzungen vornimmt. Abs. 9 dehnt den Haftungsanspruch gem. § 42d auf den Dritten aus und regelt dessen Umfang.

136

### II. Haftung des Arbeitgebers neben dem Dritten (Abs. 9 Satz 1)

**Nicht eingeschränkt wird die Haftung des Arbeitgebers** nach dem Gesetzestext dadurch, dass der Dritte an seiner Stelle den LStAbzug durchführt. Zwischen den beiden Fällen des § 38 Abs. 3a – Verpflichtung des Dritten zum LStAbzug durch Gesetz (§ 38 Abs. 3a Satz 1) und Übertragung der Pflicht zum LStAbzug auf den Dritten durch den ArbG (§ 38 Abs. 3a Satz 3) – wird in § 42d Abs. 9 Satz 1 kein Unterschied gemacht. In beiden Fällen soll der ArbG ungeachtet der Tatsache haften, dass nicht er, sondern der Dritte den LStAbzug vornimmt.

**Stellungnahme:** Diese Regelung behandelt den Dritten zu Unrecht wie einen Erfüllungsgehilfen des ArbG. Sie beachtet nicht, dass der ArbG in beiden Fällen nicht in den LStAbzug eingeschaltet ist. Es ist ihm zB nicht möglich, Berechnungsfehler zu erkennen und zu korrigieren. Dies widerspricht dem hier vertretenen Grundsatz, dass eine Haftung des ArbG nur dann in Betracht kommen kann, wenn er schuldhaft gegen eine ihm beim LStAbzug auferlegte Pflicht verstoßen hat. Dem ArbG ist nicht einmal vorzuwerfen, er habe sich schuldhaft dem LStAbzug entzogen; denn im Fall des § 38 Abs. 3a Satz 1 wird der Dritte von Gesetzes wegen zum LStAbzug verpflichtet, im Fall des § 38 Abs. 3a Satz 2 darf der Dritte nur mit Zustimmung des BetriebsstättenFA den LStAbzug vornehmen. Des Weiteren kennt der ArbG im Fall des § 38 Abs. 3a Satz 1 nicht einmal die Höhe des Arbeitslohns, der vom Dritten gezahlt wird. Dies widerspricht auch dem von der Rspr. erkannten Grundsatz, dass ein ArbG nur dann für die LSt. haften kann, wenn er in die Lohnzahlung eingeschaltet ist, weil von ihm nichts Unmögliches gefordert werden kann (BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94, BStBl. I 1999, 474). Die Regelung, dass es bei der Haftung des ArbG auch dann bleibt, wenn ein Dritter gem. § 38 Abs. 3a den LStAbzug anstelle des ArbG vornimmt, wirkt überzogen. Den fiskalischen Interessen ist genügt, wenn der Dritte wie ein ArbG haftet, wenn er den LStAbzug übernimmt. Das gilt insbes. für die Fälle des § 38 Abs. 3a Satz 1, in denen das Gesetz den ArbG von der Pflicht

zum LStAbzug befreit. Aufgrund verfassungskonformer Auslegung haftet der ArbG daher nicht nach § 42d, falls und soweit ein Dritter gem. § 38 Abs. 3a den LStAbzug vornimmt. Auf jeden Fall aber ist seine Inanspruchnahme ermessensfehlerhaft.

### III. Voraussetzungen für die Haftung des Dritten (Abs. 9 Satz 2)

137

Die Haftung des Dritten nach § 42d ist an die Voraussetzung geknüpft, dass er den LStAbzug gem. § 38 Abs. 3a durchführt. Nicht erfasst werden die Fälle, in denen ein Dritter Arbeitslohn zuwendet, ohne zum LStAbzug verpflichtet zu sein.

### IV. Gesamtschuld bei Haftung eines Dritten (Abs. 9 Sätze 3 und 4)

138

**Gesamtschuldverhältnis:** Das gem. Abs. 3 zwischen ArbG und ArbN bestehende Gesamtschuldverhältnis wird durch Abs. 9 Satz 3 auf den Dritten ausgedehnt. Zum Inhalt des Gesamtschuldverhältnisses gilt grundsätzlich nichts anderes als bei dem Gesamtschuldverhältnis zwischen ArbG und ArbN. Auch hinsichtlich der Form der Inanspruchnahme des Dritten gilt dasselbe wie gegenüber dem ArbG; auch die Regelung in Abs. 4 gilt ausdrücklich hinsichtlich des Dritten.

**Ermessensentscheidung bei Haftung des Dritten:** Hinsichtlich des Entschließungsermessens s. Anm. 78 ff. Zuständig für die Ausübung des Ermessens ist das BetriebsstättenFA des Dritten (Abs. 9 Satz 8) mit der Folge, dass nur dessen Ermessensentscheidung rechtmäßig sein kann. Beim Auswahlermessen hat die FinVerw. zu prüfen, ob vorrangig der Dritte, der ArbN oder der ArbG in Anspruch zu nehmen ist. Nach Auffassung der FinVerw. soll bei der Wahl zwischen Drittem und ArbG entscheidend sein, wer den Fehlbetrag zu vertreten hat.

**Stellungnahme:** Da der ArbG den LStAbzug nicht selbst vornimmt und in den Fällen des § 38 Abs. 3a Satz 1 als nur früherer ArbG auch nicht in die Gewährung der Zuwendung des Arbeitslohns eingeschaltet ist, dürfte seine Inanspruchnahme idR ermessenswidrig sein (falls seine Haftung überhaupt in Betracht kommt, s. Anm. 80). Ein Hinweis darauf, dass der Gesetzgeber diese Auffassung teilt, kann darin gesehen werden, dass nicht das BetriebsstättenFA des ArbG, sondern das des Dritten für die Geltendmachung des Steuer- oder Haftungsanspruchs zuständig ist. Im Übrigen gelten die Erläuterungen zu Abs. 3 (s. Anm. 77 ff.) entsprechend.

### V. Umfang der Haftung des Dritten, der den Lohnsteuerabzug übernommen hat (Abs. 9 Satz 5)

139

Der Umfang der Haftung des Dritten, der durch Vertrag den LStAbzug übernommen hat, beschränkt sich auf die LSt., die in dem Zeitraum zu erheben war, für den er sich zum Abzug der LSt. verpflichtet hat. Der Zeitraum endet nicht mit der Beendigung der Tätigkeit für den ArbG, sondern erst, wenn diese Beendigung dem BetriebsstättenFA des Dritten angezeigt worden ist. Verzögert sich die Anzeige und hat der ArbG den LStAbzug wieder selbst übernommen, könn-

te die vorrangige Inanspruchnahme des Dritten für die Zeit zwischen Beendigung und Anzeige ermessensfehlerhaft sein.

140 **VI. Umfang der Haftung im Fall des § 38 Abs. 3a Satz 7 (Abs. 9 Satz 6)**

§ 38 Abs. 3a Satz 7 erlaubt die Zusammenrechnung der Arbeitslöhne eines ArbN aus mehreren Dienstverhältnissen, falls der Dritte den LStAbzug gleichzeitig für mehrere ArbG durchführt. Die Haftungssumme beträgt in diesem Fall die Differenz zwischen der insgesamt geschuldeten LSt. und der tatsächlich einbehaltenen.

141 **VII. Aufteilung der Haftungsschuld bei mehreren Arbeitgebern (Abs. 9 Satz 7)**

Die Regelung geht von einer Gestaltung aus, bei der der Dritte LSt. in Bezug auf einen „Gesamtlohn“ für mehrere ArbG einbehält (§ 38 Abs. 3a Satz 7). Die Haftungsforderung gegen den einzelnen ArbG ist auf seinen verhältnismäßigen Anteil am Gesamtlohn begrenzt.

142 **VIII. Zuständigkeit für die Durchsetzung des Haftungsanspruchs gegen Dritte (Abs. 9 Satz 8)**

Abweichend vom Regelfall ist das BetriebsstättenFA des Dritten im Rahmen des Abs. 9 für die Geltendmachung von Steuer- und Haftungsanspruch zuständig. Dies wirkt sich auch auf die Rechtmäßigkeit der Ermessensentscheidung aus, da regelmäßig nur die Entscheidung der zuständigen Behörde rechtmäßig sein kann (§ 5 AO).